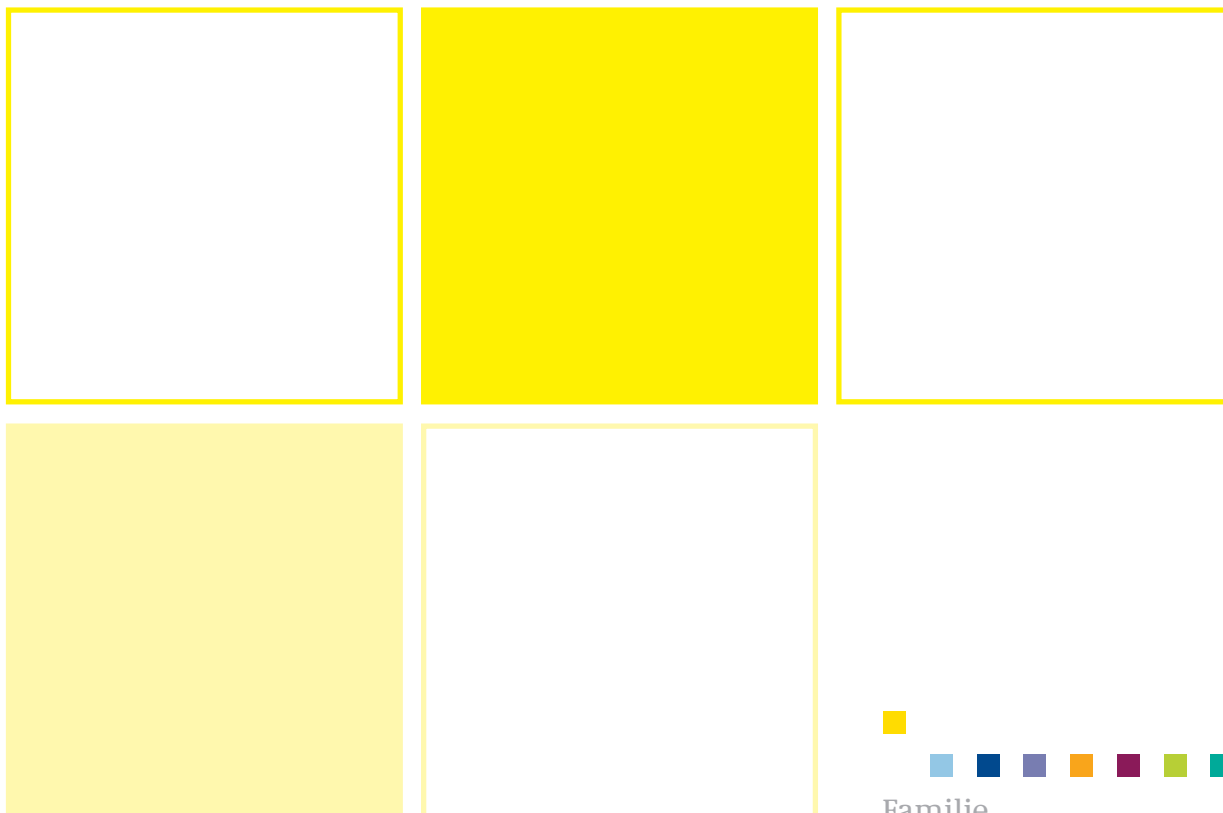




# Lokale Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik





## Inhalt

<b>I.</b>	<b>Vom Nutzen nachhaltiger Familienpolitik .....</b>	<b>4</b>
1.1	Familienfreundlichkeit: Standortfaktor der Zukunft .....	4
1.2	Nachhaltige lokale Familienpolitik – Nutzen und Anforderungen .....	9
1.3	Vom Nutzen aktiver Familienpolitik – Wie Kommunen sowie Kreise profitieren können – .....	15
1.4	Welchen Nutzen hat eine aktive Familienpolitik vor Ort für Unternehmen? .....	19
1.5	Standortfaktor Familienbewusstsein: Familie als gesellschaftliches Vermögen – wichtig für Unternehmen und immer bedeutsamer für Kommunen.....	24
<b>II.</b>	<b>Lokale Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik .....</b>	<b>30</b>
2.1	Lokale Planung und Steuerung für Familien – Elemente einer nachhaltigen örtlichen Familienpolitik .....	30
	<i>Aus der Praxis:</i> Kommunale Familienberichterstattung in Deutschland mit Fokus auf NRW.....	35
	<i>Aus der Praxis:</i> Aktivitäten der IHK Frankfurt am Main – der Familien- und Demografieatlas.....	38
	<i>Aus der Praxis:</i> Familienförderung in Gelsenkirchen .....	41
2.2	Bündnisse und Netzwerke .....	45
2.2.1	Produktionsnetzwerke zur Unterstützung Alleinerziehender – ein Schritt zu integrierten Angebotsstrukturen auf lokaler Ebene .....	45
	<i>Aus der Praxis:</i> „Pro AIda – Produktionsnetzwerk für Alleinerziehende zur Integration in den Arbeitsmarkt“, Hannover .....	51
	<i>Aus der Praxis:</i> Regionales Netzwerken als Erfolgsprinzip. Das Forum „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ der Metropolregion Rhein-Neckar .....	54
2.2.2	Lokale Bündnisse als Akteure der lokalen Familienpolitik .....	59
	<i>Aus der Praxis:</i> Die Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“ .....	67
2.3	Dienstleistungszentren für Familien .....	68
2.3.1	Dienstleistungszentren – Überlegungen .....	68
	<i>Aus der Praxis:</i> Das Familienzentrum Gronostraße in Hannover – von der Kindertageseinrichtung zum Familienzentrum .....	74
2.3.2	Mehrgenerationenhäuser als Dienstleistungszentren für Familien .....	76
	<i>Aus der Praxis:</i> Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser .....	80
2.4	Familienleitstellen als kommunale Bürgerbüros .....	82
2.4.1	Situation und Perspektiven kommunaler Familienbüros – .....	82
	<i>Aus der Praxis:</i> Das FamilienServiceBüro in Hannover .....	89
2.4.2	Der Landkreis Leipzig auf dem Weg zur Familienfreundlichkeit.....	91
	<i>Aus der Praxis:</i> Der Landkreis Leipzig als Akteur .....	95
<b>III.</b>	<b>Wegweiser .....</b>	<b>97</b>
3.1	Informationen des BMFSFJ .....	97
3.2	Projektbeispiele .....	97
3.3	Positionen & Stellungnahmen zu lokaler Familienpolitik .....	103

# I.

## Vom Nutzen nachhaltiger Familienpolitik

### 1.1 Familienfreundlichkeit: Standortfaktor der Zukunft

*Christian Böllhoff, Prognos AG, Berlin/Basel*

Eine der zentralen Herausforderungen für unsere Gesellschaft ist der demografische Wandel mit seinen vielfältigen Auswirkungen, die in vielen Kommunen bereits spürbar sind. Für die kommunalpolitische Agenda ergeben sich daraus zwangsläufig neue Fragestellungen. Es werden Antworten benötigt, die Zukunftschancen und neue Handlungsansätze zeigen. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass die Zukunft der deutschen Städte und Landkreise ganz wesentlich davon abhängt, ob sie Familien ein attraktives Umfeld bieten können. Infolgedessen ist das Ziel, familienfreundliche Rahmenbedingungen zu bieten, in den vergangenen Jahren deutlich stärker in den Fokus kommunalpolitischer Anstrengungen gelangt. Denn Regionen, in denen Familien sich wohlfühlen, sind entsprechend ökonomisch besser für zukünftige Herausforderungen gewappnet. Familienfreundlichkeit trägt nachweislich dazu bei, die Innovationsdynamik einer Region zu steigern, dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu festigen. Weitere positive Auswirkungen zeigen sich für die Attraktivität von strukturschwachen ländlichen Regionen und für die Stärkung des Innovationsklimas.

Familienfreundlichkeit gilt deshalb heute als ein entscheidender Standortfaktor. Insbesondere in Hinblick auf den demografischen Wandel in unserer Gesellschaft ist er der entscheidende Punkt. Mit dem Begriff „Familienfreundlichkeit“ wird ein Rahmen beschrieben, in dem ein breites Angebot einer hochwertigen Infrastruktur der Kinderbetreuung und Schulbildung, ein kinder- und familienfreundliches Wohn- und Lebensumfeld sowie Angebote der Familienförderung und Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern bereitgestellt werden. Erst ein Zusammenwirken dieser verschiedenen Handlungsstränge macht Familienfreundlichkeit aus.

Fehlende oder unpassende Rahmenbedingungen ziehen dagegen drastische Konsequenzen vor Ort nach sich: Kommunen leiden unter Abwanderung, Fachkräftemangel und wirtschaftlichen Einbußen. An manchen Stellen im Land sind diese Entwicklungen bereits deutlich sichtbar und belegen damit sowohl den dringenden Handlungsbedarf für die Gesamtentwicklung sowie die Notwendigkeit, frühzeitig mit entsprechenden Steuerungsprozessen einzugreifen.

## Differenzierte Rahmenbedingungen vor Ort

So verschieden Familien sind, so vielfältig sind auch ihre Wünsche, Bedürfnisse und Anforderungen, die sie an ihr Lebensumfeld stellen. Vor dem Hintergrund der sich wandelnden Lebensphasen in einer Familie zeigt sich, dass für Familien letztlich die Gesamtsituation in einer Kommune entscheidend ist.

Mit der bundesweiten Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend schon frühzeitig einen wichtigen Impuls gesetzt, mit dem Ziel, dass Lebensbedingungen von Eltern und Kindern vor Ort zu einem zentralen Thema werden und dass der Wettbewerb um mehr Familienfreundlichkeit wieder anzieht. Unterstützt wurden diese Anstrengungen durch den im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellten Familienatlas, mit dem Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eine fundierte Standortbestimmung ermöglicht wurde.

Der von der Prognos AG entwickelte Familienatlas (BMFSFJ 2005, BMFSFJ 2007) hat schon 2005 und erst recht 2007 deutlich gemacht, dass in allen Regionen Potenziale liegen, die sich durch familienfreundliche Politik erschließen lassen. Jede Stadt, jeder Landkreis verfügt dabei über andere Ausgangsbedingungen und über besondere Potenziale. Das große Echo auf die Messung von Familienfreundlichkeit in den 439 Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands zeigt, dass die regionalen Akteure vor Ort nicht nur das Thema ernst nehmen, sondern auch Handlungsempfehlungen als Orientierung und Hilfestellung angesehen und aufgegriffen werden.

Viele Städte und Regionen haben sich inzwischen auf den Weg gemacht, die Rahmenbedingungen vor Ort zu überprüfen und zu verbessern. So ist das Engagement beim Ausbau der Betreuungsinfrastruktur deutlich gestiegen und hat im letzten Jahr noch einmal deutlich an Dynamik gewonnen. Doch auch in anderen Handlungsfeldern ist viel passiert. Familienfreundlichkeit hat sich von dem Randthema wegentwickelt und wird heute in vielen Kommunen als wichtiges Handlungsfeld in der Standortdebatte erkannt.

Entscheidend für einen gelingenden Prozess ist, dass die unterschiedlichen Ziele einer lokal wirksamen, nachhaltigen Familienpolitik nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die tatsächlichen Ansatzpunkte können sich vor Ort stark unterscheiden. Doch für alle gilt, dass mehr Familienfreundlichkeit sich an einer konkreten Zielsetzung messen lassen muss. Vor allem in den Bereichen Infrastruktur und Zeit finden sich hier ausreichend Spielräume, in denen Kommunen aktiv sein können.

## Familienatlas ermöglicht Standortbestimmung

Im Familienatlas 2007 wurden vier kommunalpolitische Handlungsfelder identifiziert, die auf Ebene der Kommunen und Kreise zum guten Teil direkt gestaltbar oder zumindest mittelbar beeinflussbar sind. Der Atlas nimmt dabei nicht nur den Status quo in den Blick, sondern verweist auf die spezifischen regionalen Potenziale und gibt Anregungen für gezielte Verbesserungen.

Die Lebensbedingungen von Familien vor Ort wurden unter folgenden vier Aspekten untersucht:

- | Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- | Wohnsituation und Wohnumfeld
- | Bildung und Ausbildung
- | Freizeit und Kulturangebote

Eltern passende Rahmenbedingungen zu bieten, um Familien- und Berufsleben miteinander vereinbaren zu können, ist eines der ausschlaggebenden Handlungsfelder für familienfreundliche Lebensbedingungen vor Ort. Schon heute kommt bei der Entscheidungsfindung für einen Standort diesem Kriterium in vielen Familien eine hohe Bedeutung zu. Attraktive Angebote in diesem Bereich steigern zudem die Chance zur Anwerbung und langfristigen Bindung von Fachkräften, sowohl für die Region als auch für die dort ansässigen Unternehmen. So wertet ein familienfreundliches Umfeld den kommunalen Nahraum auf, erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der dort ansässigen Unternehmen und wird zu einem Aushängeschild, um neue Unternehmen zu gewinnen.

In engem Zusammenhang damit steht die ausreichende Bereitstellung von Kinderbetreuung, um eine bestmögliche Förderung von Kindern und Jugendlichen gewährleisten zu können. Durch die große Bandbreite – von der frühen Förderung bei Tagesmüttern und -vätern, in Krippen und Kindertagesstätten über ein bedarfsgerechtes Angebot an Schulen und Ausbildungsstellen – sind Kommunen stark gefordert, wenn sie diese Aspekte eines familienfreundlichen Umfeldes zukünftig bedarfsgerechter gestalten wollen.

Ein weiterer entscheidender Faktor ist, ob für Familien in ausreichender Menge bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Insbesondere die großen Städte und Ballungsräume sehen sich vor die Herausforderung gestellt, mehr dafür zu tun, dass eine ausgewogene Mischung ihrer Bevölkerungszusammensetzung erhalten bleibt. Für mobile Familien, die sich zwischen mehreren Standorten entscheiden können und müssen – und das wird in Zukunft voraussichtlich ein wachsender Teil an Familien sein –, gewinnt zudem die Attraktivität des Wohnumfeldes bei ihrer Entscheidung wesentlich an Bedeutung.

Auch die Freizeitangebote, die eine Region Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern anbieten kann, sind ein nicht zu unterschätzendes Kriterium für die Lebensqualität von Familien vor Ort. Ein Angebot, das die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Familientypen und unterschiedlichen Lebensphasen berücksichtigt, bietet allen Familienmitgliedern gute Möglichkeiten gemeinsame Familienzeit zu erleben und zielt darauf ab, eine wichtige Ressource für ein funktionierendes Familienleben vorzuhalten.

Der Familienatlas 2007 zeigt, dass sich vor allem ostdeutsche Landkreise und Städte auf den Weg gemacht haben, um etwas für ein familienfreundliches Lebensumfeld zu tun. Viele von ihnen investieren gezielt in Familienfreundlichkeit und rüsten sich damit für die Zukunft. Das beweist, dass sich kommunalpolitisch viel gestalten lässt und dass nicht ausschließlich die finanziellen Ressourcen ausschlaggebend für mehr Engagement sind. Interessant bleibt dabei der Umstand, dass es in Sachen Familienfreundlichkeit offenbar kein ausgeprägtes Ost-West-Gefälle gibt, eher noch zeigen sich Unterschiede in einzelnen Hand-

lungsfeldern zwischen Stadt und Land. Insgesamt belegt der Familienatlas 2007 allerdings deutlich, dass die einzelnen Regionen selbst über ihr Potenzial und Engagement zur Verbesserung von Familienfreundlichkeit entscheiden und ihren Aktionsradius bestimmen.

Überraschend bleibt das Ergebnis, dass es trotz der breiten öffentlichen Debatte immer noch zu viele Regionen gibt, in denen Familienfreundlichkeit keine Priorität eingeräumt wird, sondern vielmehr als ein kommunalpolitisches Randthema gilt. Dabei zeigt der Vergleich unter den 439 Kreisen und kreisfreien Städten eindeutig, dass alle Regionen in Deutschland über Potenziale verfügen, die sie nutzen können und sollten. Angesichts eines erwiesenen Arbeitskräftemangels drängt allein schon die ökonomische Perspektive dazu, mit familienfreundlichen Rahmenbedingungen junge Menschen für den eigenen Standort zu gewinnen.

### Netzwerke bringen mehr Erfolg

In verschiedenen Untersuchungen der bundesweiten Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ ließ sich belegen, dass ein breites, umfassendes Angebot für Familien weit höhere Wirkungen erzielt, als es mit Einzelleistungen der Fall ist. Ein Zusammenwirken auf vielen Ebenen und mit zahlreichen Partnern scheint eine effiziente Möglichkeit zu bieten, dauerhaft und langfristig familienfreundliche Strukturen vor Ort etablieren zu können und so die Attraktivität eines Standortes zu stärken. Familienfreundlichkeit, als Querschnittsthema verstanden, impliziert also, dass für die Verbesserungen vor Ort die Mitwirkung aller gesellschaftlichen Akteure vor Ort erforderlich ist.

Auch die beiden Ausgaben des Familienatlas verweisen darauf, dass singuläre Maßnahmen wie der Ausbau der Kinderbetreuung oder die Ausweitung der Familienbildungsangebote allein nicht Erfolg versprechend für die Zunahme von Familienfreundlichkeit stehen können.

Entscheidend ist es, ein Gesamtkonzept zu entwerfen und an den verschiedenen Stellen mit den entsprechenden, kompetenten Partnern nachhaltig umzusetzen. Die Aktivitäten der „Lokalen Bündnisse für Familie“ machen vor, dass dann vielfach ökonomische Nutzeneffekte entstehen, die über den zeitlichen und finanziellen Aufwand der Beteiligten weit hinausgehen. Eine von Prognos durchgeführte qualitative Netzwerkanalyse (Prognos AG, 2006) hat belegt, dass alle beteiligten Akteure bei einer guten Vernetzung deutliche Effizienz- und Effektivitätssteigerungen erreichen können. Darüber hinaus konnte gezeigt werden, dass Städte und Regionen, die gute Rahmenbedingungen für Familien schaffen, von ihrem Engagement nachhaltig profitieren.

Derzeit finden sich in 46,7 Prozent der Kommunen lokale Netzwerke, die sich um eine Zusammenführung familienfreundlicher Angebote bemühen. Das ist fast jede zweite Kommune. Aus dem Familienatlas 2007 ist bekannt, dass es typischerweise gerade die wirtschaftlich starken, aufgrund ihrer Arbeitsplätze hoch attraktiven Regionen sind, die gleichzeitig nur unzureichende Angebote für Familien vorhalten. Bei einer zunehmenden Standortkonkurrenz um Fachkräfte werden auch diese Regionen zur Sicherung der regionalen Prosperität nicht umhinkommen, durch gezielte Strategien ihre Attraktivität für

Familien zu steigern. Denn wie bereits anfangs ausgeführt, wertet ein familienfreundliches Umfeld nicht nur den kommunalen Nahraum auf, es erhöht zugleich auch die Wettbewerbsfähigkeit der dort ansässigen Unternehmen und ist damit ein zentraler Faktor, um neue Unternehmen gewinnen zu können.

Die Ideen, wie übergreifende Aktivitäten und Netzwerke aussehen könnten, sind bereits entwickelt. Allerdings muss festgestellt werden, dass für die Umsetzung familienfreundlicher Strukturen im ganzen Land noch mehr getan werden kann und muss. In vielen Städten und Kommunen besteht bereits der Wunsch, mehr für den Standort zu tun. Dabei wird durchaus auch daran gedacht, familiengerechte Aktivitäten auszubauen und ein entsprechendes Gesamtkonzept zu entwickeln. Zum Teil herrscht allerdings noch große Ratlosigkeit, wie und mit wem konkrete Maßnahmen und gemeinsame Strategien entwickelt werden können.

Die Analyse der Situation in Form eines lokalen Familienberichts könnte ein guter Start in die Arbeit sein – die auch dabei hilft, das Thema stärker in die Öffentlichkeit zu bringen. Darüber hinaus müssen dort, wo die „Lokalen Bündnisse für Familie“ dies noch nicht praktizieren, Kommunen aktiv in die Netzwerkarbeit einsteigen. Denn für einen familienfreundlichen Standort sind sie auf die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, mit Verbänden, Bürgerinitiativen und den Kirchen angewiesen. Auch die Rolle des Bundes muss weiterhin eine aktive sein und bereits formulierte Ziele und Bemühungen, wie z. B. der Austausch von Best Practice, müssen weiter verfolgt werden. Mit dem Ausblick einer sich wandelnden Gesellschaft und angesichts der Konsequenzen, die sich vor Ort zeigen, sind alle gefordert, den Standortfaktor Familienfreundlichkeit weiter auszubauen.

## Quellen

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2005:** Potenziale erschließen – Familienatlas 2005, Berlin.

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2007:** Familienatlas 2007. Standortbestimmung, Potenziale, Handlungsfelder, Berlin.

**Prognos AG, 2006:** Die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ aus ökonomischer Sicht. Eine Expertise im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.



## 1.2 Nachhaltige lokale Familienpolitik – Nutzen und Anforderungen

*Prof. Dr. C. Katharina Spieß, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung,  
Freie Universität Berlin*

*Eine Zusammenfassung des Vortrags von Sebastian Richter, Universität Potsdam*

### Einleitung

Es gibt eine Reihe guter Gründe für Kommunen und andere lokale Akteure, sich einer nachhaltigen Familienpolitik auf lokaler Ebene zu stellen. Langfristig geht es für die Kommunen darum, die in den Regionen sehr unterschiedlich verlaufenden Entwicklungen, die auch mit dem demografischen Wandel einhergehen, zu bewältigen. Gute Bedingungen für Familien vor Ort zu gewährleisten, erweist sich dabei als Schlüssel für eine zukunftsorientierte Politik. Das bedeutet, sich den veränderten Herausforderungen zu stellen und den Nutzen einer solchen Politik stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

#### **I. Lokale Familienpolitik muss konzeptionell breit ansetzen**

Um vielfältige Ziele wie Familienfreundlichkeit und eine optimale Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen, muss eine nachhaltige lokale Familienpolitik breit aufgestellt werden. Dabei gilt es, die bisherige Versäulung der Politik und Verwaltung zu überwinden und stärker ressortübergreifend zu arbeiten. Auch auf lokaler Ebene muss Familienpolitik den Dreiklang von Geld, Zeit und Infrastruktur hinbekommen.

- (1) Geld: Die staatlichen monetären Leistungen für Familien sind oft undurchschaubar und die Familien müssen einige Kosten in Form von Zeit und Geld in Kauf nehmen, um sich in diesem System zurechtzufinden. So kommen mitunter die Leistungen nicht bei denjenigen an, die sie am dringendsten benötigen. Das Ziel für eine wirksame Familienförderung ist deshalb auch, durch mehr Transparenz der staatlichen Leistungen deren Wirksamkeit zu erhöhen. Hier sind die Kommunen gefragt: Sie müssen über die Vielzahl von monetären Leistungen vor Ort beraten, informieren und diese für die Betroffenen „zusammenführen“. Für mehr Transparenz und Wirksamkeit kann lokale Familienpolitik daher einen wichtigen Beitrag leisten.
- (2) Zeit: In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Lebensverläufe von Frauen und Männern deutlich verändert, Familienkonzepte und Lebensformen sind vielfältiger geworden und ein Wandel in den Zeitstrukturen hat die Koordinaten familialer Lebensführung verschoben (BMFSFJ 2009b). Familien brauchen Zeit. Akteure lokaler Politik können sie dabei unterstützen – in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Verkehrsweпланungen können die zeitlichen Ressourcen und Bedürfnisse von Familien berücksichtigen, die Kommune, aber auch lokale Unternehmen als Arbeitgeber können familienfreundliche Arbeitszeiten anbieten. Kommunale Angebote, wie zum Beispiel Behörden, Kinderbetreuungseinrichtungen oder Dienstleistungszentren, müssen ihre Öffnungszeiten an den Bedürfnissen der Familien ausrichten und so die Optimierung von Zeit ermöglichen.

(3) Infrastruktur: Auf kommunaler Ebene bedarf es einer guten, d. h. vielfältigen und zuverlässigen, familienunterstützenden Infrastruktur. Die Schaffung von vielfältigen Angeboten der Kinderbetreuung für unter Dreijährige, aber auch für Kinder im Kindergartenalter und Schulkinder in ausreichender Quantität und Qualität gehört dabei zu den vordringlichsten Aufgaben. Flexibel auf unterschiedliche Bedürfnisse von Eltern reagieren zu können, wie zum Beispiel bei der Überbrückung von Zeitlücken, die sich für erwerbstätige Elternteile ergeben können, fordert von lokalen Akteuren Ideenreichtum und Innovationen sowie über Zuständigkeitsgrenzen koordiniertes Handeln. Hier kann die Kommune auch eine „Feuerwehrfunktion“ bei sich kurzfristig ergebenden Betreuungsbedarfen übernehmen (BMFSFJ 2009b).

Eine konzeptionell breit angelegte, nachhaltige lokale Familienpolitik bedeutet aber auch, neue Finanzierungswege zu suchen. Familienpolitik stellt eine Gemeinschaftsaufgabe dar und damit wird auch die Unterstützung der Länder und des Bundes benötigt, sowohl im finanziellen Bereich als auch im Bereich der Rahmengesetzgebung. Lokale Familienpolitik ist auch eine lohnenswerte Investition in die Zukunft.

## **II. Lokale Familienpolitik hat einen Nutzen, der über den lokalen Nutzen hinausgeht**

Den konkreten Nutzen lokaler Familienpolitik für Kommunen belegen mindestens drei Argumente.

- (1) Durch eine breit aufgestellte lokale Familienpolitik profitieren Kommunen von einem verbesserten Ressourceneinsatz, d. h. dem effizienten und effektiven Einsatz kommunaler und anderer öffentlicher Ressourcen. So etwa haben Investitionen in frühkindliche Bildung und Betreuung nicht nur mittel- bis langfristig hohe Rendite zur Folge, sondern ermöglichen eine Ausgabenreduktion in anderen Bereichen der kommunalen Zuständigkeit (wie z. B. Jugendhilfe). Darüber hinaus ergeben sich Möglichkeiten der Ausgabenreduktion und Einnahmensteigerung auch für andere Akteure, etwa auf der Landes- oder Bundesebene.
- (2) Kommunen gewinnen an Standortattraktivität, wenn sie planerisch und strategisch auf eine nachhaltige lokale Familienpolitik setzen (BMFSFJ 2009a). Eine solche Politik führt zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen für Familien und damit zu einem Standortvorteil. Eine erfolgreiche lokale Familienpolitik stellt somit auch einen klaren Vorteil im Wettbewerb der Regionen dar, denn sie erhöht die Attraktivität als Wohnstandort und mittelfristig das Angebot an Arbeitskräften. Insofern sichert sie die Bestandsentwicklung lokaler Unternehmen und damit auch Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Dabei ist die Differenziertheit der familialen Bedarfslagen zu berücksichtigen, die jeweils auf die Kommune wirken. So prägen auch „belastete, isolierte und in Teilen scheidende Menschen jungen und mittleren Alters (...) das soziale und kulturelle Klima einer Kommune und beeinflussen deren ökonomische Prosperität, die primär auf Steuereinnahmen und Einnahmen aus Entgelten fußt“ (BMFSFJ 2009a). Kommunalpolitik muss hier breit ansetzen.

(3) Ein dritter Nutzen lokaler Familienpolitik liegt in der Verbesserung des Humanvermögens: Die Volkswirtschaft generiert ihr Humanvermögen über Familien und über Einrichtungen wie z. B. Kindertageseinrichtungen und Schulen. Ökonomisch gesprochen ist daher eine öffentliche Förderung von Familien, aber auch etwaiger Einrichtungen – etwa durch die Kommune – sinnvoll und wichtig. Das heißt „gelingende Schul- und Ausbildungsbiographien sind die Voraussetzung dafür, dass die lokale Wirtschaft durch qualifizierte Fachkräfte und Konsumenten floriert. Zugleich tragen Erfolg in Schule, Ausbildung und Beruf der Menschen vor Ort wesentlich zu einem pro-sozial und kulturell gestaltetem Gemeinwesen bei, in dem Menschen gerne leben und demgegenüber jeder Einzelne persönlich Bindung, Verantwortung und Kreativität entwickeln kann“ (BMFSFJ 2009a).

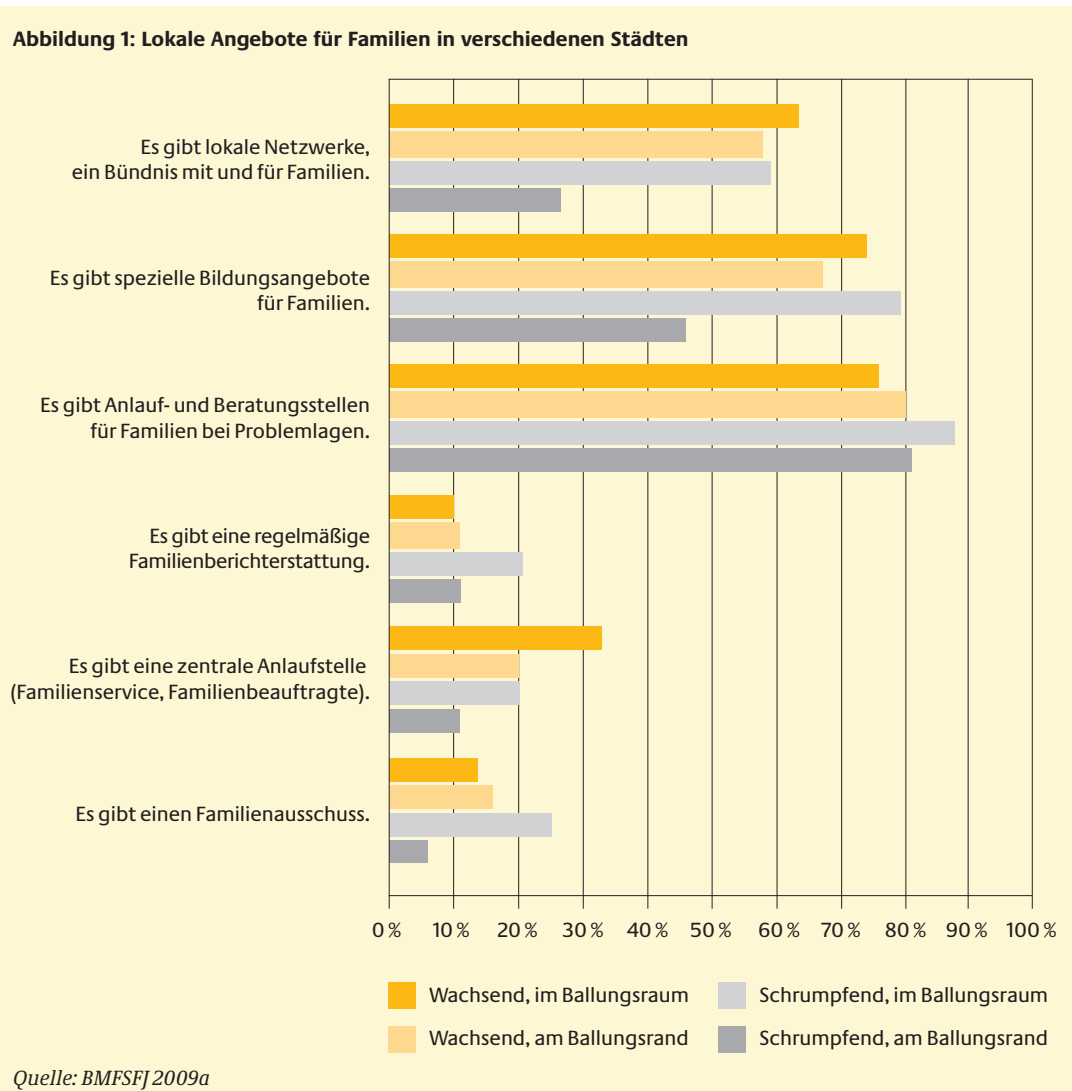
Spezifisch für einige Angebote, die auf kommunaler Ebene erbracht werden, ist das Problem der sogenannten Phasenverschiebung bei volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Betrachtungen, d. h. die Kosten (Investitionen) und der Nutzen (Ertrag) sind häufig zeitlich versetzt. Daher können Effekte von politischen Entscheidungen über Investitionen in den Familien nicht immer sofort rückgekoppelt werden von den lokalen Akteuren, sondern müssen dann in einem größeren Kontext betrachtet werden. In der lokalen Familienpolitik sollte also stets unterschieden werden zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Nutzeffekten. Dieser Logik folgend lohnt sich für jede Kommune eine frühe Investition in nachhaltige Familienpolitik, auch wenn zum Zeitpunkt der Investitionen noch kein unmittelbarer Nutzen anfällt.

### **III. Lokale Familienpolitik verspricht hohe Rendite, da sie im sozialen Nahraum ansetzen kann**

Lokale Familienpolitik ist eine differenzierte, am sozialen Nahraum orientierte Politik. Globale Familienpolitik für alle Familien ist heute nicht mehr zeitgemäß, denn Familien sind differenziert und haben sehr heterogene Bedarfe. Daher muss und soll eine Zielgruppenorientierung familienpolitisch künftig eine wichtigere Rolle spielen. Der Bedarf ist abhängig vom sozialen Nahraum und den sozio ökonomischen und sozio demografischen Faktoren (Erwerbstätigkeit, Familienstruktur, Migrationshintergrund, Netzwerke usw.). Nur die lokale Familienpolitik kann hier lokale Vielfalt adressieren und auch mit entsprechenden Instrumenten angehen. Diese sogenannte Sozialraumperspektive eröffnet neue, noch stärker bedarfsorientierte und effektivere Wege für die Gestaltung der Rahmenbedingungen für Familien als bisher und verspricht damit auch hohe Rendite für die Kommune (BMFSFJ 2005).

### **IV. Lokale Familienpolitik muss sich vielfältiger Instrumente bedienen**

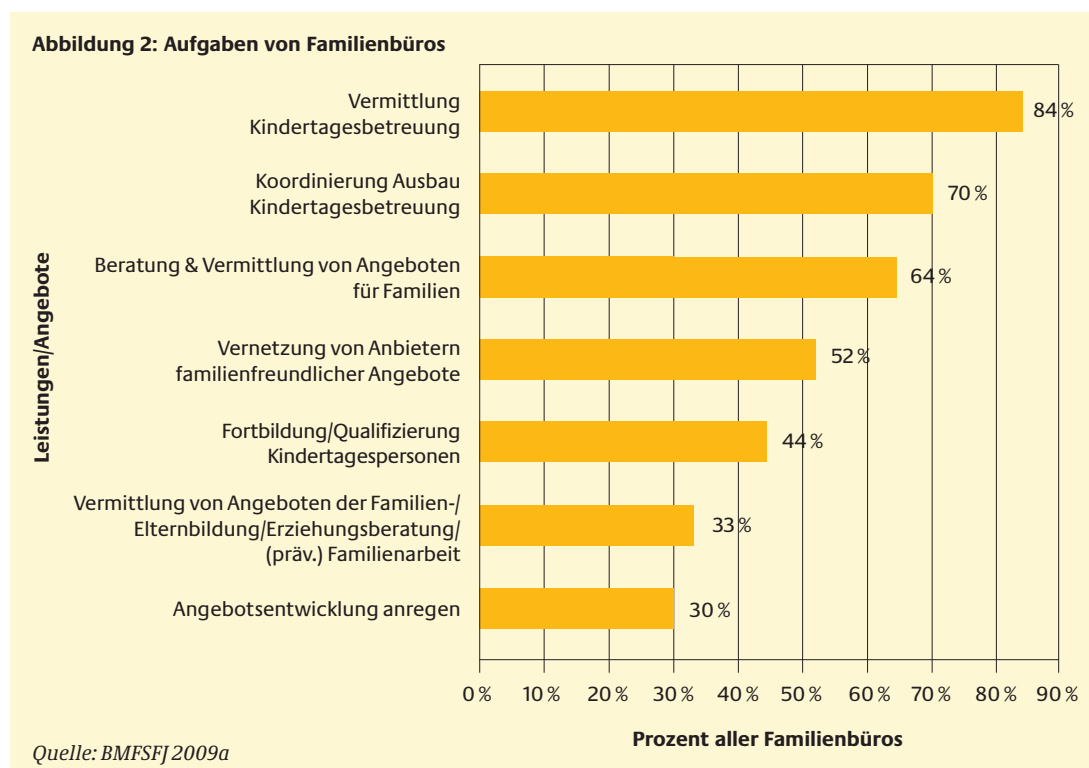
Aus diesen genannten Anforderungen leiten sich bereits einige Instrumente ab, die für eine erfolgreiche lokale Familienpolitik wichtig sind. Dabei stellen sich Kommunen einer doppelten Herausforderung: sowohl interne Strukturen als auch Leistungen und Angebotsstrukturen für Familien zu verändern. Es geht hier um Änderungen der Planung und Steuerung, z. B. durch Netzwerke und fundierte Familienberichterstattung, als auch um Verbesserungen der Angebote für Familien, zum Beispiel durch die Einrichtung von Familien- (dienstleistungs-) zentren und Familienbüros. In der Praxis zeigt sich dabei folgendes Bild (siehe Abbildung 1):



**Dienstleistungszentren** neuer Art sind eine innovative Alternative zur bisher eher gängigen Praxis vereinzelter Angebote. Sie setzen am sozialen Nahraum an und fangen die Bedarfe der unterschiedlichen Gruppen ab. Dienstleistungszentren der neuen Art können die „Verinselung fachspezifischer Angebote überwinden“ (Diller in BMFSFJ 2009a), indem sie zusammenführen, was in der Familienpolitik, insbesondere in der Familienbildung, lokal oft an ganz unterschiedlichen Orten angesiedelt ist.

Unabhängig vom Begriff, ob Familienzentren, Eltern-Kind-Zentren oder Dienstleistungszentren der neuen Art, allen gemeinsam ist, dass sie primär an Kindertageseinrichtungen (Kita) ansetzen. Kitas sind ein spezifischer Ort, an dem Familien (mit kleinen Kindern) erreicht werden können. Ziel muss es dabei sein, möglichst viele Familien für diese Kitas zu gewinnen, um den Effekt der Dienstleistungszentren optimal nutzen zu können. Mit einer Weiterentwicklung der Kitas hin zu Dienstleistungszentren der neuen Art lässt sich ein ganzheitlicher Ansatz voranbringen, mit dem sowohl familien-, bildungs- und arbeitsmarkt- als auch sozialpolitische Ziele integriert werden können. Kommunale Dienstleistungszentren können Koordinierungs-, Ergänzungs- und Synchronisierungsfunktionen übernehmen und dazu beitragen, die zeitlichen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Heute müssen Eltern aufgrund der infrastrukturellen Situation viele Wege zurücklegen und damit geht wertvolle Zeit für die Familie verloren (BMFSFJ 2009b).

Die Idee von **kommunalen Familienbüros** wurde bereits im Siebten Familienbericht angeregt und meint Einrichtungen, die Beratungs- und Lotsenfunktionen wahrnehmen und Antragsmanagement für Familien anbieten. Familien brauchen Unterstützung vor Ort, d. h. der Beratungsbedarf entsteht auf lokaler Ebene. Wie Familienbüros funktionieren können, zeigt das Beispiel Niedersachsen. Mehrheitlich haben hier Familienbüros die Aufgabe, Kindertagesbetreuung zu vermitteln (siehe Abbildung 2). Darüber hinaus wirken sie bei der Koordinierung wie auch an dem Ausbau von Kindertagesbetreuung mit. Sie beraten und vermitteln Angebote für Familien und in 52 Prozent der Fälle schaffen sie eine Vernetzung von Anbietern familienfreundlicher Angebote. In 44 Prozent der Fälle bieten sie Qualifizierung und Fortbildung für Tagespflegepersonen an. In 33 Prozent der Fälle machen sie eine Vermittlung von Angeboten der Familienbildung und Familienarbeit und in 1/3 der Fälle regen sie eine Angebotsentwicklung in ganz unterschiedlichen Bereichen weiter an (BMFSFJ 2009a).



Für die lokale Familienpolitik sind neben den Gemeinden, Städten und Kreisen zahlreiche andere Akteure bis hin zu Unternehmen relevant. Hier setzen kommunale Netzwerke ein, die eine erfolgreiche lokale Familienpolitik befördern. In bereits 47 Prozent aller Kommunen gibt es solche Netzwerke mit dem Ziel, durch koordiniertes und abgestimmtes Handeln nachhaltig die Rahmenbedingungen für Familien vor Ort zu verbessern. Netzwerke sind im eigentlichen Sinne kein Instrument, was originär die Kommune als Akteur vorsieht, sondern ein Instrument, was der Kommune primär eine Moderatorenrolle zuspricht. Diese Rolle sollte auf der einen Seite weder zu defensiv und auf der anderen Seite auch nicht zu offensiv sein, damit diese Netzwerke auch langfristig bestehen bleiben können. Es muss um einen fairen Umgang und Interessenausgleich gehen. Sogenannte Familienbeauftragte oder Familienausschüsse, wie sie in knapp 20 Prozent der Kommunen vorhanden sind, können kommunale Netzwerke mit anstoßen.

Im Sinne des nachhaltigen Konzepts von Familienpolitik und einer „gut informierten“ lokalen Familienpolitik ist ein fundierter und differenzierter Datenbestand familienbezogener Erhebungen in kleinräumiger Ebene wichtig, eine **kommunale Familienberichterstattung** ist demnach ein weiteres wichtiges Instrument der kommunalen Familienpolitik. Kommunen brauchen Wissen. Doch bislang findet sich in nur 8 Prozent der Kommunen eine regelmäßige Familienberichterstattung. Für eine wirksame Steuerung und Planung von Familienpolitik brauchen Kommunen Daten über einzelne Stadtteile, über einzelne Bezirke, über die kleinräumlichste Ebene. Nur dann kann eine sinnvolle Familienberichterstattung als Planungsgrundlage und Steuerungsinstrument aufgebaut und von der Kommune genutzt werden.

### Fazit und Ausblick

Lokale Familienpolitik gehört auf die politische Agenda der Kommunen. Der Aufwand und die Investitionen lohnen sich. Der Nutzen von lokaler Familienpolitik liegt auf der Hand:

- Lokale Familienpolitik fördert die Identifizierung mit der Kommune.
- Familienfreundlichkeit vor Ort, sowohl in den Kommunen als auch in den lokalen Unternehmen, erhöht die Standortattraktivität.
- Lokale Familienpolitik orientiert sich stark an den Bedarfen der Familien, d. h., sie stellt sich den unterschiedlichen Lebenslagen von Familien und verbessert die Lebensqualität.
- Der Blick auf den sozialen Nahraum von Familien verspricht der Kommune hohe Rendite.
- Lokale Familienpolitik als ein integrierter Ansatz in der kommunalen Planung und Steuerung verbessert den effizienten Einsatz von Ressourcen und deren Effektivität.
- Die breite konzeptionelle Aufstellung lokaler Familienpolitik bietet die Möglichkeit, verschiedene finanzielle Ressourcen zu bündeln und effektiver nutzen zu können.
- Lokale Familienpolitik führt zu einem kommunalen Wettbewerbsvorteil.
- Lokale Familienpolitik fördert Humanvermögen und hat einen volkswirtschaftlichen Nutzen.

Es gilt, die Vorteile aktiver und nachhaltiger Familienpolitik zu begreifen und sie klar und breit in der Öffentlichkeit und gegenüber anderen Akteuren lokaler Politik offensiv zu kommunizieren. Eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit der Kommune oder die Einrichtung entsprechender Foren für einen offenen Austausch vor Ort sind denkbare Ansätze. Insgesamt lohnt es sich, über sinnvolle Instrumente/Handlungsstrategien den Austausch zu befördern und kommunale und lokale Akteure dabei zu unterstützen.

### Quellen

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2009a:** Monitor Familienforschung. No. 20/Lokale Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik. Newsletter des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2009b:** Memorandum „Familie leben“ – Impulse für eine familienbewusste Zeitpolitik. Broschüre, Berlin.

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2005:** Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Berlin.

### 1.3 Vom Nutzen aktiver Familienpolitik – Wie Kommunen sowie Kreise profitieren können

*Prof. Dr. Irene Gerlach, Universität Münster*

Schon in den vergangenen Jahren nahm die Bevölkerung in vielen Kommunen, v. a. in Ostdeutschland, ab. Im nächsten Jahrzehnt wird dieser Rückgang auch die westdeutschen Kommunen erreicht haben (für weitere Ausführungen genauer Gerlach u. a. 2009). Zudem zeigt die kleinräumige Familienberichterstattung, dass die Anteile Alleinerziehender von Stadtteil zu Stadtteil erheblich variieren können (z. B. Stadt Herne 2008), was sozialraumorientierte Projekte zur Qualifizierung, Elternberatung, Kinderförderung und Vereinbarkeit nahelegt. Ein Blick in die Polizeiliche Kriminalstatistik sowie in die Jugendhilfestatistik gibt deutliche Hinweise auf eine zunehmende Bedeutung erziehungsgänzender Maßnahmen in den Kommunen.

Vor dem Hintergrund des offensichtlichen Aufgabenzuwachses in der Familienpolitik der Kommunen stellt sich mit Blick auf deren Potenziale aber auch die Frage der Leistbarkeit ohne Erweiterung der Finanzierungsgrundlage. Gleichwohl ist hier zu bemerken, dass das besondere Potenzial kommunaler Familienpolitik in der Nutzung zivilgesellschaftlicher Netzwerke liegt, die vorderhand erst einmal allenfalls geringe Kosten verursachen. Sie bedürfen allerdings unter Umständen der Initiierung, ganz sicher der Koordinierung und oft auch der Qualifizierung. Sollen sie erfolgreich arbeiten, müssen dafür auch finanzielle Mittel auf kommunaler Ebene zur Verfügung gestellt werden. Es muss aber auch gelingen, der institutionell, normativ und qualitativ sehr heterogenen Landschaft von Betreuung, Bildung und Jugendhilfe ein jeweils familien- und problemlagenspezifisches Arrangement familienunterstützender Angebote abzurufen.

#### Projektlandschaft

In den letzten Jahren ist in den Kommunen eine Vielzahl von familienpolitischen Projekten entstanden, die auf die aufgezeigten Problemlagen reagieren und Lösungen suchen (genau Gerlach u. a. 2009). Als Basis der Arbeit wurden vielerorts differenzierte Systeme der Sozialberichterstattung, **kommunale Familienberichte**, entwickelt.

Die familienpolitischen Herausforderungen haben in verschiedenen Kommunen nicht nur ein verstärktes Engagement im Bereich der Neuentwicklung beziehungsweise Umwidmung von Unterstützungsmaßnahmen zur Folge, sondern zeigen sich auch in Form einer **Neuorganisation von Akteursnetzen**. Neben den in vielen Kommunen entstandenen Lokalen Bündnissen für Familie ist hier vor allem die immer intensivere Einbindung von Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII oder von Stadtteil- oder Sozialraumkonferenzen in die politische Gestaltung zu nennen, aber auch eine verstärkte Kooperation der Verwaltungsbehörden untereinander, bis hin zur Neuorganisation ganzer Verwaltungsbereiche. Hier sind z. B. die Zusammenlegung von Jugend- sowie Schulreferaten beziehungsweise Jugend- und Schulverwaltungsämtern zu nennen oder die zwischen Kinder- und Jugend- und Gesundheitsämtern. Hier kann es aber auch darum gehen, die Arbeit der Ämter vollkommen neu zu organisieren, z. B. durch die Einführung der Sozialraumorientierung als leitendem Handlungsprinzip. Um vor allem benachteiligte Familien besser zu erreichen, die bisher die Angebote der **Familienberatung und -bildung** nur wenig nutzen, werden in



vielen Projekten verstärkt Maßnahmen konzipiert, die niedrigschwellig sind, häufig einen aufsuchenden Charakter haben und die Stärkung der Elternkompetenz anstreben. Hier ist nicht nur auf die Familienzentren in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz beziehungsweise die Eltern-Kind-Zentren in Brandenburg zu verweisen, sondern auch auf Patenschaftsprogramme unter Einbindung von Freiwilligen.

Im Bereich des **Kinderschutzes** und der frühen Förderung von Kindern legen viele Projekte einen Schwerpunkt auf die Prävention. Festzustellen ist auch, dass das kommunale Engagement im Bildungsbereich deutlich zugenommen hat. Kommunales Bildungsmanagement, kommunale Bildungslandschaften sowie insbesondere die Begleitung von Übergängen zwischen Kindergarten, Grundschule, weiterführender Schule und Berufseintritt sind Themen vieler Projekte. In vielen Kommunen werden besondere Anstrengungen unternommen, das **Betreuungsangebot** auszubauen und/oder eine gute Qualität zu sichern. Die rasant angestiegene Zahl der **Mehrgenerationenhäuser** nutzt Potenziale des Miteinanders von Generationen, und ein in Nordrhein-Westfalen derzeit erprobtes „**Audit familienrechtliche Kommune**“ wird zukünftig den Stand der Familienfreundlichkeit dokumentieren und so im Wettbewerb um Familien eine wichtige Rolle spielen. Viele Projekte sehen in der **Integration** von ausländischen Familien bzw. Familien mit Migrationshintergrund einen besonderen Handlungsschwerpunkt. Hier geht es nicht nur um Sprachförderung und Stärkung der Migrantenselbsthilfe, sondern auch um umfassende kommunalpolitische Integrationskonzepte.

Die vielen in den letzten Jahren gegründeten **Lokalen Bündnisse für Familien** stellen nicht nur neue Steuerungsinstrumente dar, sondern sie nutzen auch bisher oftmals brachliegendes Potenzial. In ihnen, aber nicht nur dort, engagieren sich **Arbeitgeber oder sogar Arbeitgebernetzwerke**. Waren bei Gründung der Initiative der Lokalen Bündnisse nur in 45 Prozent der Bündnisse Unternehmen beteiligt, sind sie heute in zwei Dritteln der Bündnisse aktiv. In vielen Beispielen wird nicht nur die Bedeutung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Standortmerkmal deutlich, sondern auch die Chance, die Maßnahmen in diesem Feld für eine verbesserte kommunale Steuerungskompetenz bedeuten.

### Prospektierter Nutzen

Aktive kommunale Familienpolitik bringt für Familien und Gesamtgesellschaft, aber auch für die Kommunen erhebliches Potenzial mit sich. Die Projekte sind alle noch vergleichsweise jung, systematische Evaluationen liegen bisher kaum vor. Dennoch ist ein Nutzen auch für die Kommunen durchaus abzusehen:

Grob systematisierend können im Rahmen einer kommunalen aktiven Familienpolitik sieben Nutzengruppen identifiziert werden:

#### **Bevölkerungsstruktur und -umfang als Existenzgrundlagen kommunalen Handelns:**

Die positive Beeinflussung von Bevölkerungsumfang und Bevölkerungsstruktur der Kommunen ist einerseits bis zu einem gewissen Ausmaß für diese existenziell im Rahmen ihrer Finanzierung, andererseits ist sie aber auch Grundlage für die Aufrechterhaltung des gesamten Spektrums der kommunalen Daseinsfürsorge, das nur realisierbar ist, wenn eine ausreichende Anzahl an Menschen in allen Altersgruppen vorhanden ist.



Dabei geraten Kommunen schnell in einen Teufelskreis: Mit der zurückgehenden Anzahl an Menschen, insbesondere an jungen und wirtschaftlich aktiven Menschen bzw. solchen, die in absehbarer Zeit aktiv sein werden, geht auch eine Einschränkung der kommunalen Leistungsfähigkeit und damit der Attraktivität der Kommunen einher. Durch gezielte familienpolitische Maßnahmen, wie z. B. die Schaffung eines umfassenden und qualitativ hochwertigen Betreuungs-, Bildungs- und Freizeitangebotes, die Begünstigung familiengerechten Wohnraumes und die Sicherung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Betreuung bzw. Pflege, kann ein möglicher Nutzen aktiver Familienpolitik in der Beeinflussung der zukünftigen Bevölkerungsstruktur bzw. des -umfangs bestehen. Das heißt aktive kommunale Familienpolitik soll durchaus auch dazu führen, dass Familien mit Blick auf die durch sie geschaffenen günstigen Lebensbedingungen zuziehen. Sie soll mit Blick auf die zukünftigen quantitativen Bevölkerungsstrukturen darüber hinaus auch die Verwirklichung von Kinderwünschen unterstützen. Und schließlich soll sie zur Förderung der Chancen aller Kinder und ebenso derjenigen von Eltern im Verhältnis zu anderen Bevölkerungsgruppen beitragen.

**Aktive Familienpolitik als Strategie zur Reduzierung sozialer Probleme:** Die systematische Förderung aller Kinder und Jugendlichen und das ausdrückliche Ziel, allen Menschen aktiv die Nutzung ihrer Chancen zu ermöglichen, bedeutet für die Kommunen, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit die Last sozialer Folgeprobleme und -kosten reduzieren können. Wenn es durch frühe Förderung, durch die Schaffung von Familien ergänzenden und unterstützenden Infrastrukturen im Betreuungs- und Bildungssystem und ebenso wie durch von Freiwilligen getragene Patenschaften gelingt, eine frühe Förderung von Kindern zu erreichen, Erziehungskompetenzen zu verbessern und umgekehrt die Vernachlässigung und u. U. Schädigung von Kindern zu reduzieren, kann dies dazu führen, dass die nicht hinnehmbaren Anteile von Kindern, die das Schulsystem ohne berufsqualifizierenden Abschluss verlassen, reduziert werden. Dies wiederum bedeutet für die Kommunen eine geringere Belastung durch SGB-II-Empfängerinnen und -Empfänger und alle Folgeprobleme, die mit einer dauerhaften Transferabhängigkeit verbunden sind.

**Aktive Familienpolitik als Einsparmöglichkeit der Kosten reaktiver Sozial-, Jugend-, Gesundheits- und Bildungspolitik:** Der Nutzen einer stärkeren Betonung präventiven Handelns, das Familien und Kindern frühzeitig Unterstützung und Förderung bietet, kann in der Reduzierung der Kosten für reaktive Maßnahmen liegen. Umfassende kommunale Systeme früherer Hilfen können ersten Erfahrungsbekundungen zufolge dazu führen, dass massive Eingriffe in die Familien vonseiten z. B. des Jugendamtes nicht notwendig werden. Frühe Förderung kann aber auch zu einer deutlichen Reduzierung der Zahl derjenigen führen, die durch „Ehrenrunden“ und „Schleifen“ im Bildungssystem Bildungskosten verursachen.

**Kosteneinsparung durch koordinierte Aufgabenorganisation:** Insbesondere Projekte mit Handlungsschwerpunkt „Behördenkooperation und Neuorganisation“ zeigen, dass ein erwarteter Nutzen in einer höheren Effizienz und Effektivität des Mitteleinsatzes durch strukturelle Veränderungen und Straffung liegen kann. Damit werden Ressourcen freigesetzt, die wiederum adressatengenau für die Umstrukturierung von Aufgabenfeldern oder für Aufgabenverschiebungen eingesetzt werden können.

**Steigerung von Leistungsfähigkeit und Effizienz durch „Ressourcenmatching“:** Durch die systematische Kombination von amtlichen und freiwilligen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und entsprechender finanzieller Ressourcen kann das Leistungsangebot u. U. erheblich erweitert werden. Viele Beispiele, in denen Mitarbeitende z. B. der Ämter für Familie, Kinder und Jugend Koordinations- und Beratungsfunktionen übernehmen und Freiwillige oder Vereine die konkreten Unterstützungsleistungen erbringen, zeigen, dass entsprechende Formen der Kooperation zu einer faktischen Vervielfachung der Wirkung eingesetzter öffentlicher Ressourcen führen können.

**Einnahmenerhöhung durch Familienfreundlichkeit:** Durch eine aktive kommunale Familienpolitik geschaffene günstige Lebensbedingungen für Familien, zu denen auch die Garantie von Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben gehört, können die Familieneinkommen erhöht und Transferkosten reduziert werden. Direkter Nutzen für die Kommunen entsteht auf der Seite des verminderten Transferbezuges und im Hinblick auf die gesteigerte Kaufkraft der Familien. Auch der kommunal steuerlich bedeutsame Erwerb und Besitz von Wohneigentum kann gesteigert werden, und schließlich kann auch der Anteil der Kommunen am Lohn-, Einkommens- und Umsatzsteueraufkommen gesteigert werden.

**Steigerung kommunaler Leistungsfähigkeit durch sozialen Zusammenhalt:** Die Intensivierung zivilgesellschaftlichen Engagements in den Kommunen bedeutet eine qualitative gesellschaftliche Weiterentwicklung, nicht nur, weil unter Umständen neue Lösungen oder zumindest Lösungsmuster entdeckt werden können und mehr Menschen aktiv in solche Prozesse einbezogen werden, sie bringt auch eine andere Art politischer Kultur mit sich. Der Nutzen einer solchen „verdichteten“ sozialen Interaktion in den Kommunen kann in der Verhinderung der Entstehung oder zumindest Reduzierung vielfältiger sozialer Probleme bestehen.

## Quellen

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2008:** Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren. Elterliche und öffentliche Sorge in gemeinsamer Verantwortung, Kurztgutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim BMFSFJ, Berlin.

**Deutscher Städtetag (Hrsg.), 2009:** Gemeindefinanzbericht 2009. In: der Städtetag, H. 5.

**Gerlach, Irene/von Hehl, Susanne/Juncke, David, 2009:** Vom Nutzen aktiver Familienpolitik – wie Kommunen sowie Kreise profitieren können. Expertise im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.

**Statistisches Bundesamt, 2007:** Fachserie 13, Kinder- und Jugendhilfestatistik, Wiesbaden. (URL: <https://www-ec.destatis.de/>)

**Stadt Herne (Hrsg.), 2008:** Familienbericht Herne 2007. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien in Kooperation mit der Stadt Herne. Erstellt durch: Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) der Ruhr-Universität Bochum, Team Familienbericht-erstattung, Herne.

## 1.4 Welchen Nutzen hat eine aktive Familienpolitik vor Ort für Unternehmen?

*Achim Dercks, DIHK Berlin und Sofie Geisel, Netzworkbüro „Erfolgsfaktor Familie“, Berlin*

### 1. Fachkräftesicherung als eines der Kernanliegen der deutschen Wirtschaft ...

Das wichtigste Kapital der Unternehmen in Deutschland sind ihre qualifizierten Beschäftigten. Auch wenn sich dieser Satz durch die Nutzung in zahlreichen Sonntagsreden schon ziemlich verbraucht hat, falsch ist er dadurch trotzdem nicht – ganz im Gegenteil.

Angesichts des durch den demografischen Wandel zahlenmäßig geringeren Nachwuchses ist für viele Unternehmen die Frage der Fachkräftesicherung schon heute drängend und künftig noch brisanter. Ein Problem, das sich übrigens auch in Euro beziffern lässt: Im Jahr 2007 entstand nach einer DIHK-Umfrage durch fehlende Fachkräfte ein rechnerischer Wertschöpfungsverlust von 23 Mrd. Euro. Die aktuell wirtschaftlich schwierige Zeit mag diese Schwierigkeiten kurzfristig überlagern. Doch spätestens wenn der Aufschwung voll einsetzt, wird der Fachkräftengpass zu einer ernsthaften Herausforderung für die Betriebe. So gehen Schätzungen beispielsweise davon aus, dass bereits in den kommenden fünf Jahren 250.000 Fachkräfte in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (sog. MINT-Fachkräfte) fehlen.

Berücksichtigt man schließlich, dass es seit Jahren im Schnitt jährlich rd. 20 Prozent weniger Erstklässlerinnen und Erstklässler als Schulabgänger gibt, zeigt sich, dass das Thema Fachkräftesicherung von der Tagesordnung so schnell wohl nicht mehr verschwinden wird und gesamtgesellschaftlich und wirtschaftlich von enormer Bedeutung ist.

Auch wenn es sehr ökonomisch klingt: Ein guter Umgang mit der knapper werdenden „Ressource Mensch“ ist eine Herausforderung, der sich Wirtschaft und Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten verstärkt stellen müssen. Gerade lokale Familienpolitik kann und sollte eine bedeutsame Rolle dabei spielen, wenn es darum geht, diese Herausforderung zu meistern.

### 2. ... und warum Familienpolitik bei der Fachkräftesicherung eine beträchtliche Rolle spielt

Lokale Familienpolitik prägt ganz erheblich den Rahmen, in dem die Menschen ihr Familienleben und ihre Erwerbstätigkeit gestalten können. Oder einfacher: Von Familienpolitik hängt ab, ob Familie und Beruf vereinbar sind oder nicht. Und dies muss möglich sein, wenn die Betriebe einerseits dringend Fachkräfte suchen und Eltern andererseits immer stärker sowohl Familienleben wie auch berufliches Fortkommen verwirklichen wollen.

Der enge Zusammenhang zwischen einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Bereitschaft gerade gut ausgebildeter Frauen, sich auf das Wagnis Beruf und Familie einzulassen, wurde in den letzten Jahren häufig diskutiert und belegt. Ebenso belegt ist die Tatsache, dass Frauen zwischen 20 und 30 Jahren die gleichaltrige Männergeneration in Sachen Bildung und Qualifikation inzwischen statistisch überholt haben. Damit stehen

ihnen alle Türen in die Berufswelt offen, zugleich verfolgen sie aber mehrheitlich das Lebensziel, Kind und Job unter einen Hut zu bringen. Und sie kommunizieren dies auch gegenüber ihrem Arbeitgeber.

Doch es sind nicht nur die gut ausgebildeten Frauen mit Kinderwunsch, die bei den Unternehmen eine stärkere Sensibilität für das Thema Familie verursachen. Die positive Reaktion von Vätern auf die Einführung des Elterngeldes zeigt, dass Beruf und Familie längst ein Thema für beide Geschlechter ist und dass es auf der Prioritätenliste von Männern oftmals schon weit oben steht.

Unternehmen kümmern sich seit Jahren glaubwürdig und in kontinuierlich wachsender Zahl um eine familienbewusste Personalpolitik. Aus betrieblicher Perspektive ergeben sich durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf handfeste Vorteile. Eltern kehren häufiger und schneller aus der Elternzeit zurück, die Personalfuktuation sinkt, das Betriebsklima verbessert sich, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind motivierter und nachweislich auch produktiver. Und vor allem: Familienfreundliche Unternehmen haben es in der Regel spürbar leichter, qualifizierte Beschäftigte für sich zu gewinnen.

Diese auch betriebswirtschaftlich relevanten Vorteile erkennen Unternehmen zunehmend – und handeln danach. Flexible Modelle der Arbeits-(zeit-)organisation wie Gleitzeit, Arbeitszeitkonten oder Arbeiten von zu Hause gehören bei einer wachsenden Zahl von Unternehmen mittlerweile schon zum Standard. Auch Angebote für einen sanften Wiedereinstieg nach der Elternzeit, Betreuungszuschüsse oder andere Formen der betrieblich unterstützten Kinderbetreuung wie Notfall- oder Ferienbetreuung werden in vielen Unternehmen schon erfolgreich umgesetzt. Und selbst das Tabu, dass Führungspositionen nicht mit einer ernsthaften Wahrnehmung von Familienaufgaben in Einklang zu bringen sind, wird in immer mehr Unternehmen gebrochen. Doch auch wenn sich die Wirtschaft in Sachen Familienbewusstsein in den vergangenen Jahren bereits erheblich bewegt hat – sie allein kann eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland nicht herstellen. Dafür brauchen Unternehmen und ihre Beschäftigten auch die richtigen Rahmenbedingungen – also eine lokale Familienpolitik, die um die Notwendigkeit einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiß und diese Aufgabe konsequent anpackt.

### 3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist im Kern ein lokales Phänomen

Eine gute lokale Familienpolitik ist der Hebel, mit dem in gemeinschaftlicher Arbeit aller Akteure vor Ort die Vereinbarkeit verbessert werden kann.

**Zum Beispiel:** Betreuungsplätze für unter Dreijährige. Sind sie Mangelware, dann gibt es für beruflich ambitionierte junge Frauen mit Kinderwunsch oft nur die Möglichkeit, erstmal aus dem Beruf auszusteigen – mit den entsprechenden Folgen für das Unternehmen, das sich vorerst einmal auf eine häufig kostspielige Suche nach Übergangs- oder sogar Ersatzlösungen machen muss. Sorgt eine Kommune jedoch für eine ausreichende Betreuung für unter Dreijährige, fällt es Unternehmen erheblich leichter, berufstätige Mütter und Väter qualifiziert zu beschäftigen, eingearbeitete Fachkräfte an ihre Unternehmen zu binden und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine zügige Rückkehr aus der Elternzeit zu ermöglichen.

**Oder:** ausreichend flexible Betreuungsmöglichkeiten für Kinder über drei Jahren. Kitas, die um 16 Uhr schließen oder Schulen, die Sechsjährige bis maximal 14 Uhr betreuen, machen es motivierten Eltern schwer, ihre beruflichen Aufgaben zu organisieren. Für die Unternehmen, in denen sie arbeiten, bleibt das in der Regel nicht ganz folgenlos. Denn berufstätige Eltern, die sich regelmäßig mit Betreuungsnotfällen auseinandersetzen müssen, sind eher gestresst und bisweilen auch in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt. Sind in einer Kommune jedoch flexible Betreuungszeiten, -angebote und -netzwerke vorhanden, können Unternehmen das Potenzial von manchen ihrer Leistungsträger besser nutzen.

**Schließlich das Thema Standortmarketing:** Zu den familienpolitisch besonders interessanten Erkenntnissen der letzten Jahre gehört, dass Fachkräfte ihre Entscheidung für einen Arbeitsplatz zunehmend auch davon abhängig machen, ob und inwieweit sich in einem neuen Job Beruf und Familie vereinbaren lassen oder nicht. Ein Arbeitgeber, der dabei nicht nur auf eine familienbewusste Personalpolitik verweisen kann, sondern auch auf eine familienbewusste Infrastruktur vor Ort, hat also im viel zitierten Wettbewerb um die guten Köpfe einen handfesten Vorteil.

Um in diesen Bereichen Erfolge zu erzielen, sind sowohl die richtigen – politisch gesetzten – Rahmenbedingungen nötig als auch die Kooperation der lokalen Akteure. Zu ihnen gehören die Kommunen, die Jugendämter, die Träger der Betreuungseinrichtungen – seien es freie, öffentliche oder private – ebenso wie die lokale Wirtschaft, also Unternehmen, Kammern etc. Dazu gehören auch Vereine, Kirchen, Parteien und nicht zuletzt die Eltern und Familien. Nur gemeinsam können sie die Region familienfreundlich gestalten, sodass auf diese Weise auch die lokale Wirtschaft wachsen und neue Familien und Fachkräfte an sich binden kann.

#### 4. Maßnahmen, die eine erfolgreiche lokale Familienpolitik umsetzen muss

Damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor Ort tatsächlich verbessert wird, sind einige zentrale Aufgaben anzupacken. In erster Linie muss der geplante Ausbau der Kinderbetreuung bis zum Jahr 2013 planmäßig und zügig umgesetzt werden. Erst wenn das Angebot an Betreuungsmöglichkeiten überhaupt dem quantitativen und qualitativen Bedarf entspricht, ist die Vereinbarkeit möglich. Die angestrebte Versorgungsquote von 35 Prozent für Kinder unter drei Jahren ist daher eine wichtige Zielmarke, die dringend erreicht werden muss.

Neben dem zahlenmäßigen Ausbau bedarf es aber auch einer größeren Flexibilität des Betreuungsangebotes. Samstagöffnungszeiten nach Bedarf müssen Bestandteil des Betreuungsangebotes werden, ebenso wie erweiterte Öffnungszeiten (u. a. abends nach 18 Uhr). Auch generelle Schließzeiten während der Ferien müssen von den Trägern in Absprache mit den Jugendämtern vermieden werden. Möglich werden sollte auch ein flexibleres Angebot an Betreuungszeiten – in Form von individuellen Zeiten, die es Eltern auch ermöglichen, punktuell zusätzliche Bedarfe zu decken. Träger und Kommunen sind diejenigen, die es hier in der Hand haben, das Angebot so zu gestalten, dass berufstätige Eltern und mit ihnen ihre Arbeitgeber an bestimmten Stellen weniger unter Druck geraten.

Sie müssen gemeinsam die Lösungen finden, die den jeweiligen Anforderungen entsprechen. Das kommt letztlich der gesamten Region zugute.

Das Betreuungsangebot vor Ort sollte möglichst vielfältig sein und Eltern wie Betrieben unterschiedliche Angebote machen können. Dazu müssen unterschiedliche Trägerkonzepte öffentliche Fördermittel erhalten können, sofern sie die notwendigen Qualitätskriterien erfüllen. Dies festzulegen und tatsächlich auch umzusetzen, ist Aufgabe der Länder- und Kommunalpolitik und der Jugendämter.

Ein wichtiges Anliegen besteht auch darin, dass Eltern (und Betriebe) Betreuungsmöglichkeiten dort in Anspruch nehmen können, wo es im individuellen Fall am sinnvollsten ist. Und das ist nicht immer der Wohnort der Eltern. Insbesondere für die Eltern von Krippenkindern kann eine arbeitsplatznahe Betreuung manchmal sinnvoller sein als eine Betreuung am Wohnort. Daher sollten öffentliche Zuschüsse wohnortunabhängig vergeben werden und die beteiligten Kommunen zu pragmatischen Ausgleichslösungen kommen. Andernfalls werden Eltern, die ihre Kinder betriebsnah betreuen lassen möchten, unnötig belastet. Ebenso wird es den Unternehmen erschwert, für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Belegplätze in betriebsnahen Einrichtungen zu buchen.

## 5. Kooperationen zwischen Kommunen und Wirtschaft als Schlüssel für mehr Vereinbarkeit

Gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind nicht nur für Unternehmen und ihre Beschäftigten ein wichtiges Anliegen, sondern auch für die Kommunen. Denn nur wenn es gelingt, junge Familien an einem Standort zu halten, hat eine Kommune Zukunft. Daher tun Kommunen und Unternehmen gut daran, das Thema gemeinsam anzugehen und Kooperationsmodelle für den „Standortfaktor Familienfreundlichkeit“ zu verwirklichen.

Dort, wo dies bereits geschieht, entstehen Lösungen, die ein einzelnes Unternehmen oder die Kommune allein gar nicht erfolgreich umsetzen könnte: So sind z. B. die Kosten, die ein einzelnes Unternehmen aufbringt, wenn es einen Dienstleister für Betreuungsnotfälle beauftragt, erheblich höher, als wenn es dies im Rahmen eines Unternehmensverbundes tut. Gleiches gilt, wenn Unternehmen und Kommunen gemeinsam ein Ferienprogramm auf die Beine stellen: Ziehen mehrere Unternehmen, die Kommune und vielleicht noch der örtliche Sportverein an einem Strang, erhöht sich in der Regel nicht nur die Angebotsqualität, sondern es sinkt auch der Preis. Und selbst bei der Vermarktung einer familienbewussten Region vermag eine noch so kreative Agentur nicht viel, wenn nicht Unternehmen und ihre Beschäftigten die Botschaft von der Familienfreundlichkeit des Standortes nach innen und außen weitertragen und so zu Botschaftern für die Attraktivität eines Standortes werden.

Es gibt inzwischen eine große Zahl an Beispielen, die zeigen, dass auch ehrgeizige Projekte für mehr Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Kooperation umsetzbar sind, wenn

- Kommune und örtliche Wirtschaft das Thema als relevant anerkennen und bereit sind, sich gemeinsam um Lösungen zu kümmern,

- | es Zugpferde mit Kompetenzen und Ressourcen aus Wirtschaft und/oder Verwaltung gibt, die aktiv dabei unterstützen, dass Ideen entwickelt und vor allem umgesetzt werden können,
- | eine Verantwortliche bzw. ein Verantwortlicher sich darum kümmert, dass aus Ideen Projekte werden, die geplant, finanziert und umgesetzt werden,
- | die Kommunikation zwischen den beteiligten Partnern stimmt und jeder seinen Vorteil, sieht, den er aus der Kooperation zieht.

## 6. Ausblick<sup>1</sup>

Neben diesen Kernthemen ist eine erfolgreiche Familienpolitik vor Ort auch von den Entwicklungen in weiteren Bereichen abhängig. So ist letztlich auch eine gute Arbeitsmarktpolitik wichtig, denn nur wo es ausreichend Arbeitsplätze gibt, werden sich Familien gerne niederlassen. Kinder- und Jugendpolitik, die vielfältige Sport- und Freizeitangebote macht, eine gute Schullandschaft oder eine Wohnungs- und Infrastrukturpolitik, die Familien bezahlbaren Wohnraum bietet: Das alles hat familienpolitische Auswirkungen und Bedeutung. Und nicht zuletzt ist eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik für Unternehmen wichtig, denn nur so werden die notwendigen Beschäftigungsmöglichkeiten für Familien geschaffen. Eine gute Standortpolitik ist aus Sicht der Wirtschaft daher immer auch eine gute Familienpolitik und umgekehrt.

---

<sup>1</sup> Weitere Informationen erhalten Sie unter: [www.erfolgsfaktor-familie.de](http://www.erfolgsfaktor-familie.de).



## 1.5 Standortfaktor Familienbewusstsein: Familie als gesellschaftliches Vermögen – wichtig für Unternehmen und immer bedeutsamer für Kommunen

*Prof. Dr. Michael Hüther, IW Köln*

Manchmal wird in der ganzen Diskussion vergessen, dass gerade die Kommunen die rechtliche Verpflichtung haben, Familienpolitik vor Ort zu betreiben und Familien zu fördern. Denn das Grundgesetz verpflichtet nicht nur den Bund, sondern auch Länder und Kommunen, Familien zu fördern (Artikel 6). Sie sind auch originäre Träger der Familienförderung als Teil der gemeindlichen Zuständigkeit und Selbstverantwortung (Art. 28 Abs. 2 GG). Vielfach zu spät haben manche Gemeinden erkannt, wie groß die Wechselwirkung zwischen der Bevölkerungs- und der Wirtschaftsentwicklung ist. Gemeinden mit Bevölkerungsverlust, Überalterung und Abwanderung gut qualifizierter Beschäftigter haben für potenzielle Unternehmensneugründungen denkbar schlechte Voraussetzungen. Doch es zeichnet sich eine Trendumkehr ab: Das zeigt sich an zahlreichen Beispielen aus Stadtentwicklungsplänen, Initiativen und Modellprojekten. Mittlerweile gehört in zahlreichen Kommunen die lokale Familienpolitik sogar schon zum Leitbild, das oft mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt oder Gemeinde gemeinsam entwickelt worden ist. Solche Kommunen bauen familienbewusste Netzwerke auf, die auch zur Imagepflege beitragen sollen. Kinder und junge Familien werden immer stärker als Wachstumsimpuls und gesellschaftliches Vermögen willkommen geheißen.

Mittlerweile ist es fast schon eine Binsenweisheit, dass Familienfreundlichkeit und familienbewusste Personalpolitik – insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – wichtige Faktoren für die Bindung und Rekrutierung von Fachkräften sind. Der demografische Wandel führt zu Fachkräftemangel und Wertschöpfungsverlusten (Plünnecke/Koppel, 2009). Durch Familienbewusstsein auf betrieblicher und regionaler Ebene können die Nutzung des Erwerbspersonenpotenzials, Kinderwünsche realisiert und dadurch positive Impulse für das Wirtschaftswachstum gegeben werden.

Für Unternehmen wird es immer wichtiger werden, sich als attraktive Arbeitgeber positionieren zu können und Employer Branding zu betreiben. Wenn sie ihr Unternehmen als Marke aufbauen und bekannt machen, können sie mit einem positiven Arbeitgeberimage nach innen und außen gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden und an sich binden. Ein wesentlicher Faktor des Employer Brandings ist eine familienbewusste betriebliche Personalpolitik.

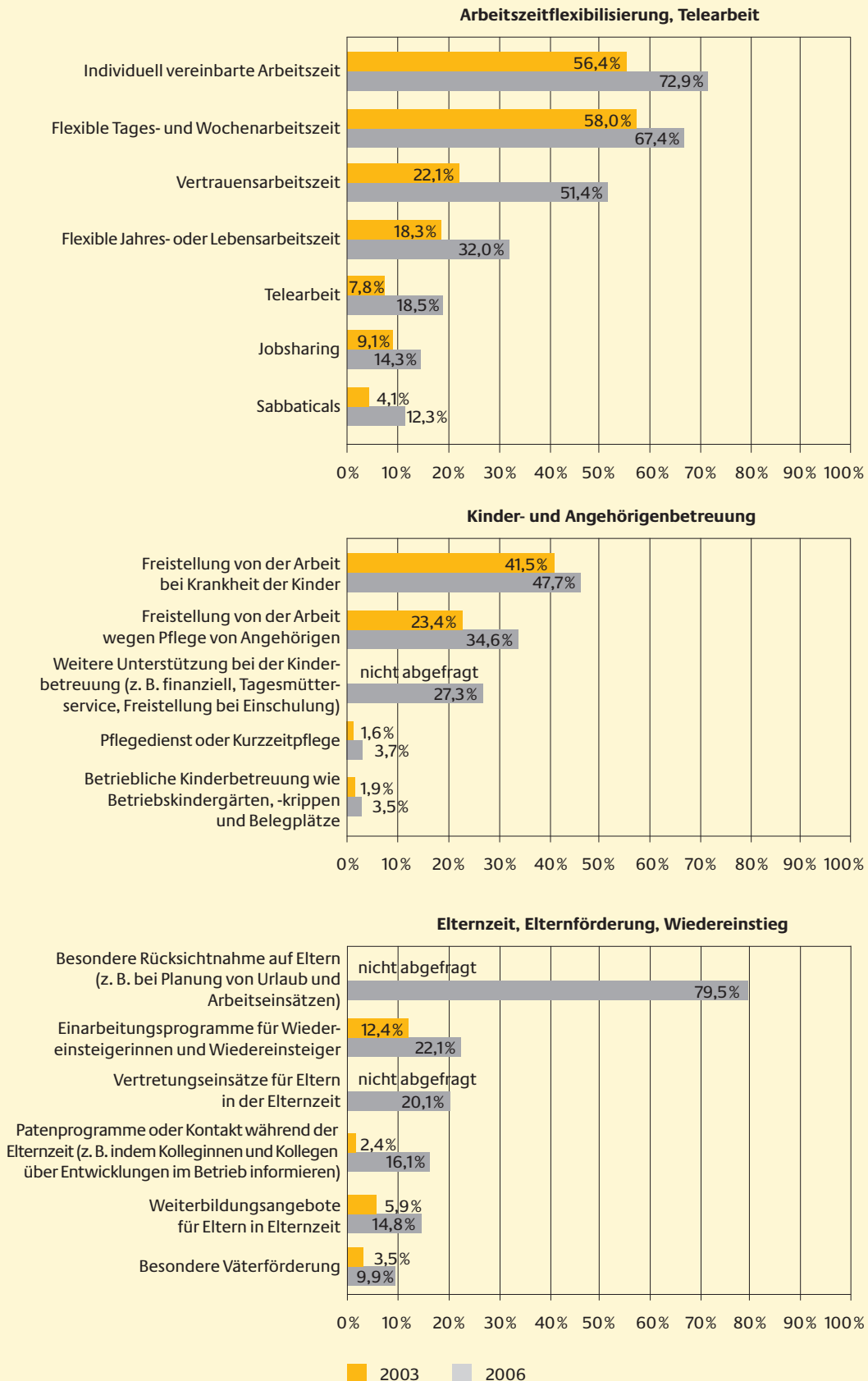
Mit dem Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2006 (Flüter-Hoffmann/Seyda, 2006) konnte das Institut der deutschen Wirtschaft Köln nachweisen, wie familienfreundlich die deutsche Wirtschaft ist und wo es noch Nachholbedarf gibt. Besonders aktiv sind die Unternehmen bei verschiedensten Modellen der Arbeitszeitflexibilisierung und Telearbeit (insgesamt 88,9 Prozent). Auch Instrumente zur Unterstützung von Eltern und zur Erleichterung des Wiedereinstiegs nach einer Familienpause praktizieren die Unternehmen sehr intensiv (84,3 Prozent). Nachholbedarf gab es noch beim Einsatz von Lebensarbeitszeitmodellen, beim Angebot haushaltsnaher Dienstleistungen, bei der Unterstützung pflegender Angehöriger und der betrieblichen Kinderbetreuung (vgl. Abbildung 3). Ob die Unternehmen in diesen Bereichen inzwischen schon aktiver geworden sind, zeigen die Ergebnisse des dritten Unternehmensmonitors Familienfreundlichkeit.

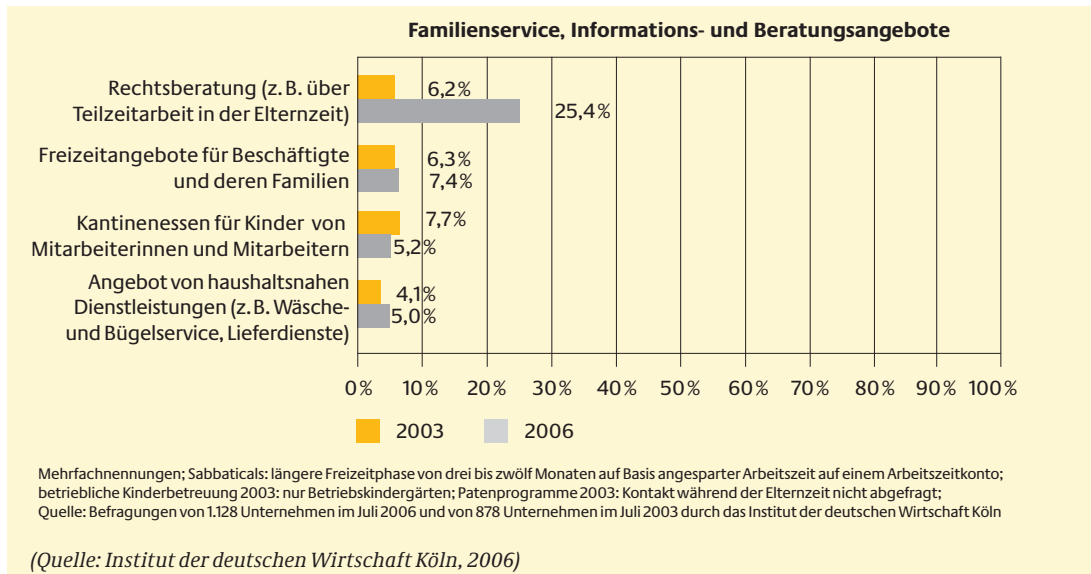


Abbildung 3: Wie familienfreundlich ist die deutsche Wirtschaft?

## Familienfreundliche Arbeitswelt: Was die Unternehmen tun

So viel Prozent der Unternehmen unterstützen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit diesen Maßnahmen





Dass sich die familienbewusste Personalpolitik auch betriebswirtschaftlich für die Unternehmen rechnet, haben das Forschungszentrum für Familienbewusste Personalpolitik der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (FFP) und der Steinbeis-Hochschule Berlin im Jahr 2008 ermittelt (Gerlach et al., 2008). Ihre Studie „Betriebswirtschaftliche Effekte einer familienbewussten Personalpolitik“ konnte auf der Basis einer repräsentativen Unternehmensbefragung nachweisen, dass eine familienbewusste Personalpolitik bei allen elf untersuchten Bereichen einen signifikant positiven Beitrag leistet, indem unter anderem die Mitarbeiterbindung gestärkt wird, die Zufriedenheit und Motivation der Beschäftigten erhöht werden, Fehlzeiten reduziert und die Personalrekrutierung erleichtert werden.

Das FFP konnte nachweisen, dass „familienbewusste Personalpolitik zu einer klaren Win-win-Situation in den Unternehmen führe“: Denn einerseits seien die Beschäftigten motivierter, fehlten seltener und entwickelten eine stärkere Bindung an das Unternehmen, weil es sie darin unterstütze, Beruf und Familie besser in Einklang zu bringen, wodurch die Produktivität erhöht werde. Gleichzeitig erleichtere eine familienbewusste Personalpolitik die Entscheidung der Beschäftigten für Kinder und für ein Leben mit Familie. Auf der anderen Seite macht sich die familienbewusste Personalpolitik aber für die Unternehmen ebenso bezahlt, beispielsweise durch die Reduzierung von Personalkosten oder die Erhöhung der Produktivität. Dies konnte die Studie bei 20 betriebswirtschaftlichen Kennzahlen feststellen.

Eine internationale Studie an der Stanford Universität in Kalifornien untersuchte die Effekte von familienfreundlichen Maßnahmen auf die Beschäftigten und die Unternehmen. Sie untersuchte Unternehmen in Frankreich (92), Deutschland (112), im Vereinigten Königreich (83) und in den USA (196) und fand heraus, dass tendenziell eher in solchen Unternehmen familienfreundliche Arbeitsplätze angeboten werden, in denen die Zahl der weiblichen Führungskräfte hoch ist, in denen ein hoher Prozentsatz an sehr gut qualifiziertem Personal arbeitet und in denen gute allgemeine Managementpraktiken vorherrschen (Zielvereinbarungen, Anreize, kontinuierliche Verbesserungsprozesse). Kein Zusammenhang konnte allerdings zwischen der Familienfreundlichkeit und dem wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen festgestellt werden (Bloom et al., 2008).

Insgesamt belegen die vorhandenen Studien die positiven Effekte der familienbewussten betrieblichen Personalpolitik, wenn auch mit jeweils unterschiedlicher und unterschiedlich starker Wirkung. Auch die Ziele, die die Unternehmen mit familienfreundlicher Personalpolitik betreiben, sind sehr breit gefächert. Allgemein kann jedoch festgestellt werden, dass Familienbewusstsein für Unternehmen inzwischen zum Standortfaktor geworden ist und künftig durch die demografische Entwicklung noch mehr an Bedeutung gewinnen wird.

Auch für Kommunen gewinnt Familienbewusstsein immer mehr an Bedeutung. Denn ein familienfreundliches Lebensumfeld wertet den kommunalen und regionalen Standort auf, erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen oder zieht weitere Unternehmen an. Für die künftig zunehmende Konkurrenz bei der Rekrutierung von qualifizierten Arbeitskräften sind familienfreundliche Rahmenbedingungen der Kommune und des Kreises von großer Bedeutung.

Denn klar ist: Nicht alle Regionen Deutschlands sind gleich attraktiv für Unternehmen. Die Standortqualität hängt nicht nur von topografischen Faktoren, Verkehrsanbindung, günstigen Gewerbeflächen, Ausbildungsstand der Bevölkerung, Verfügbarkeit von hoch qualifizierten Arbeitskräften, Bildungsinfrastruktur oder Höhe der Gewerbesteuer ab, sondern auch von Faktoren, die für die Beschäftigten und ihre Familien wichtig sind: attraktiver und erschwinglicher Wohnraum, Kindertagesstätten und Schulen für die Kinder, Arbeitsangebote für den jeweiligen Partner, Umweltqualität, Sport- und Erholungsmöglichkeiten sowie kulturelle und Freizeitangebote für die ganze Familie. Künftig wird es vermutlich noch stärker als heute einen regelrechten Wettbewerb um die „Standortgunst“ geben, bei dem Wirtschaftsregionen gegeneinander antreten, um Unternehmen anzuwerben. Daher wird Familienbewusstsein zu einem immer bedeutsameren Standortfaktor von Gemeinden und Regionen.

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle konnte nachweisen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wesentlicher Faktor für die Binnenwanderung von jungen Frauen ist (Kubis/Schneider, 2007). Analysiert wurde der Einfluss von drei vermuteten Wanderungsmotiven: das ökonomische Motiv einer Verbesserung der Einkommens- und Erwerbsposition, das Wanderungsmotiv im Zuge der Aufnahme einer Ausbildung oder eines Studiums sowie das Motiv einer Wanderung aus partnerschaftlichen und familienorientierten Gründen. Die Berechnungen zeigten, dass sich alle drei Motive signifikant auf die Wanderungsentscheidung junger Frauen auswirken. Ein wesentlicher Entscheidungsgrund der jungen Frauen für ihren Zuzug war dabei das regionale Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen und die Kinderbetreuungsinfrastruktur.

Auch in den USA ist dieses Thema aktuell: Unter der Federführung der Professorin Mildred Warner hat die Cornell Universität in Ithaca, New York, für die American Planning Association (APA) im vergangenen Jahr eine Studie zum Thema „Familienfreundliche Kommunen“ begonnen (Warner et al., 2008). Es wurden zunächst 944 Städteplanerinnen und Städteplaner in den USA befragt. Es stellte sich heraus, dass Familien für die amerikanischen Städteplanerinnen und Städteplaner aus verschiedenen Gründen sehr wichtig sind. Nahezu hundert Prozent gaben an, dass Familien zum Wachstum und zur Nachhaltigkeit einer

Kommune beitragen. Mehr als drei Viertel sehen in Familien die Bevölkerungsgruppe, die durch Zeit, Geld und andere Formen von bürgerschaftlichem Engagement in ihre Stadt oder Kommune reinvestiert. Darüber hinaus sind aus Sicht der Befragten diejenigen Kommunen lebendiger als andere, denen es gelingt, die Menschen über ihren gesamten Lebenszyklus hin zu halten (Kindheit, unverheiratete Erwachsene, Eltern, Rentnerinnen und Rentner).

Insgesamt zeigt die APA-Cornell-Studie von Städteplanerinnen und Städteplanern im gesamten US-Gebiet, dass Familien für die Kommunen eine sehr positive Rolle spielen. Sie sind davon überzeugt, dass künftig familienbewusste Planung von Kommunen zu einem wesentlichen Erfolgsfaktor von Städteplanung überhaupt wird. Die hohen Kosten, die einerseits durch die Dienstleistungen für Familien verursacht werden, amortisieren sich durch die Investitionen der Familien: finanziell als Käuferinnen und Käufer von Produkten und Dienstleistungen, aber auch durch ihr bürgerschaftliches Engagement in der Kommune.

### Ausblick

Familienbewusstsein ist für Unternehmen und Kommunen gleichermaßen zu einem Standortfaktor geworden und wird künftig weiter an Bedeutung gewinnen. Genau wie Arbeitgeber inzwischen ein intensives „Employer branding“ betreiben, um gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu akquirieren und zu halten, werden Städte und Gemeinden künftig immer stärker mit einem „Community Branding“ beginnen, das sie als attraktive Kommunen darstellt. Sie werden sich von Nachbargemeinden und von Nachbarstädten abheben wollen und müssen. Standortverbesserung, Standortmarketing und Beobachtung der Standortkonkurrenz werden daher künftig immer wichtiger für die Wirtschaftsförderer von Städten und Gemeinden werden, und Familien als gesellschaftliches Vermögen werden dabei eine wichtige Rolle spielen.

## Quellen

**Anger, Christina/Plünnecke, Axel/Tröger, Michael, 2007:** Renditen der Bildung – Investitionen in den frühkindlichen Bereich, Gutachten für die Wissensfabrik, Köln.

**Flüter-Hoffmann, Christiane/Seyda, Susanne, 2006:** Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2006, Wie familienfreundlich ist die deutsche Wirtschaft? – Stand, Fortschritte, Bilanz, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.

**Gerlach, Irene/Schneider, Helmut, 2008:** Erfolge familienbewusster Personalpolitik im Zeitablauf, Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik, Thesenpapier Nr. 2, Münster.

**Gerlach, Irene/Schneider, Helmut/Juncke, David/Krieger, John, 2008:** Betriebswirtschaftliche Ziele und Effekte einer familienbewussten Personalpolitik, Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik, Arbeitspapier Nr. 5, Münster.

**Israel, Evelyn/Warner, Mildred, 2008:** Planning family friendly communities, American Planning Association, Chicago.

**Plünnecke, Axel/Koppel, Oliver, 2009:** Fachkräftemangel in Deutschland: Bildungsökonomische Analyse, politische Handlungsempfehlungen, Wachstums- und Fiskaleffekte, IW-Analysen Nr. 46, Köln.

**Plünnecke, Axel/Seyda, Susanne, 2007:** Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik, IW-Analysen Nr. 27, Köln.

## II.

### Lokale Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik

#### 2.1 Lokale Planung und Steuerung für Familien – Elemente einer nachhaltigen örtlichen Familienpolitik

*Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier, Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR), Universität Bochum*

Familienpolitik lässt sich aus zwei verschiedenen Perspektiven definieren: einmal ausgehend von den Absichten der Politik, zum anderen ausgehend von den faktischen Wirkungen politischen Handelns auf die Lebenslagen und die Leistungen der Familien. In der ersten Betrachtungsweise ist Familienpolitik – vereinfacht gesagt – das, was die Familienministerin oder die Jugenddezernentin zuständigkeitshalber tut. In der zweiten reden wir über „implizite“ Familienpolitik, also einen Politikmix, an dem unterschiedliche Ressorts und eine Anzahl nicht staatlicher Akteure beteiligt sind, ohne dass deren Handlungen koordiniert und deren mögliche Wirkungen auf die Lebenslagen und Leistungen der Familien in Planungskonzepten berücksichtigt würden. Familienpolitik in den Kommunen ist eher eine implizite Familienpolitik, die durch faktische Wirkungen unterschiedlich motivierter Handlungen verschiedener (vor allem lokaler) Akteure einschließlich ihrer unbeabsichtigten Interferenzen zu beschreiben ist. Etwaige unintendierte Wirkungen können sowohl positive als auch negative sein. Insofern ist diese Form von Familienpolitik eine „örtliche“, nicht kommunale Familienpolitik, denn lokale Akteure wie zum Beispiel Vermieter, Wohnungsunternehmen, Kirchen, Vereine und Verbände spielen hier eine besondere Rolle bei der Politikgestaltung. Es müssen daher all jene relevanten Akteure in den Planungs- und Koordinierungsprozess aktiv eingebunden werden und ihre Handlungen sind zu koordinieren.

Voraussetzung für eine passgenaue Politik vor Ort sind gute und fortlaufend gepflegte Daten, die im Rahmen einer kommunalen Familienberichterstattung erhoben werden, sowie ihre kleinräumige Analyse. Die Entwicklung eines Formats einer kommunalen Familienberichterstattung, die die Qualität (Struktur-, Prozess-, Ergebnis- und Beteiligungsqualität) solcher örtlichen Familienpolitik verbessern hilft, war deshalb Ziel eines Modellprojekts, das das Land NRW gefördert hat und das vom Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung der RUB ZEFIR seit 2002 in Kooperation mit zahlreichen Kommunen im Lande betrieben wird (siehe **Aus der Praxis**: Familienberichterstattung).

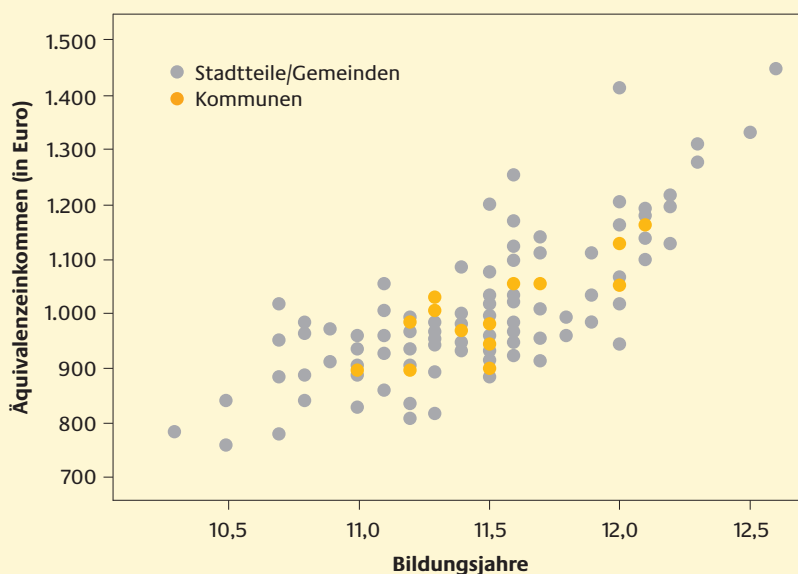
## 1. Örtliche Familienpolitik braucht Wissen über die Familien vor Ort

Kaum eine Bürgermeisterin oder ein Bürgermeister weiß, wie viele Familien es in der Stadt gibt, wie viele Alleinerziehende oder Kinderreiche mit welchen Lebenslagen in welchen Stadtteilen wohnen, welche sozialen Dienste sie in Anspruch nehmen oder nicht, oder woran es ihnen fehlen mag. Familienberichterstattung, wie jede Sozialberichterstattung, liefert solche Informationen für Politik, Verwaltung und für die anderen im Feld Tätigen (Diagnosefunktion). Sie ermöglicht (bei Verstetigung der Berichterstattung) auch die Überprüfung der Effekte politischen Handelns (Evaluationsfunktion), und – besonders wichtig in der demokratischen Stadtgesellschaft – dient der Unterrichtung der Öffentlichkeit (Aufklärungsfunktion).

Bei aller Verschiedenheit der Kommunen finden wir in den Gemeinden auf der Ebene von Stadtteilen eine vergleichbare Vielfalt von Lebenslagen der Familien. Die Vielfalt der Lebenslagen der Familien auf Stadtteilebene in einer Mittelstadt, wie z. B. Castrop Rauxel, ist größer als die Unterschiede im Städtevergleich aller untersuchten Kommunen.

In den armen und wenig gebildeten Stadtteilen („links unten“ in Abbildung 4) leben im Vergleich der Städte die meisten Familien und die meisten Kinder. Bestimmendes Problem des Familienalltags sind hier die (in der Regel schlechten) Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden und zu behalten. Soziale Vererbung von Bildungsarmut, schlechte Gesundheit, Defizite im Wohnumfeld und Mängel in der Wohnsituation sowie verbreitete Einkommensarmut charakterisieren diese Stadtteile. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (um die es im Mainstream der familienpolitischen Diskussionen heute geht) ist in erster Linie ein Engpass des Familienalltags in den stärker mittelschichtfamiliengeprägten Umlandgemeinden und in den städtischen Quartieren der Mittelschicht („rechts oben“ in der Abbildung 4).

Abbildung 4: Einkommen und Bildung in den Stadtteilen



Quelle: Familienbefragungen in NRW (kombinierter Datensatz, 2005–2008),  
Holger Wunderlich 2008, Ruhr-Universität Bochum

In den Städten und Kommunen gibt es also sehr unterschiedliche Bedarfe, die örtliche Familienpolitik bedienen muss. Es geht um unterschiedliche Ziele, zu deren Erreichung unterschiedliche Mittel erforderlich und für die unterschiedliche Akteure zuständig sind. Es gibt keine örtliche Familienpolitik „von der Stange“. Wissen über solche Unterschiede wird gebraucht. Kommunale Berichterstattung vermeidet politischen Blindflug und objektiviert Diskurse vor Ort.

## 2. Örtliche Familienpolitik braucht kompetente und „vernetzte“ Akteure

Für eine nachhaltige Familienpolitik in der Kommune müssen Funktionsträger sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen und bei freien Trägern qualifiziert sein. Das bedeutet, sie benötigen Hintergrundwissen und das „Handwerkszeug“ für ein kommunales Management für Familien. Eine Qualifizierung stärkt die Kompetenz der handelnden Akteure vor Ort. In Nordrhein-Westfalen wird vom eingerichteten „Informations- und Qualifizierungszentrum“ (IQZ) ein vielfältiges Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramm für lokale Akteure angeboten, z. B. eine Ausbildung zur Familienmanagerin bzw. zum Familienmanager. Das IQZ ist eine Initiative des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen und versteht sich als zentrale Anlaufstelle zum Thema „Kommunale Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“. Träger ist das Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) der Universität Bochum.

## 3. Örtliche Familienpolitik braucht „Führung“, Integration und klare, verlässliche Strukturen!

In den meisten Kommunen, vor allem in den wachsenden Kommunen, ist örtliche Familienpolitik kein Thema. Die Herausforderungen des demografischen Wandels werden vor allem in solchen Kommunen ernst genommen, in denen seine Folgen (Schrumpfung, Alterung, Integrationsprobleme) deutlich zu spüren sind. Voraussetzung für örtliche Familienpolitik ist, dass lokale Akteure die Relevanz des Themas erkennen und die Zuständigkeit der Kommune beanspruchen. Wirkungsvolle und nachhaltige örtliche Familienpolitik ist „Chefsache“, das heißt, es braucht den erklärten politischen Willen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Neue Zuständigkeiten in den Kommunen müssen geschaffen werden beziehungsweise bestehende Zuständigkeiten müssen gebündelt werden. In der Praxis werden unterschiedliche Wege beschritten, dazu zählen:

- die Veranstaltung von örtlichen Familienkonferenzen nach dem Beispiel der kommunalen Gesundheitskonferenzen,
- die Einrichtung eines Amtes für Familien, in dem Zuständigkeiten anderer Ämter (Jugendamt, Sozialamt, Wohnungsamt etc.) gebündelt werden,
- die Einrichtung von Familienbüros (Beispiel „Familienprojekt“ in Dortmund) und schließlich
- ein neuer Zuschnitt von Dezernaten mit einer Bündelung der Zuständigkeiten für Familien, einschließlich der Stadtforschung und Statistik, die für Berichterstattungszwecke und Monitoring gebraucht werden, bei einem Dezernat, wie z. B. in Mülheim an der Ruhr.



#### 4. Örtliche Familienpolitik muss sich auf breite Akteursbündnisse gründen!

Wichtige Akteure im Rahmen solcher „lokalen Bündnisse“ sind neben den üblichen aus Verwaltung, Politik und Arbeitgebern auch die Wohnungsunternehmen, örtliche Vereine einschließlich der Sportvereine, Kirchengemeinden und Schulen. Wichtige Erfahrungen hat hierzu das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ gebracht, die genutzt werden können und sollten. Hier wäre u. a. die Einbindung der Quartiersmanagerinnen und Quartiersmanager denkbar, oder auch die Einbindung der Quartiersräte, die ein inzwischen bekanntes Modell der kleinräumigen Bürgerbeteiligung darstellen. Es hat sich eine Vielzahl von lokalen Netzwerken gebildet, die wertvolle strategische Partner sein können. Als lokale Akteure und auch Vertreter des jeweiligen Kiezes könnten diese Akteure in Foren, Beiräten oder Gremien wichtiges lokales Wissen – etwa über die Problemlagen von Familien – bereitstellen. Zudem kann das sogenannte Quartiersmanagement, das mit dem Programm eingeführt wurde, auf jahrelange Erfahrungen im Bereich des integrierten, ressort- und ebenenübergreifenden Arbeitens zurückgreifen und damit im Erfahrungsaustausch für andere lokale Akteure von großem Wert sein.

Die Ergebnisse einer integrierten lokalen Berichterstattung über Familien und Kindergesundheit hat beispielsweise die Stadt Mülheim an der Ruhr veranlasst, u. a. mit den Sportvereinen einen für die Familien kostenlosen „Sportscheck“ einzuführen, der Schulanfängerinnen und Schulanfänger ein Jahr kostenlosen Vereinssport ermöglicht. Kommunen sind Initiatoren, Motivatoren und Moderatoren, nicht die Alleinveranstalter örtlicher Familienpolitik.

Akteure der örtlichen Familienpolitik sind nicht zuletzt die Familien selbst. Sie zu beteiligen, ist aber nicht überall einfach. Besonders in den Wohnquartieren der sogenannten „Unterschicht“ und in von Migrantinnen und Migranten geprägten Milieus finden sich verbreitete Apathie und erheblicher „Gestaltungspessimismus“. Wie die Einbeziehung der Familien auch in solchen Wohnquartieren gelingen kann, dazu berät das IQZ NRW Kommunen im Lande. Darüber hinaus trägt der Erfahrungsaustausch innerhalb des kommunalen Netzwerks NRW dazu bei, dass Ergebnisse und Erfahrungen allen zugänglich gemacht werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine gute Familienberichterstattung und ein qualifiziertes Personal in der Verwaltung noch lange keinen Politikwechsel einleiten. Viel mehr sind sie Hilfsmittel einer Politik vor Ort, die etwas bewegen will. Vor allem bedarf es engagierter Führungskräfte und Bündnisse sowie adäquater Strukturen, die eine lokale Familienpolitik nachhaltig als Gemeinschaftsaufgabe, als eine Querschnittspolitik tragen können.

## Quellen

**Strohmeier, Peter/Schultz, Annett/Wunderlich, Holger:** Örtliche Familienpolitik – warum und wie? In: Der moderne Staat. Heft 1–2009.

**Weitere Informationen sind erhältlich unter:**

[www.faktor-familie.de](http://www.faktor-familie.de) (Faktor Familie)

<http://www.familie-in-nrw.de/> (Familie in NRW)

## Anhang: Checkliste

### Strukturqualität

- | Liegt ausreichendes und differenziertes Wissen über Familien vor Ort vor?
- | Sind Ziele und Adressaten definiert?
- | Wurden überprüfbare Zielkriterien vereinbart?
- | Sind alle relevanten Akteure eingebunden?
- | Sind allen Akteuren ihre Zuständigkeiten und Kompetenzen klar?
- | Gibt es funktionierende Netzwerke?

### Prozess- und Beteiligungsqualität

- | Ist die Integration in übergreifende Entwicklungsstrategien (z. B. „StadtumbauWest (Ost)“, „soziale Stadt“, „gesunde Stadt“) gelungen?
- | Ist die Sensibilisierung für das Thema bei relevanten Akteuren gelungen?
- | Ist die Verständigung über Ziele und Adressaten gelungen?
- | Ist die Verständigung über Konzepte und Methoden gelungen?
- | Wie werden Familien im Prozess (Verständigung über Ziele und Mittel) beteiligt?
- | Wie kooperieren die unterschiedlichen Akteure?

### Zielerreichung

- | Wie bewerten Familien die Familiengerechtigkeit vor Ort? (Problem: Migrantinnen und Migranten, „Unterschicht“familien)
- | Werden die Angebote für Familien von Familien wahrgenommen?
- | Hat sich die Situation von Familien verbessert?

## Aus der Praxis:

### Kommunale Familienberichterstattung in Deutschland mit Fokus auf NRW

*Eine Zusammenstellung von Sebastian Richter, Universität Potsdam*

#### I. Empirie in Deutschland

**Quantität:** In den Jahren 1999–2009 ist eine Reihe von Familienberichten entstanden, die für diesen Zeitraum etwa 37 umfasst (Redaktionsschluss Dezember 2009). Auf Deutschland bezogen ist das eine noch recht geringe Anzahl und macht darauf aufmerksam, dass hier noch einiges zu tun ist. Angemerkt sei zudem, dass es sich hierbei nur um eine kleine Auswahl von kommunalen Familienberichten und keine repräsentative Auszählung handelt. Es wurden lediglich die über das Internet öffentlich zugänglichen Dokumente berücksichtigt; viele Berichte sind als unmittelbare Planungsinstrumente nicht öffentlich.

**Akteure:** Die Entwicklung von kommunalen Familienberichten kann sehr unterschiedlich erfolgen, grundsätzlich ist eine analytische Unterscheidung zwischen verwaltungsinterner und externer Erbringung zu treffen, da dies weitreichende Folgen für den Entstehungsprozess des Berichtes selbst hat. Bei verwaltungsinternen Berichten kann das Jugendamt, Sozialamt, Gesundheitsamt oder das Amt für Statistik und Wahlen federführend im Prozess der Berichterstellung sein (Wunderlich 2007). Verschiedene Kommunen vergeben diese Aufgabe als Auftrag an externe Dienstleister, z. B. Institute, oder Einzelpersonen als Expertinnen und Experten (Wunderlich 2007).

**Verbreitung:** Es gibt in den Bundesländern Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen Familienberichte. Quantitativ gesprochen ist das Bundesland NRW gegenüber dem bundesdeutschen Durchschnitt Vorreiter.

**Typologie:** Kommunale Familienberichte sind sehr vielgestaltig. Es lassen sich dabei grob drei unterschiedlichen Typen bilden (die sich ihrerseits weiter ausdifferenzieren lassen):

#### Übersicht 1: Typologie

Typ – Bezeichnung	Merkmal	Stadt/Kreis (Beispiele)
Typ 1 – Familienstatistische Grundlagenberichte	+ soziodemografische Daten zur Situation der Familien und/oder eine Bestandsaufnahme familienbezogener Dienste und Leistungen	Freiburg, Parchim, Düsseldorf, Gießen
Typ 2 – Familienberichte	+ Bewertung der sozialen Infrastruktur, Bedürfnisermittlung durch Experteneinschätzungen, Befragungen	Gladbeck, Ravensburg
Typ 3 – Integrierte Familienberichte	+ allgemein formulierte Handlungsperspektiven, Handlungsgrundsätze und/oder Leitlinien und/oder konkrete Maßnahmevorschläge, ein Familienförderplan	Leipzig, Marl, Ulm, Freiberg, Warendorf

*Quelle: Eigene Übersicht, in Anlehnung an Wunderlich 2007*

**Themen:** In kommunalen Familienberichten wurden bislang vor allem folgende Themen bearbeitet, die ihrerseits bestimmte lokale und auch gesamtgesellschaftliche Herausforderungen widerspiegeln, wie z. B. den demografischen Wandel (Wunderlich 2007):

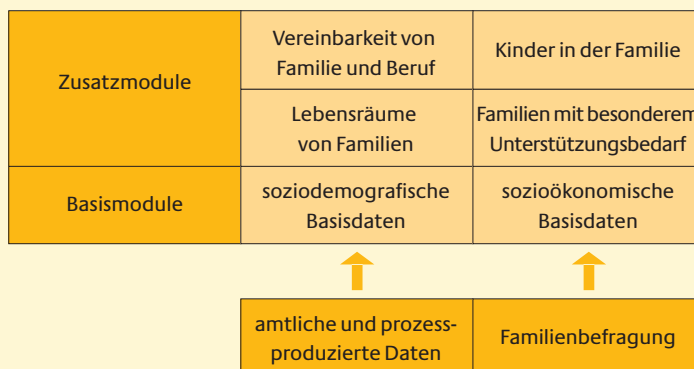
- | Bevölkerung/Demografie
- | Sozialhilfebezug/Armut
- | Erwerbssituation/Arbeitslosigkeit
- | Wohnsituation
- | Soziale Infrastruktur/insbesondere Kinderbetreuung
- | Intervention und Beratung
- | Finanzielle/ökonomische Situation der Familien
- | Bildung und Schulwesen
- | Gesundheit

## II. Nordrhein-Westfalen (NRW) als Vorreiter

NRW hat bereits langjährige Erfahrungen im Bereich der kommunalen Familienberichterstattung gesammelt. Die kommunale Familienberichterstattung in NRW wird seit 2007 von der „Faktor Familie GmbH – lokale Familienforschung und Familienpolitik GmbH“, einer u. a. zu diesem Zweck erfolgten Ausgründung aus dem Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR), auf Non-Profit-Basis erbracht. Ergänzend betreut das ZEFIR für das Land das „Informations- und Qualifizierungszentrum für Kommunen“ (IQZ NRW), eine Informations-, Qualifikations- und Vernetzungsplattform, deren Angebote von den kommunalen Akteuren in NRW intensiv genutzt werden.

Die kommunale Familienberichterstattung in NRW der Faktor Familie GmbH ist modular aufgebaut (siehe Abbildung 5). Zwei Basismodule (demografische und ökonomische Strukturdaten) werden ergänzt durch (derzeit noch) vier Zusatzmodule. Weitere Module werden entwickelt. Die Module können von den Kommunen bedarfsgenau kombiniert werden. Die für die Module erforderlichen Daten werden über Aufbereitungen kommunalstatistischer Daten und eine schriftliche Familienbefragung vor Ort gewonnen. Die Berichterstattung ist „integriert“, d. h. ressortübergreifend, kleinräumig differenziert (Stadtteile) und soll stetig erfolgen.

**Abbildung 5: Modularer Aufbau der Familienberichterstattung**



Quelle: Faktor Familie GmbH

Dabei soll in möglichst vielen Kommunen das gleiche Erhebungsinstrument verwendet werden, sodass die Ergebnisse der Berichterstattung vergleichbar und interkommunale Kooperationen möglich sind.

Neben der Planung und Steuerung ist besonderes Kennzeichen des NRW-Modells, dass Qualifizierung stets mitgedacht wird. Sogenannte Familienmanagerinnen und -manager können etwa rückkoppeln, ob Berichte genutzt werden oder nicht. Die Ausbildung fachlich kompetenter und ministeriell zertifizierter kommunaler Familienmanagerinnen und -manager in mehrtägigen Seminaren ist ein Angebot des Informations- und Qualifizierungszentrums (IQZ NRW). Die Absolventinnen und Absolventen kooperieren in der beruflichen Praxis, ermitteln die Prioritäten und entwickeln entsprechende fachliche Handlungsvorschläge. Das Angebot des IQZ NRW zur Zertifizierung zur Familienmanagerin bzw. zum Familienmanager wird seit mittlerweile vielen Jahren gut angenommen.

**Weitere Informationen unter:**

- | Wunderlich, Holger (4/2007): Kommunale Familienberichterstattung in Theorie und Praxis – Eine Bestandsaufnahme. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit.
- | <http://www.familie-in-nrw.de>

**Kontakt:**

Holger Wunderlich, wissenschaftlicher Mitarbeiter  
Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung der Ruhr-Universität Bochum (ZEFIR)  
E-Mail: [zefir@rub.de](mailto:zefir@rub.de)

## Aus der Praxis:

### Aktivitäten der IHK Frankfurt am Main – der Familien- und Demografieatlas

Seit 1998 besteht gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main und der Evangelischen Akademie Arnoldshain das Frauennetzwerk „FrauenMachtKarriere!®“, dem sich inzwischen weitere Kooperationspartner aus der Region, wie zum Beispiel Hochschulen und Unternehmen, angeschlossen haben. Ziel dieses Projektes ist es, das Erwerbspotenzial von Frauen hervorzuheben und Frauen zu ermutigen, sich beruflich – insbesondere in Führungspositionen – zu engagieren. In verschiedenen Diskussionsveranstaltungen und Tagungen, bei denen u. a. namhafte Frauen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Gastvorträge halten, ist auch das Thema „Familienfreundlichkeit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ von großer Bedeutung.

Die IHK Frankfurt am Main ist seit der Gründung im September 2005 Mitglied im Frankfurter **Lokalen Bündnis für Familie** und bringt auch hier ihre Aktivitäten hinsichtlich Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Darüber hinaus fungiert sie als Multiplikator und beratender Ansprechpartner für die Unternehmen. Die IHK Frankfurt am Main versteht sich als sachkundiger Partner der Wirtschaft und Kommunen und unterstützt die Arbeit des Lokalen Bündnisses durch diverse Publikationen, Studien und Veranstaltungen, die eine hohe Öffentlichkeitswirkung haben. Beispiele sind die Veranstaltung mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im März 2007, der Kita-Check und der Familien- und Demografieatlas 2006 und 2009. Die IHK berät Unternehmen, gibt Hinweise zur Gestaltung von familienfreundlichen Arbeitsmodellen und stellt Kontakte her, wenn es z. B. um die Einrichtung von betrieblicher Kinderbetreuung geht.

Bereits zweimal – im Jahre 2004 und 2009 – hat sich die IHK Frankfurt am Main an dem bundesweiten Kita-Check des DIHK beteiligt und die Kinderbetreuungseinrichtungen in ihrem Bezirk nach Kriterien getestet, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Es zeigt sich eine erfreuliche Entwicklung. Obwohl der Handlungsbedarf immer noch groß ist, ist eine Tendenz in Richtung Ausbau des Betreuungsangebotes und Flexibilisierung der Betreuungszeiten erkennbar.

Mit dem im Jahre 2006 erschienenen **Familienatlas** hat die IHK Frankfurt am Main erstmalig eine mehrdimensionale Studie über die Familienfreundlichkeit in der Region herausgegeben. In 2009 wurde sie als Familien- und Demografieatlas neu aufgelegt und um das Thema Seniorinnen und Senioren erweitert.

Ziel des **Familien- und Demografieatlas** ist es, eine Analyse des familienpolitischen Status der einzelnen Gemeinden aufzuzeigen. Der Atlas beschreibt die demografische Entwicklung im IHK-Bezirk und untersucht, welche Kommunen für Familien besonders attraktiv sind. Dabei geht der Atlas auf Aspekte wie Betreuungsangebote, finanzieller Handlungsspielraum der Kommunen, Frauenerwerbsbeteiligung und Teilzeitquote sowie die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Darüber hinaus

werden Best-Practice-Beispiele der kommunalen Familienpolitik dargestellt. Somit wird den Städten und Gemeinden die Möglichkeit gegeben, voneinander zu lernen. Die einzelnen Regionen werden unterschiedlich stark betroffen sein. Innerhalb des IHK-Bezirks Frankfurt am Main gibt es bereits erhebliche Unterschiede bezüglich der Altersstruktur. Gemeinden, denen es gelingt, Menschen im erwerbsfähigen Alter sowie Familien zu gewinnen, werden weniger unter dem demografischen Wandel leiden.

Der **Familien- und Demografieatlas 2009** hat sich diesmal nicht nur auf die Kinder und Jugendlichen und deren Eltern beschränkt, sondern bewusst auch das Thema „Seniorinnen und Senioren“ integriert. In einigen Gemeinden ist inzwischen jeder vierte Einwohner über 65 Jahre alt, hingegen weisen andere einen Bevölkerungsanteil von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren von circa 20 Prozent auf. Während zukünftig der Anteil der Kinder und Jugendlichen weiter zurückgehen wird, ist davon auszugehen, dass bis zum Jahr 2040 über 30 Prozent der Einwohner des Hochtaunus- und des Main-Taunus-Kreises über 65 Jahre alt sein werden.

Einzelne Städte mit einem besonders hohen Anteil von älteren Menschen haben sich in den letzten Jahren besonders intensiv um den Zuzug sogenannter Familienwanderer bemüht. So konnte im Zeitraum 2004 bis 2008 zum Beispiel Bad Homburg ebenso wie Schwalbach deutliche Zuwanderungsgewinne in den Altersgruppen 0 bis 18 Jahre und 30 bis 50 Jahre verbuchen. Die größte Anziehungskraft auf Familien übt bislang jedoch Oberursel aus. Hier war der größte positive Wanderungssaldo in diesen Altersgruppen zu verzeichnen. Hierfür dürften insbesondere die hohe Zahl an Arbeitsplätzen in Oberursel, die Ausweisung attraktiver neuer Wohnbaugebiete, das sehr gute Verkehrsangebot sowie das vielfältige Schul- und Betreuungsangebot ausschlaggebend sein.

### **Einschätzung**

Es kommt also vor allem auf eine gut ausgebaute Infrastruktur an. Der Bau und die Aufrechterhaltung von Kinderbetreuungseinrichtungen sowie der Kinder- und Jugendinfrastruktur, wie Spiel- und Sportplätze oder Jugendhäuser, benötigen dabei erhebliche finanzielle Mittel, ebenso wie die Vielzahl unterschiedlicher Investitionen – von Maßnahmen der Stadtentwicklung bis hin zur Sanierung oder barrierefreien Umgestaltung von Schwimmbädern –, die die Attraktivität einer Kommune als Wohnstandort bestimmen. Daher ist für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune der finanzielle Handlungsspielraum entscheidend.

Familienfreundlichkeit wird eine immer größere Rolle spielen, wenn es darum geht, qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen und zu halten. Deshalb wird es umso wichtiger, alle relevanten Entwicklungen in mögliche Zukunftsszenarien einzubeziehen und sich den Herausforderungen offen zu stellen. Die IHK als sachkundiger Partner möchte mit dem Familien- und Demografieatlas diesen Prozess unterstützen, Stärken und Schwächen aufzeigen, Impulse geben und die Kommunen in dieser Richtung unterstützend begleiten.

**Weitere Informationen unter:**

- | <http://www.frankfurt-main.ihk.de>
- | <http://www.frankfurter-buendnis-fuer-familien.de>

**Kontakt:**

Sabine Syed

Stellvertretende Geschäftsführerin, IHK Frankfurt am Main

E-Mail: [s.syed@frankfurt-main.ihk.de](mailto:s.syed@frankfurt-main.ihk.de)



## Aus der Praxis:

### Familienförderung in Gelsenkirchen

Das präventiv ausgerichtete Konzept der Familienförderung in Gelsenkirchen wurde Ende 2004 entwickelt und wird seit 2005 umgesetzt. Das Modell ist ein praktisches Beispiel dafür, wie Eltern bereits sehr frühzeitig erreicht werden können und wie sich die Planungen zur präventiven Unterstützung des Erziehungsalltages an den Bedürfnissen der Eltern ausrichten können.

Im Referat Erziehung und Bildung wurden durch Umorganisation fünfeinhalb Stellen geschaffen, mit denen das neue Team Familienförderung/Familienbildung gebildet wurde. Das Team wurde bewusst der Abteilung Jugendförderung angegliedert und nicht etwa dem ASD. Eine Stelle wurde mit einer türkischsprachigen Mitarbeiterin besetzt.

### Konzept der Familienförderung

Ziel ist es, Eltern frühzeitig in ihren Erziehungskompetenzen durch Familienbildungsangebote zu stärken und Problemlagen frühzeitig zu erkennen.

Dazu werden alle Eltern angesprochen, nicht lediglich sog. Risikogruppen.

Wichtigstes Anliegen ist es, die Eltern frühzeitig, bedarfsgerecht und wohnortnah mit abgestimmten Angeboten der Familienförderung/Familienbildung zu erreichen.

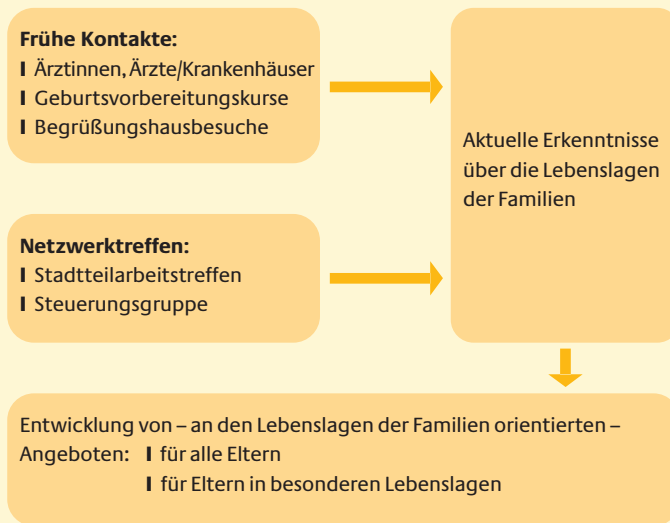
Dazu wurden folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Schaffung eines Netzwerkes zur Familienförderung
- Initiierung von an den Lebenslagen der Eltern ausgerichteten Angeboten in ihrem Wohnumfeld
- Einrichtung einer flächendeckenden „Gelsenkirchener Elternschule“
- Begrüßungshausbesuch zur Geburt des ersten Kindes
- Aufbau einer Präventionskette von der Geburt bis zum Eintritt in die Kita

Ein wichtiger Bestandteil des Konzeptes ist dabei das Zusammenwirken im Netzwerk. Dazu werden in fünf Stadtbezirken regelmäßig Arbeitsgruppen organisiert, um mit Expertinnen und Experten aus dem Bezirk Veränderungen zu erfassen und darauf zu reagieren. Gibt es z. B. in einem Stadtbezirk nicht ausreichend Angebote für Alleinerziehende, werden entsprechende Angebote initiiert, erprobt und bei Bedarf und erfolgreich verlaufener Erprobung auch flächendeckend eingerichtet.

Die wichtigsten Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner der Familienförderung sind dabei die örtlichen Familienbildungseinrichtungen, Tageseinrichtungen für Kinder und Familienzentren sowie das Gesundheitswesen. Darüber hinaus gibt es Kooperationen mit Hebammen, Verbänden, Grundschulen und Jugendeinrichtungen.

Abbildung 6: Präventionsnetzwerk „Familienförderung“



## Angebote der Stadt Gelsenkirchen

### Der Begrüßungshausbesuch

Zur frühen Kontaktaufnahme erhalten Eltern erstgeborener Kinder in den Wochen nach der Geburt das Angebot zu einem Begrüßungshausbesuch. Die Annahme dieses Angebotes ist selbstverständlich freiwillig und wird beständig von 83,5 Prozent der Angeschriebenen angenommen. In diesem Hausbesuch beantworten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erste individuelle Fragen der Eltern. Darüber hinaus werden umfassende Informationen zu begleitenden Angeboten in der Nähe gegeben und es wird eine Tasche mit zusammengestellten Informationen wie dem „Gelsenkirchener Elterninformationsbuch“ und einem Babygeschenk überreicht. Zentrales Anliegen des Hausbesuches ist es jedoch, Eltern individuell zu motivieren, sich für den Erziehungsalltag fit zu machen und Angebote der Familienbildung anzunehmen.

Dazu werden bedarfsgerecht Angebote entwickelt, die sich an den sich verändernden Lebenslagen der Eltern ausrichten, so gibt es spezielle Angebote für Alleinerziehende, muttersprachliche Angebote für Familien mit Migrationshintergrund oder unverbindliche Treffpunkte wie „offene Eltern-Baby/Kind-Treffs“.

Die Angebote sind kostengünstig (für finanzschwache Eltern oft kostenfrei über einen Gutschein) sowie wohnraumnah installiert und meist mit paralleler Kinderbetreuung organisiert.

Tabelle 1:

Durchgeführte Hausbesuche	3.560	83,5 %
davon zugewanderte Familien	1.613	45,3 %
davon Alleinerziehende	411	11,5 %
Mitteilungen an ASD	72	2,0 %

(eigene Darstellung: für den Zeitraum Aug. 2005–Dez. 2009)

### Die Gelsenkirchener Elternschule

Diese Kursreihe vermittelt in 7 Treffen ein praktisches Basiswissen und findet gestaffelt nach Altersgruppen statt, für die Altersstufe 0–3 und für die Altersstufe 4–7. Erprobt wird darüber hinaus gerade eine weitere Elternschule für die erste Grundschulklasse.

Themen der Elternschulen sind z. B.:

- Grenzen und Konsequenzen in der Erziehung
- Ernährung/Hygiene und Gesundheitsfürsorge
- Bedürfnisse des Kindes wahrnehmen
- Familienregeln aufstellen
- Krafttanken für Eltern
- Umgang mit Medien

Der Besuch der Elternschule kostet für eine Person 45,- € und für ein Paar 65,- €. Finanzschwache Eltern erhalten über das Jugendamt einen kostenlosen Teilnahmegeutschein.

Die Angebote sind nicht verpflichtend, werden jedoch von den Eltern gut angenommen. Insbesondere Familien mit Zuwanderungsgeschichte nehmen die Angebote gut an. Hier hat sich insbesondere im Rahmen der Begrüßungshausbesuche gezeigt, dass Angebote der Familienbildung mangels Wissen darüber sowie aus Kostengründen bisher kaum angenommen wurden.

**Tabelle 2:**

Angebot Gelsenkirchener Elternschule	Durchgeführte Kurse	Teilnehmende
Altersgruppe 0–3 Jahre	98	751
Altersgruppe 4–7 Jahre (seit 2006)	48	436
Infonachmittage für zugewanderte Familien	82	962

*(eigene Darstellung; für den Zeitraum Aug. 2005–Dez. 2009)*

### Offene Eltern-Baby/Kind-Treffs

Die Idee für die Einrichtung dieser Treffs ist in Begrüßungshausbesuchen im Gespräch mit Eltern entstanden, die nach einer offenen und unverbindlichen Möglichkeit suchten, die folgende Merkmale bieten sollte:

- Austausch mit anderen Eltern
- Erfahrungen beim Spiel mit anderen Kindern vor Eintritt in die Kita
- Möglichkeit mit einer Fachkraft persönliche Fragen zu besprechen, z. B. die Entwicklungsprozesse des Kindes usw.

Dazu wurden in den Tageseinrichtungen für Kinder vor Ort kostenlos Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, in denen die Familienförderung mit jeweils einer anleitenden Fachkraft (Hebamme, Erzieherin, Kinderkrankenschwester oder Sozialarbeiterin) offene wöchentliche Treffpunkte installierte. Alle Treffs wurden mit Spielmaterial und einer Babywaage ausgerüstet.

Die Teilnahme ist unverbindlich und kostenfrei. Die Eltern entscheiden selber, ob sie regelmäßig oder nur gelegentlich teilnehmen.

In der Anfangsphase gab es eine Werbekampagne, danach entwickelten sich die Treffs zu Selbstläufern, die nicht mehr beworben werden müssen und von den Familien ausgesprochen gut angenommen werden.

**Tabelle 3: Offene Eltern-Baby/Kind-Treffs**

Anzahl der Treffs	Wöchentliche TN
20 (17 Standorte)	ca. 145

*(eigene Darstellung: für den Zeitraum Aug. 2005–Dez. 2009)*

### Weitere Angebote

- Jährlicher Familientag. Zum Kennenlernen von interessanten Diensten, Anbietern und Hilfsmöglichkeiten für Eltern (Jugendamt, Beratungsstellen, Hebammen, Wohnungsgesellschaften, Vereine, Krankenhäuser, Freizeiteinrichtungen usw.). Jeder Anbieter hält ein Infoangebot und ein Spielangebot für die Kinder vor.
- MOPUK (Mama oder Papa und Kind), ein wöchentlich stattfindender Treff für alleinerziehende Eltern
- Schwer angesagt, ein Angebot für Eltern und Kinder zum gesunden und einfachen Kochen
- Babybreikurse zur kostengünstigen und leckeren Zubereitung von verschiedenen Babybreien
- Spielestunden zu Hause, für erziehungsschwache Eltern, die außerhäusliche Angebote nicht wahrnehmen mögen
- Väterangebote, Väter mit Babys, z. B. Babymassage, Feste für Väter mit älteren Kindern
- Erlebnisreise, alternative kostengünstige Freizeitgestaltung in Wald und Flur. Die Möglichkeiten erproben Eltern mit ihren Kindern gemeinsam.
- Bewegungsangebote in der Turnhalle oder im Wasser
- Stadtteilyer mit einer trägerübergreifenden Angebotsauswahl im Wohnumfeld der Eltern, halbjährliche Neuerscheinung
- vorGElesen, eine Anleitung zur frühen Sprachentwicklung

### Resümee

Das Modell zur Familienförderung hat sich in den rund 5 Jahren seit Start bewährt und wird von den Eltern gut angenommen. Mit dem Begrüßungshausbesuch wurde ein gelungener früher Zugang geschaffen, der eine tragfähige Basis zur weiteren Förderung und Begleitung der Eltern eröffnet. Die entstandene Angebotspalette wurde an den Bedürfnissen der Eltern ausgerichtet und hilft ihnen, gerade in der wichtigen ersten Familienphase Familienkompetenzen zu erwerben und damit auch entscheidend zu einer gelungenen Bildungsbiografie ihrer Kinder beizutragen.

### Weitere Informationen unter:

<http://www.jugendamt-gelsenkirchen.de/>

### Kontakt:

Ina Woelk

Teamleitung der Familienförderung im Referat Erziehung und Bildung

Stadt Gelsenkirchen

E-Mail: [ina.woelk@gelsenkirchen.de](mailto:ina.woelk@gelsenkirchen.de)

## 2.2 Bündnisse und Netzwerke

### 2.2.1 Produktionsnetzwerke zur Unterstützung Alleinerziehender – ein Schritt zu integrierten Angebotsstrukturen auf lokaler Ebene

*Prof. Dr. Claus Reis, Fachhochschule Frankfurt am Main*

#### 1. Das Modellprojekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende“

Die anhaltend schwierige Situation für Alleinerziehende auf dem Arbeitsmarkt war ein wesentliches Motiv für das Bundesfamilienministerium, das Bundesministerium für Arbeit, und Soziales sowie die Bundesagentur für Arbeit, im Frühjahr 2009 die kooperative Partnerschaft „Perspektiven für Alleinerziehende“ ins Leben zu rufen. Angesichts des hohen Anteils Alleinerziehender im SGB-II-Leistungsbezug ist dabei die Zusammenarbeit im Netzwerk mit den Grundsicherungsstellen zur Unterstützung der Zielgruppe von besonderer Relevanz. Um modellhaft die Netzwerkarbeit für Alleinerziehende an ausgewählten Standorten zu fördern und dabei u. a. die zentrale Schnittstelle zwischen den verschiedenen lokalen Akteuren zu den Grundsicherungsstellen zu gestalten, wurde das Modellprojekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende“ durch das Bundesfamilienministerium initiiert. Wissenschaftlich begleitet vom Institut für Stadt- und Regionalentwicklung der Fachhochschule Frankfurt am Main erprobten zwölf Standorte vom 1. April 2009 bis 31. März 2010 die Entwicklung kooperativer Strukturen zur Unterstützung von Alleinerziehenden im SGB II.

Hintergrund des Projekts ist die Ambivalenz der sozialen Situation von Alleinerziehenden in Deutschland als ein Nebeneinander von „Normalität“ und „Prekarität“. Einerseits wächst jedes sechste Kind in einer „Ein-Eltern-Familie“ auf – diese Familienform ist somit zum Bestandteil gesellschaftlicher Normalität geworden. Gleichzeitig wird diese „Normalisierung“ zumindest für eine Teilgruppe der Alleinerziehenden von einer anhaltenden Prekarität ihrer materiellen Lebenslage begleitet, die sich im Bezug von Sozialhilfe (BSHG, bis 2005) bzw. der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) Ausdruck verleiht<sup>2</sup>. So bezogen im Jahre 2009 41 Prozent aller Haushalte mit alleinerziehendem Haushaltsvorstand materielle Leistungen des SGB II.

Vorliegende empirische Untersuchungen zeigen, dass nicht alle Haushalte von Alleinerziehenden gleichermaßen hiervon betroffen sind und dass sie über unterschiedliche Kompetenzen und Strategien verfügen, prekäre Situationen zu bewältigen. Angesichts der Ausgangssituation ist an Hilfsangebote eine doppelte Anforderung zu stellen:

- Sie müssen der Komplexität der Lebenslagen von Alleinerziehenden angemessen sein, damit eine „passgenaue“ Unterstützung möglich wird;
- sie müssen aufeinander abgestimmt sein und mit vorhandenen subjektiven Handlungspotenzialen der Adressatinnen und Adressaten verknüpft werden können.

---

<sup>2</sup> Da fast alle hier vorgetragenen Untersuchungen den Bezug von Transferleistungen wie Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II als Referenz für die (schlechte) materielle Lebenssituation nehmen, wird diese Perspektive hier übernommen, obwohl in der Diskussion um den Begriff der Armut die damit verbundene Engführung hinreichend belegt ist.

Diese doppelte Anforderung wird vielerorts nicht erfüllt. In der Praxis zeigt sich an vielen Beispielen, dass zwar Unterstützungsangebote vorhanden sind, dass diese aber zu wenig koordiniert sind oder nur unzureichend „an die Frau gebracht“ werden.

Das für die Unterstützung Alleinerziehender benötigte Spektrum an Leistungen kann jedoch nicht von einem einzelnen Träger bereitgestellt werden, vielmehr ist die trägerübergreifende Integration bestehender und die Entwicklung neuer Angebote für die Zielgruppe das Gebot der Stunde. Dies setzt aber voraus, dass unterschiedliche Institutionen und Organisationen mehr oder minder eng miteinander kooperieren, d. h. ein „Netzwerk“ bilden, das u. U. unterschiedliche Handlungsfelder umfasst und dadurch miteinander in Kontakt bringt.

Das Projekt zielt darauf ab, Erfahrungen mit dem Aufbau dieser Netzwerke zu sammeln und zu systematisieren.

## 2. Informations- und Produktionsnetzwerke

Netzwerke sind kein Selbstzweck, sondern werden geschaffen, weil sich alle beteiligten Akteure Vorteile versprechen: „Kooperative Strategien erfordern Investitionen im Sinne von Zeit, Personal und Informationen, die sich aus Perspektive der beteiligten Akteure nur rechtfertigen, wenn die eigenen Ziele durch Kooperation besser (effizienter und effektiver) erreicht werden können ... Ressourceninterdependenz ist der theoretische und praktische Kern von Netzwerken“ (Strassheim/Oppen 2006, S. 18).

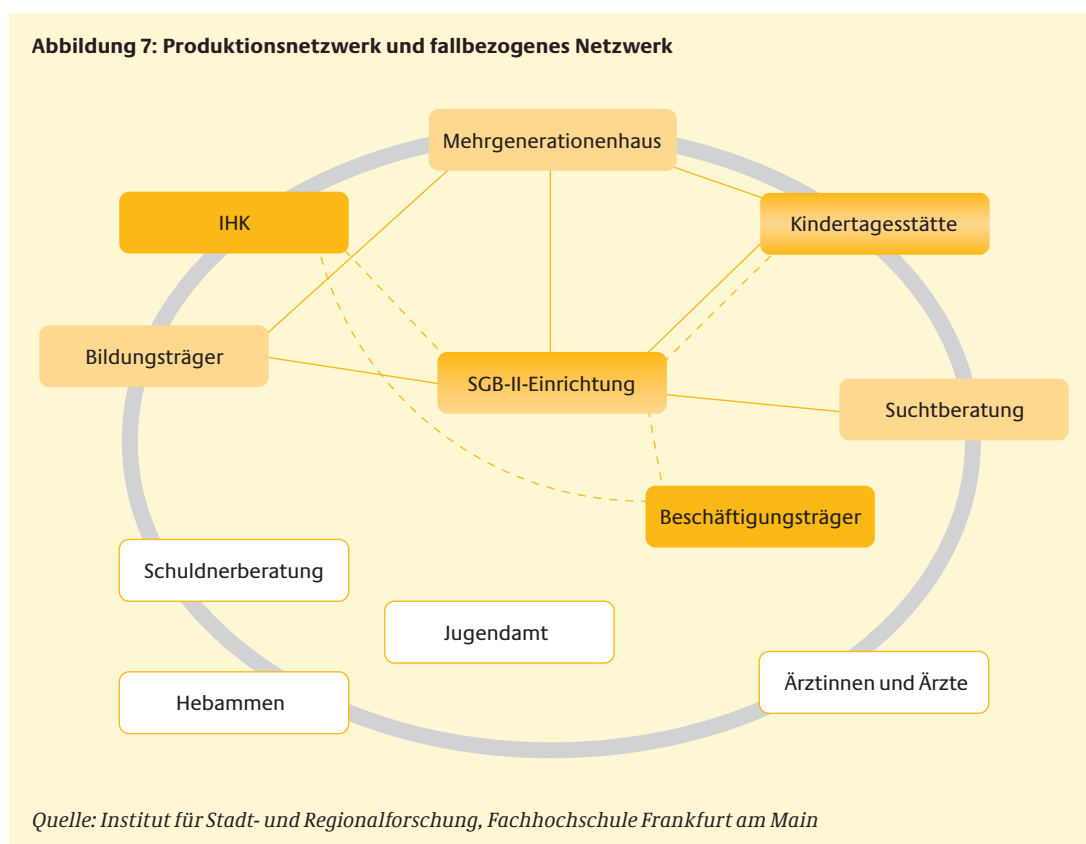
In der Literatur liegen mehrere Typologien von Netzwerken vor. Eine wichtige Unterscheidung, mit der im Projekt gearbeitet wird, ist die zwischen „richtungsoffenen“ und „zielgerichteten“ Netzwerken.

„Richtungsoffene Netzwerke“ können als „Informationsnetzwerke“ beschrieben werden, in denen „politische Probleme definiert, Situationsdeutungen und politische Problemlösungen herausgebildet und politische Handlungsoptionen ... mit dem Ziel einer kollektiven Entscheidungsfindung und Kompromissbildung zur gemeinsamen Nutzenmehrung“ selektiert werden (Hild 1997, S. 216). Diese Netzwerke konstituieren ein „ideelles Milieu“ (Bauer 2005), das aus gemeinsam geteilten Wertorientierungen, Handlungskonzepten und Professionsvorstellungen gebildet wird. Informationsnetzwerke leben davon, dass ihre Mitglieder Wissen miteinander teilen, ohne dass die „Betriebsabläufe“ der beteiligten Organisationen durch ein gemeinsames Vorhaben tangiert würden. Jeder Akteur kann Nutzen aus dem Netzwerk ziehen, jedoch ist der Grad der Verbindlichkeit eher gering anzusetzen. Die meisten „Bündnisse“ stellen Varianten von Informationsnetzwerken dar.

Zielgerichtete Netzwerke verfolgen demgegenüber klar definierte Aufgaben und Zwecke, die mehr oder minder weitreichende Konsequenzen für die internen Abläufe der beteiligten Akteure haben. „Die zu bewältigende Aufgabe ist zu komplex, als dass sie von einem Akteur allein zu bewältigen wäre. Die Akteure haben jeweils spezifische Eigenschaften, an denen andere interessiert sind, und initiieren bzw. koordinieren Tauschprozesse untereinander.“ (Schubert 2008, S. 47). Hier kann zwischen „Projektnetzwerken“ und „Produktionsnetzwerken“ unterschieden werden. Das Kennzeichen von „Produktionsnetzwerken“ besteht darin,

dass autonome Organisationen über einen z. T. längeren Zeitraum hinweg potenziell gemeinsam Produkte herstellen und/oder Dienstleistungen erbringen. Hierzu ist ersichtlich ein intensiverer Kooperationszusammenhang erforderlich als in Informationsnetzwerken. Bei „Projektnetzwerken“ handelt es sich um „eine Organisationsform ökonomischer Aktivitäten, die im Zusammenspiel projektbezogener und projektübergreifender Aktivitäten koordiniert wird“ (Sydow/Wirth/Manning 2002, S. 3). Dies bedeutet, dass für eine zeitlich befristete Aufgabe (z. B. Durchführung eines Projekts oder Bearbeitung eines „Falles“ im Case Management) auf einen Pool von Akteuren zurückgegriffen wird. Dabei werden Beziehungszusammenhänge aktualisiert, die sich z. B. im Rahmen eines Produktionsnetzwerks konstituiert haben. Die Erfahrungen aus früherer Zusammenarbeit, verbunden mit der Erwartung, bei zukünftigen Projekten (wieder) berücksichtigt zu werden, machen die Projektkoordination häufig erst möglich (Sydow/Wirth/Manning 2002, S. 4).

Abbildung 7: Produktionsnetzwerk und fallbezogenes Netzwerk



„Projektnetzwerke“ und „Produktionsnetzwerke“ können direkt aufeinander bezogen sein. Über Produktionsnetzwerke werden verbindliche Strukturen geschaffen, die dann für die Bearbeitung einzelner Projekte bzw. „Fälle“ aktuell aktiviert werden. Auf der „Systemebene“ wurden Vernetzungen geschaffen, die je nach Bedarf auf der „Fallebene“ abgerufen werden können – oder auch nicht. Dies entlastet die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Case Management bzw. Fallmanagement in ihrer alltäglichen Arbeit.

### 3. Das Problem divergierender Politikfelder

Mit dem sukzessiven Ausbau der Kommunalverwaltung im Sozialstaat seit Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die Gesamtaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge in funktionale Teilaufgaben zerlegt. Bei den auf diese Weise verselbstständigten Institutionen han-

delt es sich um Organisationen, die im historischen Entwicklungsprozess eine hinreichende Autorität erlangt haben, um bestimmte Aufgaben im Namen der Gesellschaft – quasi monopolistisch – wahrzunehmen und darüber „Zuständigkeiten“ zu reklamieren oder aber zurückzuweisen. In Folge dieser Zergliederung erfahren die Menschen Dienstleistungen nicht mehr ganzheitlich, sondern funktions- und hierarchiebezogen in eine Vielzahl von Zuständigkeiten zersplittert. Schubert spricht von „operativen Inseln“, auf denen die professionellen Akteure der verschiedenen Ressorts relativ isoliert agieren (Schubert 2008, S. 20). Gemeinsame Schnittstellen werden von ihnen nicht mehr wahrgenommen, was zum Aufbau von Doppelstrukturen beiträgt.

Bei der Konstitution von Netzwerken, die unterschiedliche Politikfelder miteinander verknüpfen, kann sich die Zugehörigkeit zu den jeweiligen gesellschaftlichen Feldern als prägend für das Handeln der einzelnen Akteure erweisen – mit durchaus negativen Folgen für die Kooperation. Dies kann am Beispiel der Kinderbetreuung für die Kooperation zwischen Grundsicherungsstelle und Jugendhilfeträger gezeigt werden. Hintergrund sind die divergierenden Orientierungen, die die unterschiedlichen Politikfelder strukturierenden Gesetze vorgeben: im SGB II die Integration der Mutter in Erwerbstätigkeit mit Kinderbetreuung als „Mittel“ (hier reicht die Existenz eines quantitativ hinreichenden Angebots), im SGB VIII die Förderung der „Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ (§ 22 SGB VIII), die eine bestimmte qualitative Dienstleistung voraussetzt – das rein quantitative Angebot ist hier nicht zureichend.

#### 4. Integrierte Dienstleistungsketten als Instrument zur Überwindung institutioneller Spaltungen

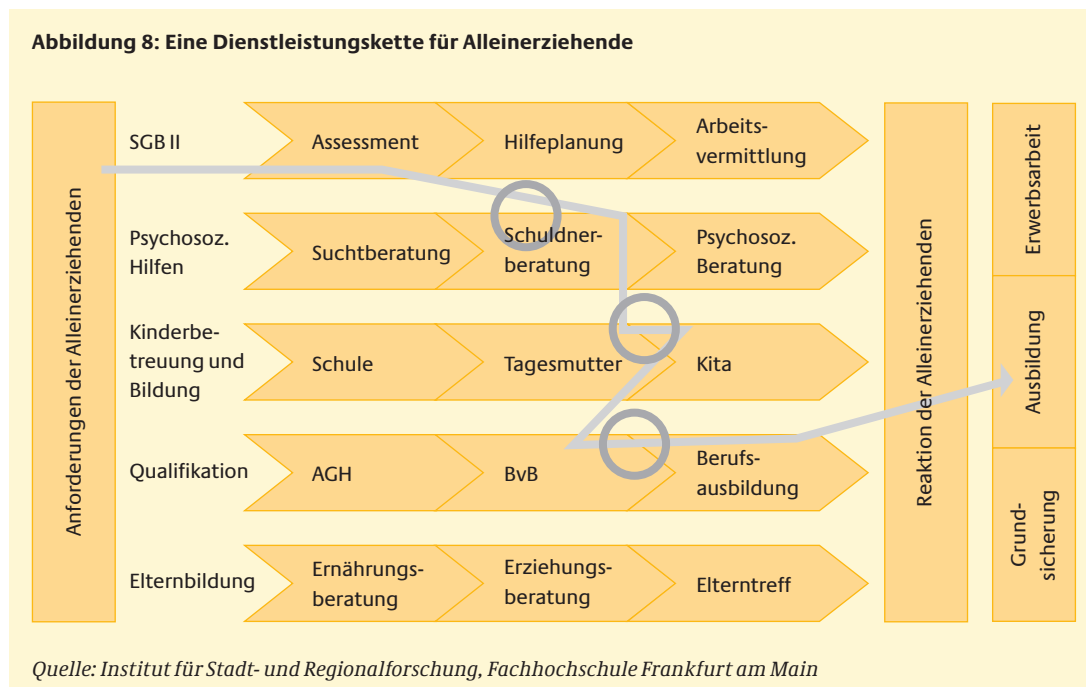
Ein Forscherteam der Universität von Wisconsin um Thomas Corbett und Jennifer Noyes hat ein Konzept zur Überwindung institutioneller Spaltungen entwickelt, auf das sich auch die wissenschaftliche Begleitung des Projektes „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende“ stützt. Corbett/Noyes nennen ihren Ansatz „Line of Sight“-Perspektive und skizzieren ihr Vorgehen der Prozessgestaltung folgendermaßen (vgl. Corbett/Noyes 2006):

- | In einem ersten Schritt werden von allen Akteuren gemeinsam die Zielgruppe und die für diese Zielgruppe gewünschten Wirkungen festgelegt (Erarbeitung eines Zielsystems). Hier gilt es, die u. U. divergierenden Orientierungen der verschiedenen Akteure zugunsten gemeinsamer Ziele in Einklang zu bringen.
- | Darauf folgt die Beschreibung der einzelnen Leistungen, die die Zielgruppe benötigt, damit sich diese Wirkungen ergeben (d. h. die Ziele erreicht werden können). Hierzu ist es nötig, den komplexen Leistungsprozess als Interaktion zwischen den einzelnen Leistungserbringern und den Adressatinnen und Adressaten zu rekonstruieren. Die zentrale Frage ist, wie das Leistungssystem aus der Perspektive der Nutzerinnen und Nutzer aussieht (was kommt wie an?). Dies beinhaltet mindestens: die Wahrnehmung des Programms bzw. Angebots, den Prozess der Aufnahme in den Leistungsprozess, den Prozess der Leistungserbringung und die Beendigung des Leistungsprozesses. Jeder dieser Schritte wird unter der Perspektive seines Beitrags zur Zielerreichung betrachtet.



- Die einzelnen Leistungen werden zu einer „Leistungskette“ verknüpft. Hieraus ergibt sich ein „idealer Leistungsprozess“, der für Teile der Zielgruppe differenziert werden kann. In diesem Kontext können (u. U. „kritische“) Schnittstellen zwischen einzelnen Elementen bzw. Phasen des Leistungsprozesses identifiziert werden.
- Abschließend kann in einem Vergleich zwischen dem „idealen“ Leistungsprozess mit dem gegenwärtigen Systemstand festgestellt werden, an welchen Stellen welche Veränderungen vorgenommen werden müssten, um diese ideale Leistungskette tatsächlich zu realisieren.

Eine idealtypische Dienstleistungskette, die auf einem Produktionsnetzwerk basiert und die in Einzelfällen aktiviert werden kann, könnte folgendermaßen aussehen (vgl. Abbildung 8): Abgebildet ist hier ein Beispiel einer Alleinerziehenden im SGB-II-Bezug, ohne Berufsausbildung. Der Pfeil beschreibt den Weg bzw. die Dienstleistungskette für ihren Fall.



Der erste Schritt zur Entwicklung von Dienstleistungsketten ist getan, wenn sich die Beteiligten über die Grenzen der Institution hinweg miteinander über ihre Arbeit und deren Ziele verständigen. Hiermit wird die Transparenz geschaffen, um in einem späteren Schritt gemeinsam „Leistungsketten“ zu entwerfen. Erst wenn dieser Schritt geschafft ist, können tatsächlich integrierte Angebote geschaffen werden.

## Quellen

**Bauer, P., 2005:** Institutionelle Netzwerke steuern und managen. Einführende Überlegungen. In: Bauer, P./Otto, U. (Hrsg.): Mit Netzwerken professionell zusammenarbeiten, Bd. 2, Tübingen.

**Corbett, Th./Noyes, J. L., 2006:** Integrated Human Service Models: Assessing Implementation Fidelity Through the “Line of Sight” Perspective, Working Draft, Milwaukee.

**Hild, P., 1997:** Netzwerke der lokalen Arbeitsmarktpolitik. Steuerungsprobleme in theoretischer und empirischer Sicht, Berlin.

**Schubert, H., 2008:** Netzwerkkooperation – Organisation und Koordination von professionellen Vernetzungen. In: Ders. (Hrsg.): Netzwerkmanagement, Wiesbaden.

**Strassheim, H./Oppen, M., 2006:** Lernen in Städtenetzwerken. Kooperation – Konflikte – Kompetenzentwicklung, Berlin.

**Sydow, J./Wirth, C./Manning, St., 2002:** Autonomie und Bindung in Projektnetzwerken aus betriebswirtschaftlicher Perspektive. Literaturüberblick und erste konzeptionelle Überlegungen, Arbeitspapier, Berlin.

## Aus der Praxis:

### „Pro Alda – Produktionsnetzwerk für Alleinerziehende zur Integration in den Arbeitsmarkt“, Hannover

*Aus dem Modellprojekt des BMFSFJ „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende“*

*Projektlaufzeit: 04/2009 – 03/2010*

Im Fokus des Projekts steht die Schaffung angemessener, bedarfsorientierter Unterstützungsstrukturen für Alleinerziehende im Leistungsbezug des zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II) in der Region Hannover (Stand 04/2009). Die Lebens- und Arbeitssituation der Alleinerziehenden (insgesamt 10.835 erwerbsfähige Hilfebedürftige, 95 Prozent davon sind Frauen) und die institutionellen Handlungsmöglichkeiten in der Region Hannover sind – neben der großstädtischen Struktur in Hannover – im Wesentlichen durch typische ländliche Strukturmerkmale geprägt. Die Chance auf die Aufnahme einer existenzsichernden Erwerbsarbeit für Alleinerziehende soll vor allem durch den Aufbau von Produktionsnetzwerken der relevanten Akteure vor Ort an insgesamt fünf lokalen Standorten (Laatzen, Garbsen, Seelze, Lehrte und Sehnde) sowie eines übergreifenden Informationsnetzwerkes auf der Regionsebene erhöht werden.

Dieser Zielsetzung folgend sieht die Projektarchitektur zwei Ebenen vor:

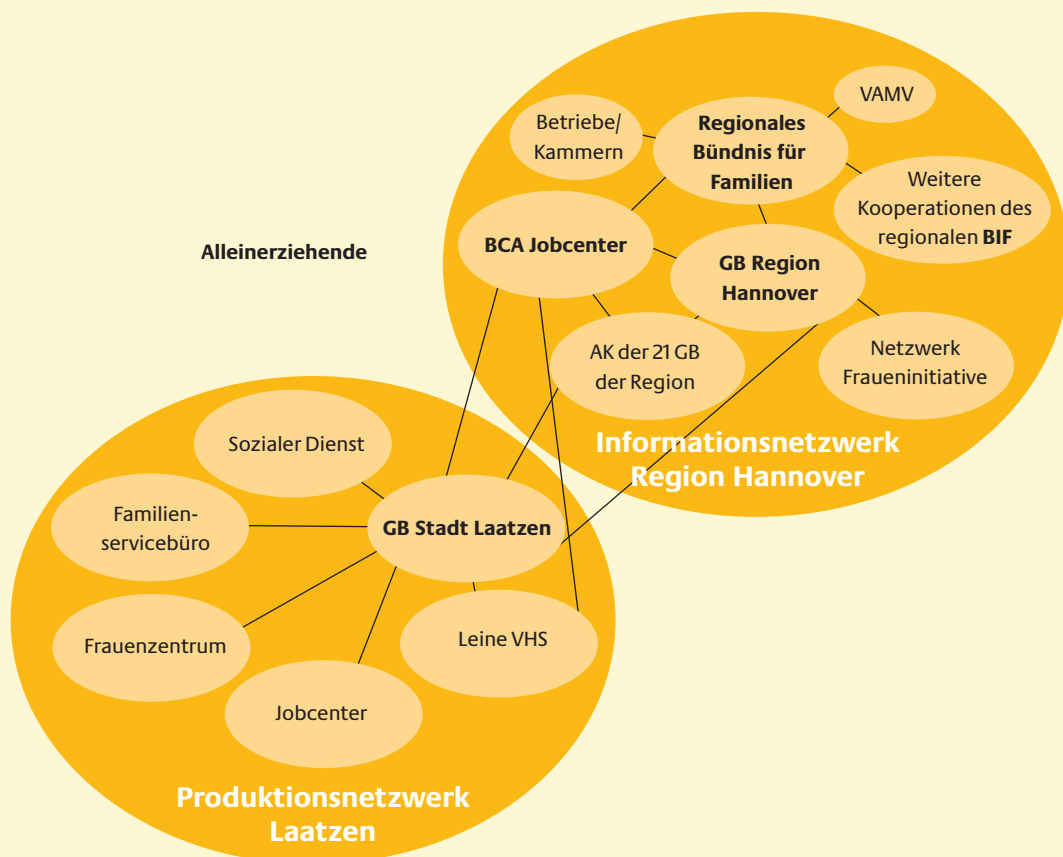
Beginnend in der Kommune Laatzen ist **auf lokaler Ebene ein Produktionsnetzwerk** entstanden. Herzstück ist hierbei die Maßnahme „Junge Mütter Laatzen“. Alleinerziehenden Frauen im SGB-II-Bezug unter 30 Jahren mit Kindern unter 3 Jahren wird für die Dauer von einem Jahr durch eine AGH-Maßnahme (Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung; sogenannte „1-Euro-Jobs“) die Möglichkeit zu Qualifizierung und Beschäftigung gegeben. Einzelne Module der Maßnahme sehen auch vor, die Lebenssituation zu klären. Für die Aufnahme einer langfristigen, existenzsichernden Beschäftigung reicht eine Maßnahme jedoch nicht aus.

Hierzu gehören weitere wesentliche Handlungsfelder wie Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder begleitende Beratungsangebote speziell für Frauen. Um aus diesen einzelnen Handlungsfeldern und „operativen Inseln“ eine kooperative und koordinierte Unterstützungsstruktur werden zu lassen, haben sich die Akteure des Produktionsnetzwerks auf die Arbeit an einer Dienstleistungskette (zur Verdeutlichung siehe Beitrag von C. Reis) verständigt. Die Rolle und Funktion des Produktionsnetzwerkes bestehen darin, zwischen den Institutionen größtmögliche Transparenz über die Angebote, Leistungen und – vor allem – die unterschiedlichen Arbeitsweisen und internen Zielsetzungen herzustellen und Schnittpunkte untereinander offenzulegen. Neben Wissen entwickelt sich auf diese Weise auch eine abgestimmte Vorgehensweise, die dazu führt, Dienstleistungen im Netzwerk gemeinsam zu produzieren (Koordination). Die Voraussetzung dafür ist aber, dass die Institutionen auch ihre internen Arbeitsabläufe auf den Prüfstand stellen und ggf. anpassen. Für die Alleinerziehenden entsteht so eine durchgängige und verlässliche

Unterstützungskette, die die Übergänge zwischen den einzelnen Einrichtungen und Angeboten ebnet und abgestimmtes und schnellstmögliches Handeln ermöglicht.

In der Arbeit mit den Alleinerziehenden haben sich als weitere Bedarfslagen die Themen „Wohnen“ und „Alleinerziehendentreff Laatzen“ herausgestellt. Da Netzwerke anders als Institutionen potenziell offen sind und sich immer wieder neuen Schwerpunkten zuwenden, wurden folgerichtig die entsprechenden Akteure in das Produktionsnetzwerk Laatzen aufgenommen (siehe Abbildung 9).

Abbildung 9: Produktionsnetzwerk Laatzen



Quelle: Institut für Stadt- und Regionalforschung, Fachhochschule Frankfurt am Main

(2) **Auf regionaler Ebene ist ein übergreifendes Informationsnetzwerk** zum Thema Alleinerziehende aufgebaut worden. Es ist beim Team der Gleichstellungsbeauftragten der Region Hannover angesiedelt, das auch das Lokale Bündnis für Familie der Region koordiniert. So kann das Informationsnetzwerk die Strukturen und Inhalte bestehender „großer“ Netzwerke nutzen, ohne diese dauerhaft zu pflegen und aktiv vorhalten zu müssen. Die Rolle und Funktion des Informationsnetzwerkes bestehen darin, für die Region ein „ideelles“ Milieu zu schaffen, durch das Informationen ausgetauscht, Kontakte geknüpft und politische Austauschprozesse initiiert werden.

Aus der Arbeit an der Dienstleistungskette sind als weitere Produkte zum einen ein Faltblatt und eine Infomappe über das Netzwerk und seine Leistungen für Alleinerziehende und zum anderen eine Informationsveranstaltung für die Fallmanagerinnen, -manager und persönlichen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Jobcenter entstanden, um dort die Leistungen und Möglichkeiten des Netzwerkes zur Unterstützung der Arbeit bekannt zu machen.

Derzeit erfolgt der Transfer in vier weitere Kommunen der Region Hannover: Auch in Garbsen, Seelze, Lehrte und Sehnde werden Produktionsnetzwerke mit den vor Ort zentralen Akteuren entstehen. In Planung ist darüber hinaus die Koordination der Produktionsnetzwerke und des Informationsnetzwerks über die Projektlaufzeit hinaus beim Team Gleichstellung der Region Hannover anzusiedeln, um damit die Arbeitserfolge nachhaltig zu sichern.

**Weitere Informationen unter:**

Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Gesellschaft, Stadt Hannover, 2009:  
Zwischenbericht „Pro AIDA Laatzen“ – Produktionsnetzwerk für Alleinerziehende zur Integration in den Arbeitsmarkt

■ [http://cms.laatzen.de/session/buergerinfo/vo0050.php?\\_\\_kvonr=997](http://cms.laatzen.de/session/buergerinfo/vo0050.php?__kvonr=997)

**Kontakt:**

Team Gleichstellung Region Hannover  
Hildesheimer Straße 20  
30169 Hannover  
E-Mail: [gleichstellungsfragen@region-hannover.de](mailto:gleichstellungsfragen@region-hannover.de)

## Aus der Praxis:

### **Regionales Netzwerken als Erfolgsprinzip. Das Forum „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ der Metropolregion Rhein-Neckar.**

*Bianca Prismantas, Forum „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“  
der Metropolregion Rhein-Neckar*

#### **1. Das Forum „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“**

In der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) steht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Standort- und Wachstumsfaktor seit Jahren im Fokus. Operative regionale Plattform dafür ist das Forum „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ (VBF), das 2009 bereits sein 10-jähriges Bestehen feierte. Unter Federführung des Forums setzen sich derzeit rund 400 Mitglieder aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gemeinsam für die Umsetzung zukunftsfähiger Konzepte in der Metropolregion ein. Das Projektbüro „VBF“ versteht sich dabei als Impulsgeber, Netzwerkknoten, Lobbyist und Informationsdreh-scheibe – und hat mit seinen innovativen Wegen bei der Erweiterung der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder auch überregional für Aufmerksamkeit gesorgt. Finanziell unterstützt wird das Forum von den Unternehmen BASF, John Deere, MVV Energie und Roche Diagnostics sowie der IHK Rhein-Neckar. Gegründet wurde das Forum 1999 von Mitgliedern der Vollversammlung der IHK Rhein-Neckar unter der Schirmherrschaft des IHK-Präsidenten. Besonders engagiert waren Barbara Waldkirch, geschäftsführende Gesellschafterin des Verlags Waldkirch KG in Mannheim, Petra Neureither, Vorstand der SNP AG in Heidelberg, und Andrea Kiefer, Leiterin Öffentlichkeitsarbeit der IHK Rhein-Neckar. Auch heute unterstützt die IHK Rhein-Neckar das Forum intensiv. Insgesamt investierte die Kammer ca. 400.000 Euro in das Projekt.

Der Schulterschluss zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung wurde in einem deutschlandweit einmaligen Public-Private-Partnership-Modell institutionalisiert (siehe Abbildung 10): Für Regionalentwicklung aus einer Hand stehen die MRN GmbH, der Verband Region Rhein-Neckar (VRRN) und der Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e. V. (ZMRN). Der VRRN ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts Träger der grenzüberschreitenden Regionalplanung und Raumordnung. Der Vorstand des ZMRN mit Führungskräften aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sichert den strategischen Dialog zwischen den Akteuren. Die MRN GmbH, getragen von VRRN, ZMRN und den regionalen Industrie- und Handelskammern, ist für die operative Umsetzung verantwortlich. Aufgabenfelder sind unter anderem Wirtschaftsförderung, Entwicklung des regionalen Arbeitsmarkts sowie das nationale und internationale Standortmarketing.

Abbildung 10: Organigramm



## 2. Netzwerk und Projekte

Eine wichtige Voraussetzung ist: Konzepte dürfen nie ein „closed shop“ sein, sondern es muss immer möglich sein, dass sie von weiteren Partnern, Kommunen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern übernommen und vor Ort umgesetzt werden können. Das Networking im Forum funktioniert jedoch nicht nur nach dem Motto „aus klein mach groß“, sondern auch umgekehrt, etwa durch die Teilnahme an bundesweiten Projekten, z. B. ist die MRN 2005 der Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ beigetreten, die Anfang 2004 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ins Leben gerufen wurde. Das bundesweite Servicebüro in Berlin unterstützt und koordiniert den Aufbau und die Weiterentwicklung der Lokalen Bündnisse und wird vom Bundesfamilienministerium und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert.

## 3. Projekte

### 3.1 Projekt „Still- und Wickelpunkt“

Im Jahr 2008 hob die Weinheimer Elterninitiative ein eigenes Projekt aus der Taufe, den „Still- und Wickelpunkt“. Durch markante Aufkleber sollten Einrichtungen und Geschäfte gekennzeichnet werden, die eine passende Sitzgelegenheit für stillende Mütter und/oder eine Wickelmöglichkeit sowie einen Abstellplatz für einen Kinderwagen anbieten können. Im Oktober 2008 war es so weit: Mitglieder der Elterninitiative brachten den ersten Aufkleber in Anwesenheit der Sponsoren und der Presse am Schaufenster des Weinheimer Geschäfts „Müller’s Baby-Shop“ an, die Aktion war offiziell gestartet.

Die Plattform für die regionsweite Einführung des Still- und Wickelpunktes bot das Forum „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN), unter dessen Dach sich im Frühjahr 2009 16 Familienbündnisse aus der Region zu einem Arbeitskreis zusammenschlossen. Neben der MRN und Weinheim sind Bensheim, Bobenheim-Roxheim, Eberbach, Frankenthal, Grünstadt, Haßloch, Heidelberg, Hirschberg an der Bergstraße, Landau, Mannheim, Neustadt an der Weinstraße, Speyer und Wiesloch-

Walldorf vertreten. Lokale Bündnisse für Familie sind partnerschaftliche Zusammenschlüsse von Gruppen und Akteuren aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Gewerkschaften, Kammern, freien Trägern, Verbänden, Vereinen, Einrichtungen, Initiativen und Kirchengemeinden. Ihr gemeinsames Ziel ist es, den Informationsaustausch zu verbessern, Kooperationsmöglichkeiten auszuloten und Projekte für mehr Familienfreundlichkeit auf den Weg zu bringen. Das erste gemeinsame Projekt des Arbeitskreises war schnell gefunden: das Familienfreundlichkeitslabel „Still- und Wickelpunkt“ der MRN.

Eine gute Idee mit viel Potenzial, die auch bei den anderen Familienbündnissen der Metropolregion Rhein-Neckar auf Begeisterung stieß, als sie bei einem der regelmäßigen Treffen vorgestellt wurde. Seit Sommer 2009 kleben die grünen (für Stillpunkte) und blauen (für Wickelpunkte) Label nun an Geschäften der gesamten Region (siehe Abbildungen 11 und 12). Neben Weinheim sind bislang die Bündnisse für Familie aus Eberbach, Haßloch, Heidelberg und Mannheim dabei. Weitere drei Bündnisse planen, sich den anderen Anfang 2010 anzuschließen. Auf knapp 90 Schaufenstern und Eingängen sind die Aufkleber bereits zu bewundern.

Abbildungen 11 und 12: Label Still- und Wickelpunkte



Knapp 90 Still- und Wickelpunkte gibt es inzwischen in der Metropolregion Rhein-Neckar.

Das Projekt ist ein gelungenes und auch typisches Beispiel für das „regionale Netzwerken“, ein Prinzip, das die Basis der Tätigkeit der gesamten MRN GmbH und auch des Forums „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ darstellt, das unter ihrem Dach arbeitet. Das Forum mit rund 400 Mitgliedern, darunter viele große und mittlere Unternehmen der Region, aber auch zahlreiche Institutionen, bildet ein Netzwerk, in dem sich jeder einbringen kann. Die Kapazitäten werden dann bedarfs- und fallorientiert eingesetzt, in Arbeitskreisen finden sich interessierte Akteure zusammen. Lokale Erfahrungen wie hier aus Weinheim werden gesammelt und mithilfe des Netzwerkes über die gesamte Metropolregion „ausgerollt.“ Die MRN stellt die Organisation und die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung, vermittelt die Kontakte und sorgt für die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit. Und sie bringt weitere interessante Player mit ins Spiel. Im Fall des „Still- und Wickelpunktes“ waren dies die Werbegemeinschaft



Mannheim City e. V. und der Einzelhandelsverband Nordbaden. „Gerade in Zeiten des boomenden Internethandels muss der Einzelhandel mit Qualität und Service punkten. Mit einem solchen Label können Geschäfte mit relativ geringem Aufwand zeigen, dass Eltern mit Babys herzlich willkommen sind“, brachte Manfred Schnabel, Präsident des Einzelhandelsverbands Nordbaden, die Motivation der Wirtschaft beim Startschuss des Projekts in der Region auf den Punkt.

### 3.2 Familienfreundliche Hochschule

Auch im Universitäts- und Hochschulbereich gibt es inzwischen Still- und Wickelpunkte – auch ein Erfolg des Networkings innerhalb des Forums. Sind die Bildungsstätten der Region doch Mitglied eines weiteren Forum-Arbeitskreises mit dem Namen „familienfreundliche Hochschule“. In diesem Bereich sah die MRN, bei der die Verbesserung der weichen Standortfaktoren wie Familienfreundlichkeit ganz oben auf der Agenda steht, deutlichen Handlungsbedarf.

Schließlich rücken im Wettbewerb um den Fach- und Führungskräftenachwuchs familienfreundliche Maßnahmen an Hochschulen mehr und mehr in den Fokus. Insbesondere, wenn man bedenkt, dass sich der Anteil von Frauen mit Hochschulabschluss in den letzten 30 Jahren verfünffacht hat und weiter ansteigen wird. Auf Initiative des Forums „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ hin entstand deshalb im Mai 2007 ein Arbeitskreis, der sich des Themas Vereinbarkeit auch in der regionalen Hochschullandschaft annahm. Geleitet wird er von Prof. Dr. Ulla Törnig von der Hochschule Mannheim. Bei den erarbeiteten Konzepten geht es nicht nur um die Verbesserung einer Vereinbarkeit von Studium oder Tätigkeit an der Hochschule für Studierende oder Hochschulmitarbeiterinnen und -mitarbeiter mit Kindern, sondern auch um Männer und Frauen, die die Pflege von Angehörigen organisieren müssen.

Als eine seiner ersten Aktionen lud der Arbeitskreis unter dem Dach und der Koordination des Forum zu einem Fachkongress mit dem Titel „MehrWert = Studium/Beruf + Familie“ in die Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar in Mannheim ein und brachte auf diese Weise Vertreterinnen und Vertreter aus Hochschulen und Unternehmen sowie Politikerinnen und Politiker zusammen. Die Veranstaltungsreihe „MehrWert = Beruf und Familie“ findet jedes Jahr statt und stellt unterschiedliche Themen in den Fokus. In einem weiteren Schritt bat der Arbeitskreis alle Hochschulen der Metropolregion Rhein-Neckar, sich an einer Erhebung familienfreundlicher Maßnahmen der Hochschulen zu beteiligen. Neben dem Ziel, Transparenz und Orientierung für Studierende und Hochschulmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu schaffen, setzt man auch auf das Netzwerk der Hochschulen untereinander: Durch das Öffentlichmachen familienfreundlicher Maßnahmen einzelner Universitäten soll für „Nachahmer“ gesorgt werden. Im Dezember 2009 wurde eine Broschüre mit einer kompletten Übersicht veröffentlicht: Stellplätze für Kinderwagen auf dem Campus, Eltern-Kind-Parkplätze, Kinderteller in der Mensa, aber auch flexiblere Abgabezeiten für Hausarbeiten, ein Arbeitsraum für Eltern sowie eine Notfallbetreuung während der Vorlesungen und ein Eltern-Kind-Zimmer gehören zum Angebot. In solchen Einrichtungen werden im Übrigen nicht nur Kinder betreut, sondern auch neue Netzwerke geschaffen: Eltern lernen sich kennen, können sich gegenseitig helfen – das Studieren mit Kind wird erleichtert.

### 3.3 Deltakids

Eine zentrale Schaltstelle war das Forum auch bei einem weiteren Projekt, den Sommerferiencamps „Deltakids“. An einen Tisch gebracht wurden hier die Unternehmen der Region und die Sportvereine vor Ort – vom Hockeyverein TSV Mannheim bis zum Baseballverein BSV Turtles Speyer. Die Idee: Für Kinder während der Ferienzeit eine abwechslungsreiche und bewegungsfördernde Betreuung ins Leben zu rufen mit dem Ergebnis einer klassischen Win-win-Situation. Die teilnehmenden Firmen – inzwischen sind es 30 – finanzieren die Plätze für die Sprösslinge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und werden so im Hinblick auf potenzielle Personalengpässe in Ferienzeiten entlastet. Die Vereine übernehmen neue Beschäftigungsfelder, erwirtschaften Kostendeckungsbeiträge und können auf diesem Weg vielleicht auch neue Mitglieder werben. 1.000 Kinder nahmen allein im vorigen Jahr teil, 6 Standorte gibt es inzwischen: neben den Städten Ludwigshafen, Heidelberg und Mannheim Maxdorf, Walldorf und Speyer. Und während das Zusammenspiel der Unternehmen auf der Plattform Metropolregion ohnehin schon gut funktioniert, punktet „Deltakids“ zusätzlich bei der Vernetzung der regionalen Sportvereine. Im Übrigen: „Deltakids“ ist inzwischen zu einer „GmbH“ mit eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern „herangewachsen“.

#### 4. Ausblick und neue Herausforderungen

„Still- und Wickelpunkte“, „Familienfreundliche Hochschulen“ und „Deltakids-Sommercamps“ – Beispiele für ein erfolgreiches Netzwerken in der Metropolregion Rhein-Neckar: ein Prinzip, das sich als Basis unserer erfolgreichen Arbeit bewährt hat. Weitere Ergebnisse der Projekt- und Netzwerkarbeit des Forums sind der Qualitätspass für Tagesmütter und -väter, eine Vereinbarkeitsstudie, das Babysitter-Diplom, der Newsletter Infoblitz, ein Praxisleitfaden zur Ferienbetreuung und unsere Familiengenossenschaft – um nur einige zu nennen.

Auch neuen Herausforderungen stellt sich das Forum „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“. So wurde aus dem Netzwerk der Metropolregion heraus zunehmend das Thema „Beruf und Pflege“ als Problem thematisiert, nachdem Maßnahmen zur Erleichterung der Kinderbetreuung in den letzten Jahren schon in vielen Unternehmen selbstverständlich geworden sind. Das Forum „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ als Veranstalter kooperierte mit den Wirtschaftsministerien Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie der IHK Rhein-Neckar, die ebenfalls dieses Thema auf der Agenda haben. Erste Best-Practice-Beispiele aus dem Haus der BASF und der MVV Energie wurden präsentiert und diskutiert, ein echter Input für die anwesenden Firmenvertreterinnen und -vertreter.

#### Kontakt:

Metropolregion Rhein-Neckar GmbH  
Bianca Prismantas  
Projektleitung  
E-Mail: Bianca.prismantas@m-r-n.com

### 2.2.2 Lokale Bündnisse als Akteure der lokalen Familienpolitik

*Christine Rösch und Dr. Melanie Staats, Rambøll Management Consulting GmbH, Servicebüro für Lokale Bündnisse, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin*

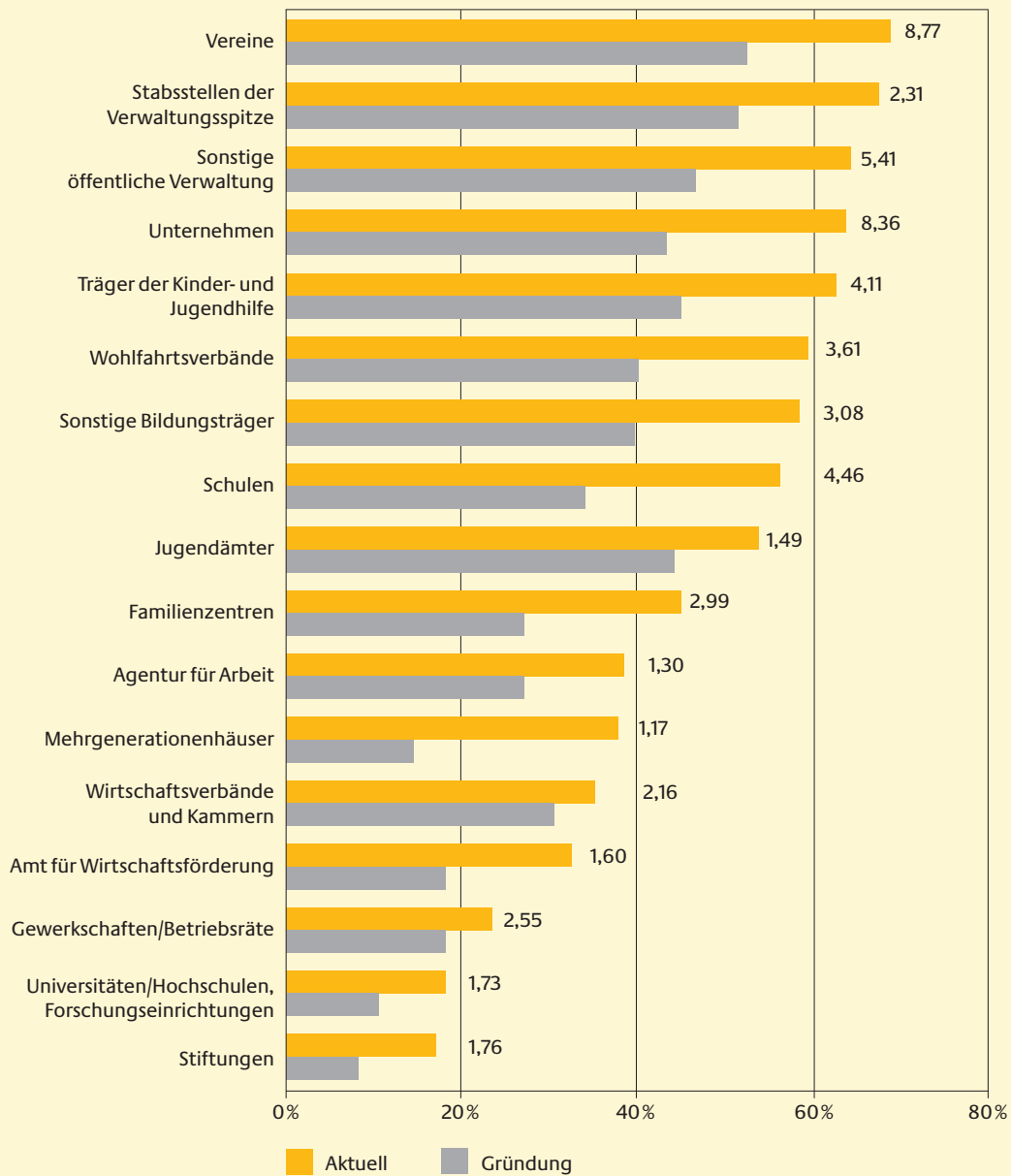
Die Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“ wurde 2004 vom Bundesfamilienministerium ins Leben gerufen, mit dem Ziel, die Familienfreundlichkeit vor Ort zu stärken. Um Familien in ihrer alltäglichen Fürsorge- und Erziehungsverantwortung zu unterstützen und deren unmittelbaren Lebensbedingungen zu verbessern, schließen sich in diesen familienpolitischen Netzwerken Vertreterinnen und Vertreter aus den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zusammen. Lokale Bündnisse setzen sich für eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, sie begleiten Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe, fördern das Miteinander der Generationen und sorgen für ein familiengerechtes Lebensumfeld.

Seit Gründung der Bündnisinitiative haben sich die Lokalen Bündnisse als familienpolitische Akteure auf kommunaler und regionaler Ebene nachhaltig etabliert<sup>3</sup>: In über 600 Lokalen Bündnissen (die Initiative startete mit acht Bündnissen), die über das gesamte Bundesgebiet verteilt sind, engagiert sich heute eine Vielzahl von Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in den verschiedensten familienpolitischen Handlungsfeldern. Dabei hat sich die Anzahl und Vielfalt der Akteure **innerhalb** der einzelnen Bündnisse im Zeitverlauf positiv entwickelt (siehe Abbildung 13). Bei Bündnisgründung verfügte die Hälfte der Bündnisse über mindestens 19 Partner, heute sind es 27 Partner und mehr.

---

<sup>3</sup> Alle Angaben und Aussagen in diesem Artikel beziehen sich auf diese wissenschaftliche Evaluation der Wirkungen der Lokalen Bündnisse, die von Rambøll Management Consulting GmbH und dem DIW econ durchgeführt wurde.

**Abbildung 13: Anteil der Bündnisse, in denen ein jeweiliger Akteurstyp vertreten ist und dessen durchschnittliche Anzahl<sup>4</sup>**



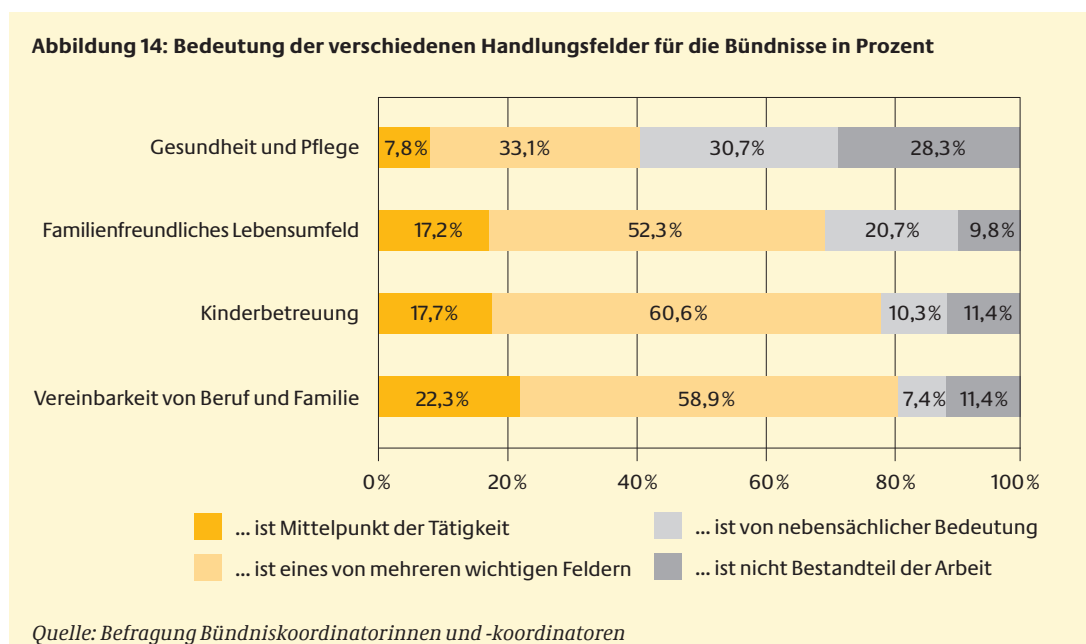
Quelle: Befragung Bündniskoordinatorinnen und -koordinatoren

Innerhalb der einzelnen Bündnisse haben sich in den vergangenen Jahren zudem stabile Netzwerkstrukturen entwickelt, die die Zusammenarbeit der beteiligten Bündnisakteure auf eine tragfähige Basis stellen. So haben viele Bündnisse verschiedene Arbeitsebenen – Steuerungs- und Projektebene – mit klaren Verantwortlichkeiten etabliert. In jedem Bündnis sorgt beispielsweise eine Koordinatorin bzw. ein Koordinator dafür, dass die (Projekt-) Arbeit im Bündnis koordiniert erfolgt und dass die unterschiedlichen Interessen und Ideen der beteiligten Akteure moderiert werden. Die Bündniskoordination liegt mehrheitlich bei der öffentlichen Verwaltung. Dort sind zwei Drittel der Koordinatorinnen und Koordinatoren angesiedelt. Für knapp drei Viertel der Koordinatorinnen und Koordinatoren gehört

<sup>4</sup> Der Durchschnittswert für Unternehmen bezieht nur solche Bündnisse ein, die angegeben haben, Unternehmen in ihrem Bündnis integriert zu haben.

die Bündnisarbeit zur beruflichen Tätigkeit. Dementsprechend sind Kommunen auch die Hauptfinanzierungsquelle für die Netzwerkarbeit. Das zeigt, dass die Kommunen die Bündnisarbeit weitgehend professionell umsetzen.

Als wichtigste Handlungsfelder sehen die Bündnisse gegenwärtig die Verbesserung der Kinderbetreuungssituation, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ein familienfreundliches Lebensumfeld (siehe Abbildung 14). Bei diesen Themen handelt es sich um „klassische“ Kernthemen der Familienpolitik, für die ein Bewusstsein und Strukturen in der Kommune oder in der Region oftmals bereits vorhanden sind. Zukünftig sehen Lokale Bündnisse auch neue Aufgaben in den Bereichen Gesundheit und Pflege auf sich zukommen, insbesondere mit der Zunahme des Anteils älterer Menschen. Deshalb wird es darum gehen, neue Akteure, die über pflege- und gesundheitspezifische Fachkompetenzen verfügen, für die Bündnisse zu gewinnen.



### Lokale Bündnisse sind erfolgreich

Der zahlenmäßig starke Anstieg der Lokalen Bündnisse in den letzten Jahren verdeutlicht das große Interesse seitens der Kommunen und anderer Akteure, sich für die Lokalen Bündnisse einzusetzen. Der Nutzen dieser familienpolitisch wirksamen Netzwerke ist für alle offensichtlich. Von mehr Familienfreundlichkeit in ihrem Umfeld profitieren nicht nur die Familien, sondern auch die Kommunen und die in den Bündnissen engagierten Akteure.

Durch eine intensive Zusammenarbeit, zum Beispiel von Unternehmen und Trägern der Kinder- und Jugendhilfe oder Vereinen, gelingt es Lokalen Bündnissen vor allem, bedarfsgerechte Angebote der Kinderbetreuung für unter Dreijährige zu schaffen, bestehende Betreuungslücken zu schließen und flexible Kinderbetreuungsarrangements zu bieten (Ferienbetreuung, Notfall- und Randzeitenbetreuung etc.). Durch Bedarfsanalysen, wie beispielsweise Elternbefragungen, lassen sich Betreuungslücken erkennen. Viele Bündnisse verbessern damit nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der kommunalen Betreuungsinfrastruktur und damit auch die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Kommunen werden dadurch attraktiver für junge Familien.

Neben der Kinderbetreuung gelingt es den Lokalen Bündnissen im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein familienfreundliches Bewusstsein aufseiten der Arbeitgeber zu schaffen. Mit Informationsveranstaltungen für Unternehmen, Firmenwettbewerben oder ähnlichen Aktionen regen sie die Etablierung neuer familienfreundlicher betrieblicher Strukturen und Angebote an, z. B. in Form von flexiblen Arbeitszeitmodellen oder der Telearbeit. So verbessern sich die Bedingungen für einen frühen Wiedereinstieg von Eltern ins Berufsleben. Berufstätige Eltern und pflegende Angehörige werden durch eine familienfreundliche Arbeitsgestaltung entlastet und gewinnen dabei mehr wichtige Familienzeit. Darüber hinaus erbringen oder vermitteln Bündnisakteure gemeinsam haushaltsnahe Dienstleistungen oder Notfallbetreuungsleistungen, die vor allem pflegende (berufstätige) Angehörige entlasten, die oft der Dreifachbelastung von Kindererziehung, Pflege und Berufstätigkeit ausgesetzt sind.

Lokale Bündnisse für Familie erreichen mit ihren Projekten und Aktivitäten darüber hinaus weitere Verbesserungen des Lebensumfeldes für Familien, von der qualitativen Verbesserung eines Spielplatzes über die familienfreundliche Taktung und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs bis hin zu Wettbewerben zum familienfreundlichsten Geschäft. Die Attraktivität der Kommune als Wohnort für Familien steigt.

### **Der Netzwerkcharakter der Bündnisse fördert eine effektive lokale Familienpolitik**

Die erfolgreiche Arbeit der als Netzwerke organisierten Lokalen Bündnisse zeigt deren großes Potenzial für eine nachhaltige kommunale Familienpolitik. Als eine Art „Kommunikations- und Arbeitsplattform“ schaffen es die Lokalen Bündnisse, die verschiedensten Akteure an einen Tisch zu bringen, wo aktuelle Problem- und Bedarfslagen aufgegriffen werden, woraus dann gemeinsame Ideen und bedarfsgerechte Lösungsmöglichkeiten entstehen können. Lokale Bündnisse erhöhen ihre Wirksamkeit, indem sie inzwischen solche zentrale Aufgaben übernehmen wie die Information und Sensibilisierung der Akteure vor Ort, die Ermittlung der Bedarfe und von Bedarfslücken, die Entwicklung neuer Angebote und Konzepte und die Förderung von Kooperationen. Die Netzwerkarbeit ermöglicht auch eine effektive Bündelung finanzieller, personeller und zeitlicher Ressourcen, ohne die die Umsetzung eines Projektes oder einer Maßnahme oft nicht möglich wäre.

Besonderes Potenzial zeigen die Bündnisse vor allem dann, wenn es um die Sensibilisierung für das Thema Familienpolitik geht. Die gemeinschaftlich organisierten Bündnisakteure schaffen es durch ihre persönlichen Kontakte zu Politik und Verwaltung häufig, den politischen Entscheidungsträgern gegenüber ihre Forderungen zu vertreten und damit politischen Handlungsdruck zu erzeugen. Indem die Bündnisse die Belange von Familien auf die öffentliche, unternehmensinterne oder politische Tagesordnung bringen (z. B. durch eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit), tragen sie zu einer familienfreundlichen Bewusstseinsbildung bei.

### **Lokale Bündnisse befördern auch in Landkreisen und Regionen die Familienfreundlichkeit**

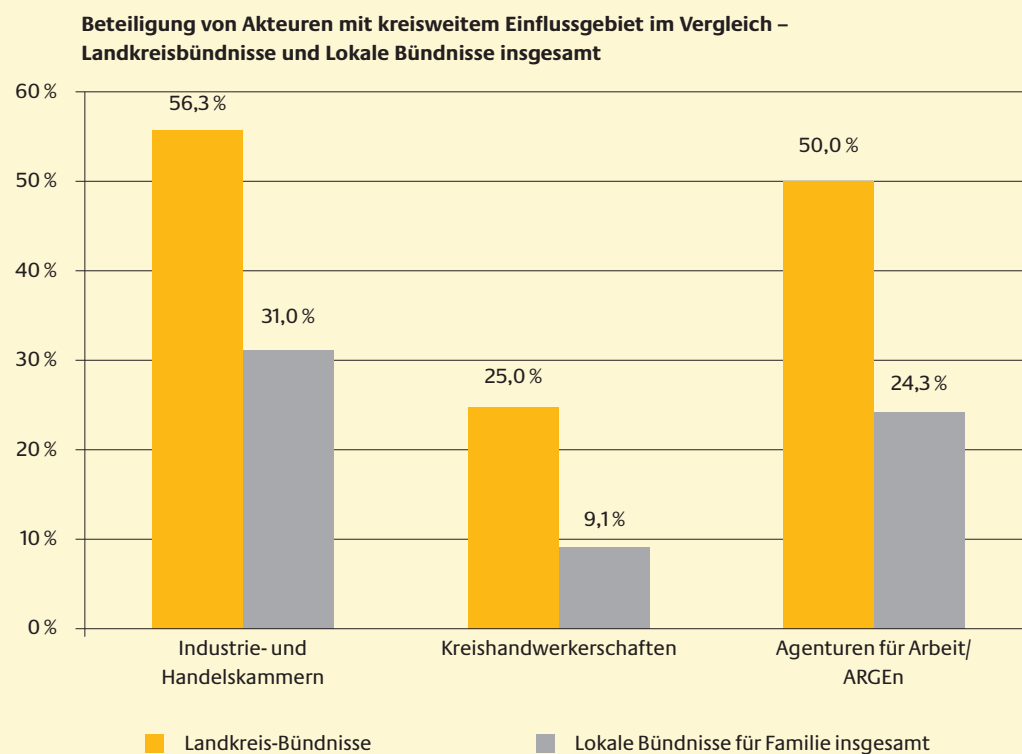
Von den 604 Lokalen Bündnissen (Stand: 12.02.2010) definieren über 100 ihren Einzugsbereich über Stadt- und Gemeindegrenzen hinaus: 80 Bündnisse werden in der Initiative als Landkreisbündnisse, 31 als Regionenbündnisse geführt<sup>5</sup>. Der Begriff „Regionenbündnis“

<sup>5</sup> Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie, 2010.

wird dabei als Sammelbegriff für alle Verwaltungsgrenzen überschreitende Bündnisse angewendet, d. h. er umfasst sowohl kleinere, gemeindeübergreifende Bündnisse als auch solche, die mehrere Kreise und kreisfreie Städte umfassen oder im Zusammenhang mit einer von bundesweit elf europäischen Metropolregionen stehen<sup>6</sup>.

Charakteristisch für Bündnisse auf Landkreis- und Regionenebene ist, dass sie arbeitsmarktrelevante Akteure in ihren stadt- und gemeindeübergreifenden Strukturen besser als andere Bündnisse einbinden. Industrie- und Handelskammern, Kreishandwerkerschaften sowie Agenturen für Arbeit sind in diesen Bündnissen überdurchschnittlich häufig vertreten (siehe Abbildungen 15 und 16).

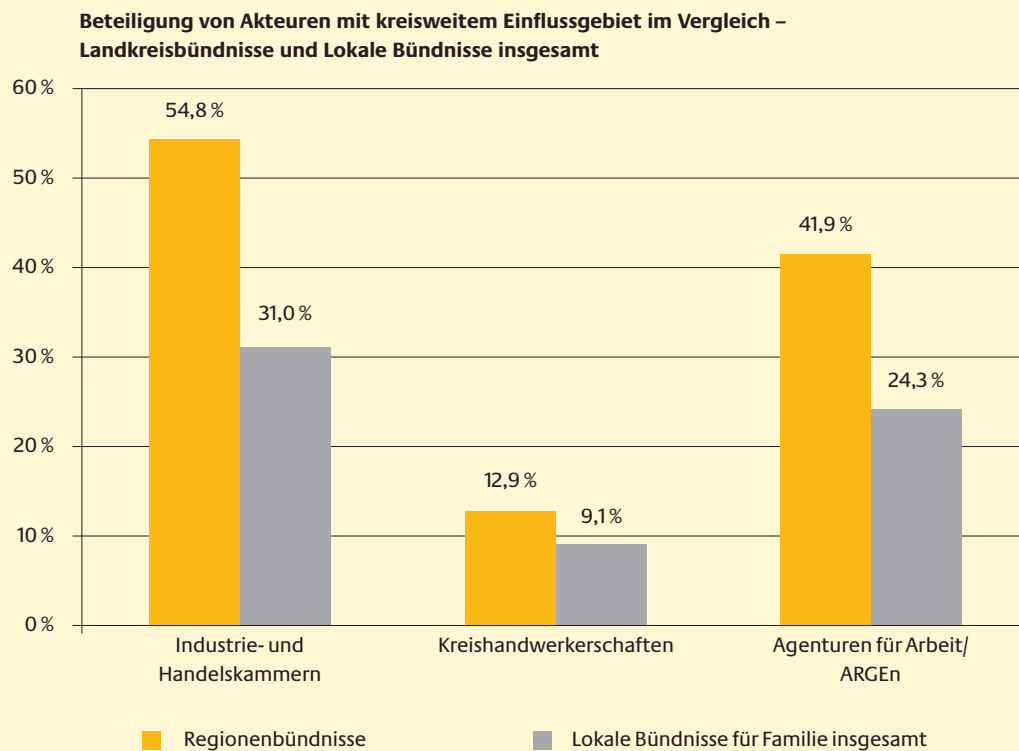
**Abbildung 15: Arbeitsmarktrelevante Akteure in Landkreisbündnissen**



Quelle: Servicebüro für Lokale Bündnisse, BMFSFJ 2010

<sup>6</sup> Betroffen sind die Lokalen Bündnisse der Metropolregionen Rhein-Neckar und Nürnberg.

Abbildung 16: Arbeitsmarktrelevante Akteure in Regionenbündnissen



Eine besondere Rolle in Landkreisbündnissen spielt erwartungsgemäß die öffentliche Verwaltung<sup>7</sup>: An 73 der 80 Landkreisbündnisse sind Vertreterinnen und Vertreter der Landratsämter beteiligt. Diese übernehmen an 54 Standorten koordinierende Aufgaben im Lokalen Bündnis bzw. sind Bündnisansprechpartner. In 53 Landkreisbündnissen sind kreisangehörige Gemeinden und Städte Partner im Bündnis.

Lokale Bündnisse auf Landkreis- und Regionenebene sprechen bei arbeitsmarktnahen Akteuren und in der Politik andere Entscheidungsebenen an als die Lokale Bündnisse auf Stadt- und Gemeindeebene. Das schlägt sich auch im Aufbau bzw. in der Struktur der Landkreisbündnisse nieder: Aufgrund der Vielfalt und Vielzahl ihrer Akteure weisen die Landkreisbündnisse häufiger detailliert geregelte Organisationsstrukturen auf, die sich in Steuerungs- und Lenkungsgruppen, Kuratorien und Geschäftsordnungen widerspiegeln. Gleichwohl kommen diese Netzwerke der Entscheidungsträger auch den in den betreffenden Landkreisen agierenden Bündnissen auf Stadt- und Gemeindeebene zugute und erleichtern lokale Kooperationen.

Das Einbinden von Entscheidungsträgern ist insgesamt ein entscheidendes Erfolgskriterium für die Arbeit der Lokalen Bündnisse (Rambøll/DIW econ 2009). Ist Familienfreundlichkeit in der lokalen Politik und in arbeitsmarktrelevanten Organisationen als Strategiethema verankert, öffnen sich Türen für entsprechende Kooperationen und Projekte. Lokale Bündnisse auf Landkreis- und Regionenebene tragen zur Neubewertung von Familienfreundlichkeit vom Querschnitts- zum Strategiethema bei, indem sie den Standortfaktor

<sup>7</sup> Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie, 2010.



Familienfreundlichkeit in die Leitbildentwicklung von Landkreisen integrieren und Familienfreundlichkeit mit Fachkonferenzen über Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf die Agenda arbeitsmarktrelevanter Akteure setzen.

Der Ausbau der Kinderbetreuung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ein familienfreundliches Lebensumfeld sind auch die wichtigsten Handlungsfelder der Bündnisse auf Landkreis- und Regionenebene. Sie unterstützen auf Stadt- und Gemeindeebene wirkende Angebote mit Informations-, Vermittlungs- und Vernetzungsstrukturen, etwa einer Kinderbetreuungsborse, einer im Kreis gültigen Familienkarte oder einem Familienwegweiser. Angebotsstrukturen werden dadurch transparent und gestärkt. Zudem unterstützen Bündnisse auf Landkreis- und Regionenebene angehörige Städte und Gemeinden bei der Gründung Lokaler Bündnisse auf Stadt- und Gemeindeebene und bei der Entwicklung ihrer Angebote und Projekte, indem sie gute Ansätze verbreiten und Fachwissen vermitteln. Gerade in strukturschwachen Regionen richten Landkreisbündnisse aber auch eigene Angebote ein. Entscheidender Faktor ist hier die Sicherung der Mobilität im Einzugsgebiet und die Überwindung von Distanzen durch Hol- und Bringdienste.

### **Erfolgsfaktoren für eine nachhaltige Netzwerkarbeit**

Das große Potenzial der Lokalen Bündnisse liegt vor allem darin, die Ressourcen, die in einer Kommune, einem Landkreis oder einer Region vorhanden sind, zu bündeln und optimal für eine Verbesserung der kommunalen Infrastruktur einzusetzen. Indem sich die Lokalen Bündnisse in Politik und Verwaltung für die Interessenlagen von Familien einsetzen und für das Thema sensibilisieren, fungieren sie als eine Art „Anwalt“ oder Interessenvertretung für Familien. Eine erfolgreiche Netzwerkarbeit hängt von wesentlichen Erfolgsfaktoren ab (siehe Abbildung 17):

**Abbildung 17: Erfolgsfaktoren für die Bündnisarbeit**



Quelle: Eigene Darstellung

Ein Bündnis muss es schaffen, die für die eigene Arbeit wichtigen Akteure („Schlüsselakteure“) einzubinden und auch langfristig für die Arbeit im Bündnis zu motivieren. Relevante Akteure sind vor allem solche, die soziale und fachliche Kompetenzen mitbringen, Zugang zu Schlüsselpositionen oder zu wichtigen Institutionen und Gremien haben oder finanzielle Mittel bereitstellen. Deren Einbindung und Motivation gelingt vor allem dann, wenn die Erfolge der Netzwerkarbeit für sie deutlich werden. Hier können regelmäßige Evaluationen oder Bestandsaufnahmen der Bündnisarbeit sinnvoll sein. Lokale Bündnisse können nur dann die kommunale familienpolitische Agenda aktiv gestalten oder ergänzen, wenn die Kommune bzw. der Landkreis sowie die politischen Vertreterinnen und Vertreter vor Ort für diese familienpolitische Netzwerkarbeit offen sind und die Arbeit des Bündnisses (öffentlichkeitswirksam) unterstützen.

### **Ausblick**

Die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ zeigt, dass eine nachhaltige Familienpolitik auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen muss und sich nicht nur auf die politische Ebene beschränkt, sondern auch andere gesellschaftliche Akteure und nicht zuletzt die Familien selbst mit einbezieht. Aus diesem Grund bedarf es auch in Zukunft stabiler Netzwerkstrukturen, damit neue Bedarfslagen und innovative Ideen schneller identifiziert und passgenaue Lösungen im Verbund erarbeitet werden können. Die Bündnisinitiative steht vor der Herausforderung, die bisher aufgebauten Netzwerkstrukturen weiter zu professionalisieren und nachhaltig zu etablieren. Hierzu gehört auch eine inhaltliche Weiterentwicklung der Netzwerkarbeit, wie beispielsweise hinsichtlich der Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf und die Entwicklung dafür notwendiger familienunterstützender Dienstleistungen.

## Quellen

**Rambøll/DIW econ, 2009:** Ausgewählte Aspekte der Wirkungen Lokaler Bündnisse für Familie, Zwischenbericht (unveröffentlicht), Berlin.

## Aus der Praxis:

### Die Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“

Die Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“ wurde 2004 vom Bundesfamilienministerium ins Leben gerufen, mit dem Ziel, die Familienfreundlichkeit vor Ort zu stärken. Lokale Bündnisse sind freiwillige Zusammenschlüsse von Vertreterinnen und Vertretern aus möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen, von Kommunen, Unternehmen, Kirchen, Kammern, Gewerkschaften, Verbänden, Stiftungen, freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, Mehrgenerationenhäusern und vielen anderen. Mehr als 13.000 Akteure, darunter 5.000 Unternehmen, engagieren sich bereits in Lokalen Bündnissen, um Familien in ihrer alltäglichen Fürsorge- und Erziehungsverantwortung zu unterstützen und unmittelbare Lebensbedingungen zu verbessern.

Nachhaltige Familienpolitik beinhaltet als wesentliches Element vor Ort Allianzen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Lokalen Bündnisse für Familie machen vor, dass und wie Netzwerke funktionieren und nachhaltige Wirkungen erzielen, und wie sich der demografische Wandel vor Ort gestalten lässt.

Die Initiative Lokale Bündnisse für Familie umfasst 620 Lokale Bündnisse (Stand: 03.06.2010) mit jeweils unterschiedlicher Reichweite. Über 100 der Lokalen Bündnisse definieren ihren Einzugsbereich über Stadt- und Gemeindegrenzen hinaus: 80 Bündnisse werden in der Initiative als Landkreisbündnisse, 31 als Regionenbündnisse geführt.

Unterstützt wird die Initiative durch ein Kuratorium, Bündnisfreunde und -partner aus Wirtschaft, Wissenschaft, Ländern und Verbänden sowie von Prominenten aus vielen Bereichen der Gesellschaft.

Nachhaltige Lösungen für mehr Familienfreundlichkeit vor Ort – hier setzen die Lokalen Bündnisse für Familie an. Sie tragen dazu bei, Familie und Beruf besser miteinander in Einklang zu bringen. Sie sorgen dafür, dass Kinder bedarfsgerecht und qualitativ hochwertig betreut werden. Sie fördern das Miteinander der Generationen und stärken die Erziehungskompetenz von Eltern.

Die Stärke der Lokalen Bündnisse ist das gemeinsame Engagement von Bündnispartnern aus vielen gesellschaftlichen Bereichen. Durch konkrete, auf den unmittelbaren Bedarf zugeschnittene Angebote tragen die Lokalen Bündnisse für Familie dazu bei, die Infrastruktur für Familien in den Städten und Gemeinden weiter zu verbessern und Zeit für Familien zu schaffen.

### Weitere Informationen unter:

| <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de>

### Kontakt

Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie

E-Mail: [info@lokale-buendnisse-fuer-familie.de](mailto:info@lokale-buendnisse-fuer-familie.de)

## 2.3 Dienstleistungszentren für Familien

### 2.3.1 Dienstleistungszentren – Überlegungen

*Prof. Dr. Notburga Ott, Ruhr-Universität Bochum*

#### Ausgangslage

Moderne Gesellschaften stellen heute besondere Herausforderungen an die Familien. Zum einen sind sie den hohen Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen des Arbeitsmarktes ausgesetzt, zum anderen müssen sie den gestiegenen Anforderungen an die Fähigkeiten der nächsten Generation gerecht werden. Viele vormals familiäre Aufgaben wurden aus der Familie heraus verlagert, sodass ihr vor allem die zum Markt komplementären Aufgaben verblieben sind: zum einen die Schaffung des Raums für Regeneration und Erholung und Gestaltung des Alltagslebens außerhalb der Arbeitswelt und zum anderen die Reproduktion sowie Erziehung, Sozialisation und Bildung der nachwachsenden Generation. Damit die Familien ihren Aufgaben unter modernen Lebensbedingungen gerecht werden können, brauchen sie vielfältige Unterstützungen durch andere Personen und Institutionen. Diese sollen im Nachfolgenden nach unterschiedlichen Kriterien systematisiert werden.

#### Dienstleistungen – wozu?

Die Unterstützungsleistungen, die Familien zur Bewältigung ihrer Aufgaben brauchen, sind sehr vielfältig und dienen unterschiedlichen Zielen der Familien und Familienmitglieder. Für die Familie insgesamt sind vor allem **gemeinsame Familienzeiten** wichtig, die durch die Anforderungen des Arbeitsmarktes und die mangelnde Synchronisation von Arbeitszeiten und Schul- bzw. Kindergartenzeiten erheblich eingeschränkt sein können. Neben den reinen Arbeitszeiten fallen teilweise lange Wegzeiten an und immer häufiger erfordern weit entfernte Arbeitsorte auch längere Abwesenheiten. Darüber hinaus führen auch andere Tätigkeiten der Alltagsgestaltung wie Einkäufe, Behördengänge oder Arztbesuche zu Abwesenheiten. Familien brauchen daher Unterstützung zur Gewinnung von gemeinsam nutzbarer Zeit.

Eltern brauchen zudem gelegentlich **persönliche Zeiten**, die sie auch ohne Kinder verbringen können: Partnerschaftszeiten wie ein gemeinsamer Theater- oder Restaurantbesuch, Zeiten zum Pflegen von Freundschaften sowie individuelle Rückzugszeiten, die der Muße und Regeneration dienen. Solche Freiräume ohne Familienaufgaben sind notwendig zur Stressreduzierung und Aufrechterhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit.

Kinder brauchen zur Entwicklung ihrer Persönlichkeit ein mit wenig Sorgen belastetes Elternhaus, in dem die **Eltern ihre Zeit stressfrei** den Kindern widmen können, sowie eine anregungsreiche Umwelt, um die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln und in die sozialen Beziehungen der Gesellschaft hineinzuwachsen. Hierzu sind weitere **Lernorte außerhalb der Familie** wichtig, die Raum für soziale Erfahrungen bieten, die Eltern in ihrem Umfeld oft allein nicht herstellen können.

Großeltern und andere Verwandte wohnen im Allgemeinen nicht direkt mit der Kernfamilie zusammen. Größere Wohnentfernungen erschweren die Kontakte und insbesondere auch gegenseitige Unterstützungen wie Kinderbetreuung durch die Großeltern oder **Hilfe im Haushalt und Pflege** älterer Verwandter.

Familien in **besonderen Belastungssituationen** wie Alleinerziehende, Migrantinnen und Migranten, Eltern mit behinderten Kindern, Arbeitslose u. a. brauchen darüber hinaus je nach den jeweiligen Problemlagen spezifische Angebote, wie z. B. Sprachkurse, Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt oder besondere Betreuungsangebote.

### Dienstleistungen – welche?

Die Unterstützungsleistungen, die es Familien erlauben, diesen Zielen besser gerecht zu werden, müssen sehr unterschiedlich ausgestaltet sein und an verschiedenen Punkten ansetzen.

### Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eltern sind mit den gleichzeitigen Anforderungen ihrer Anwesenheit am Arbeitsplatz und bei der Betreuung ihrer Kinder oder pflegebedürftigen Angehörigen konfrontiert. Nach wie vor mangelt es an ausreichenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung, die eine Synchronisation der Arbeitszeiten beider Eltern mit außerfamilialen Betreuungszeiten ermöglichen. Neben dem für Kinder unter drei Jahren und im Schulalter generell zu geringem Angebot sind die Öffnungszeiten überwiegend so ausgelegt, dass ohne zusätzliche Betreuungsmöglichkeiten einer Vollzeiterwerbstätigkeit nicht nachgegangen werden kann. Eine höhere Flexibilität kann teilweise durch Veränderung bestehender Angebote erreicht werden. Vielfach wird jedoch ein zusätzliches Angebot notwendig sein, um den unterschiedlichen Bedürfnissen der Eltern gerecht zu werden. Die Koordinierung und Synchronisierung dieser Angebote ist wiederum eine eigene Aufgabe, bei der die Eltern Unterstützung brauchen.

Ähnliches gilt auch für das Angebot an Unterstützungsleistungen für pflege- und hilfebedürftige Familienangehörige. Es sind mehr ambulante Dienste und Tagespflegeeinrichtungen notwendig, die bei Bedarf eine längere Abwesenheit der betreuenden Person erlauben. Dabei gilt es hier vor allem, die verschiedenen Dienste für Pflege, Betreuung und Hilfe im Haushalt koordiniert und wenn möglich „aus einer Hand“ anzubieten.

### Außerfamiliäre Lern- und Erfahrungsorte

Moderne Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen schließen Kinder in vielen Bereichen des Alltagslebens systematisch aus und erschweren spontane Begegnungen von Kindern mit Personen außerhalb des Familienkreises. Insbesondere soziale Kontakte mit anderen Kindern müssen daher organisiert werden, wobei je nach Familien- und Wohnsituation andere familienergänzende Erfahrungen notwendig sind. Kindertagesstätten und Ganztageschulen – zumindest wenn sie hinreichend Betreuungspersonal haben – können ein umfangreiches und vielfältiges Angebot an Lern- und Erlebnissituationen schaffen und den Rahmen für Gruppenerfahrungen bieten. Darüber hinaus und insbesondere dort, wo entsprechende Einrichtungen fehlen, sind Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, wie z. B. regelmäßige Sport- und Musikgruppen, aber auch offene Begegnungsorte wie Freizeittreffs, erforderlich. Hier sollte ein möglichst vielfältiges Angebot zur Verfügung stehen, das den unterschiedlichen Neigungen und Bedürfnissen der Kinder gerecht wird.

### Zeitfreiräume

Um Eltern und pflegenden Familienangehörigen den Zeitstress bei der Koordinierung der unterschiedlichen Aufgaben zu reduzieren und Zeitfreiräume für gemeinsame Familienzeiten und persönliche Zeiten zu schaffen, sind Dienstleistungen hilfreich, die eine Entlastung von verschiedenen Tätigkeiten ermöglichen, zum Beispiel Haushaltshilfen, Kleinreparaturdienste oder Hol- und Bringdienste. Vor allem aber gilt es, eine Reduzierung von Wegzeiten zu erreichen, was eine räumliche Nähe der Anbieter erfordert. Neben einer räumlichen Konzentration der öffentlichen Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen, Pflegeeinrichtungen und Beratungsstellen ist es hierbei wichtig, dass sich auch private, gewerbliche und gemeinnützige Angebote wie Einkaufsmöglichkeiten und Koordinierungsstellen von Dienstleistungen in räumlicher Nähe ansiedeln können.

### Dienstleistungen – wann?

Familien brauchen nicht nur sehr unterschiedliche Dienstleistungen, die den vielfältigen Zwecken dienen, sie brauchen sie auch zu unterschiedlichen Zeiten und zu unterschiedlichen Gelegenheiten.

Eine Reihe von Dienstleistungen wird von den Familien **regelmäßig über längere Zeiträume** in Anspruch genommen. Sie dienen der kontinuierlichen Entlastung von verschiedenen Aufgaben und sind fest in die **Gestaltung des Alltagslebens** eingeplant. Es handelt sich hierbei vor allem um die Inanspruchnahme institutionalisierter Kinderbetreuung und Pflegeleistungen sowie regelmäßige Haushaltshilfen.

Andere Angebote werden nur in **bestimmten Phasen** nachgefragt. Auch hierbei handelt es sich um eine geplante Inanspruchnahme von Diensten, die allerdings nur temporär benötigt werden. Zum einen werden zusätzliche Leistungen dann notwendig, wenn die institutionalisierten Angebote bestimmte unregelmäßig anfallende Zeiträume nicht abdecken, wie z. B. Ferienzeiten von Schulkindern oder außergewöhnliche unregelmäßige Arbeitszeiten der Eltern. Zum anderen werden vor allem Informations- und Beratungsdienste nur temporär nachgefragt, bis die durch neue Situationen aufgetretenen Wissenslücken und Probleme befriedigend gelöst sind.

Schließlich gibt es noch Situationen, in denen unterstützende Dienstleistungen kurzfristig und ohne vorherige Planung benötigt werden und für die Familien teilweise richtige **Notfälle** darstellen. Dies ist immer dann der Fall, wenn die regelmäßigen Dienste unvorhergesehen ausfallen, wie z. B. bei Erkrankung einer Betreuungsperson, oder wenn in der Familie unvorhergesehener zusätzlicher Bedarf entsteht, wie z. B. dienstliche Anforderungen oder die unerwartete Pflegebedürftigkeit eines Familienangehörigen.

### Dienstleistungen – von wem und wo?

Auch die Anbieter von familienunterstützenden Dienstleistungen sind sehr unterschiedlich. Hier ist das ganze Spektrum von öffentlichen Einrichtungen, Angeboten von Verbänden, die teils im Auftrag der öffentlichen Hand, teils unabhängig arbeiten, privatwirtschaftlichen und ehrenamtlichen Angeboten vertreten, die jeweils unterschiedliche Vorteile aufweisen.

Die **öffentliche Hand** ist vorrangig für alle per Gesetz festgelegten Leistungen zuständig, wie die Schulplanung und ein hinreichendes Angebot an Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen. Hier liegt der Schwerpunkt vor allem in einem verlässlichen regelmäßigen und wohnungsnahen Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger. Weiterhin ist die Information der Bürgerinnen und Bürger über alle rechtlichen Belange und sozialrechtlichen Leistungen Aufgabe der Behörden. Schließlich obliegt es den Kommunen, im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe ein geeignetes Angebot an Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Eltern und Kinder bereitzustellen. Weitere Beratungsangebote wie Elternbildung, Gesundheits- und Ernährungsberatung und Pflegeschulungen sollten ebenfalls von der öffentlichen Hand angeboten werden, weil nur diese ein transparentes, qualitätsgesichertes und kostengünstiges Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger bereitstellen kann, wofür der Einsatz von öffentlichen Mitteln notwendig sein wird. Nicht alle diese Leistungen müssen direkt von staatlichen Stellen selbst durchgeführt werden. Vielfach übertragen die Kommunen diese Aufgaben auf gemeinnützige verbandliche Träger, die mit entsprechender Spezialisierung die Aufgaben vielfach besser wahrnehmen können. Die Verantwortung für eine sachgerechte Durchführung verbleibt dennoch bei den staatlichen Stellen, die neben der Qualitätssicherung vor allem auch die Koordinierung der unterschiedlichen dezentralen Leistungen nicht aus dem Auge verlieren dürfen.

Die **private Wirtschaft** kann in allen Bereichen tätig werden, wobei sie bei hoheitlichen Aufgaben wie dem Schulunterricht der Oberaufsicht staatlicher Stellen unterworfen bleibt. Auch in anderen Bereichen, wie Kinderbetreuung oder Pflege, bleibt staatlichen Stellen die Qualitätssicherung vorbehalten. Die komparativen Vorteile der privatwirtschaftlichen Anbieter liegen jedoch in den Bereichen, die von öffentlichen bzw. nicht gewinnorientierten Einrichtungen und Angeboten nicht abgedeckt werden. Denn aufgrund anderer Preisgestaltungsmöglichkeiten, die keine sozialen Aspekte berücksichtigen müssen, können private Dienstleister flexiblere und spezifische Leistungen anbieten. Im Bereich der regelmäßigen Angebote wie Kinderbetreuung, Schule und Pflege decken private Angebote daher typischerweise andere, eher unübliche oder wechselnde Zeiten ab oder verfolgen ein anderes inhaltliches Konzept. Auch im Beratungs- und Schulungsbereich werden private Anbieter völlig andere und umfassendere Konzepte umsetzen können. Im Bereich der Haushaltshilfen, der Hol- und Bringdienste und der Kommunikationsdienste können private Anbieter auch höchst individuelle Lösungen anbieten, die entsprechend hohe Kosten verursachen. Gleiches gilt auch für die kurzfristige Nachfrage nach Kinderbetreuung und Pflege in unvorhergesehenen Fällen.

Da die **privaten Anbieter** mit ihren Leistungen teilweise in direkter Konkurrenz zu den öffentlichen und gemeinnützigen Anbietern stehen, ist dabei zu bedenken, dass sie vor allem die einkommensstarken Familien ansprechen und damit u. U. die Finanzierung öffentlicher Angebote untergraben. Damit es hier nicht zu einer Segregation, einer „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ kommt, sondern insgesamt ein Bündel an familiennahen Dienstleistungen bereitsteht, das die Bedürfnisse aller Familien abdeckt, ist ein gemeinsames Planen von öffentlichen Stellen und Privatwirtschaft notwendig. Insbesondere können auch staatliche Gutscheine an Familien, die bei privaten Anbietern eingelöst werden können, eine solche Segregation verhindern, einen familienorientierten Wettbewerb auslösen und staatliche Stellen entlasten.



Zwischen staatlichen, verbandlichen und privatwirtschaftlichen Dienstleistungen gibt es zunehmend Angebote von Bürgerinnen und Bürgern auf Basis ehrenamtlichen Engagements und **bürgerschaftlicher Selbstorganisation**. Hierbei handelt es sich überwiegend um Tätigkeiten und Aktivitäten, die von jeher überwiegend im familiären oder nachbarschaftlichen Umfeld stattfinden, wie die temporäre Kinderbetreuung oder Pflege bei unvorhergesehenen Ereignissen, regelmäßige leichtere und temporäre Haushaltshilfen und Kleinhandwerkerdienste, Einkaufshilfen und Fahrdienste, aber auch Lern- und Erfahrungsorte für Kinder außerhalb der Kleinfamilie und öffentlichen Einrichtungen.

Kindertageseinrichtungen sind ein guter Ansatzpunkt, um derartige Angebote für Familien zu bündeln, weil diese Einrichtungen eine sehr hohe Erreichbarkeit der Eltern gewährleisten. Allerdings können auf diese Weise keine Familien erreicht werden, die ihre Kinder zu Hause betreuen. Wenn Kitas ihre Angebote also ausbauen bzw. ergänzen, müssen weitere Altersgruppen, weitere Regionen und weitere Nutzergruppen, wie etwa einkommensarme Familien und Familien mit Migrationshintergrund, ebenfalls erreicht werden.

### Was können Dienstleistungszentren leisten?

An sogenannte Dienstleistungszentren werden hohe Erwartungen geknüpft, was das Angebot hinsichtlich all dieser beschriebenen Dienstleistungen betrifft. Das Konzept der Dienstleistungszentren beruht auf der Idee, eine Institution zu schaffen bzw. eine vorhandene auszubauen, die an einem Ort familienunterstützende Dienstleistungen bedarfsgerecht anbietet und vermittelt. Angesichts der Fülle und Unterschiedlichkeit der Anforderungen wird es allumfassende Dienstleistungszentren gar nicht geben können. Sie werden sich jeweils nach bereits bestehender Infrastruktur auf bestimmte Angebote konzentrieren. Dabei können sie besonders in folgenden Bereichen Vorteile für Familien und Anbieter realisieren:

#### **Bündelung und Koordinierung der öffentlichen Angebote**

Betreuung und Beratung „aus einer Hand“ ist eines der wichtigsten zu leistenden Ziele für staatliche Leistungen. Neben der Reduzierung der Wegzeiten wird nur so eine umfassende Information gewährleistet, die Transparenz erhöht und auch ein niedrigschwelliger Zugang für Familien in besonderen Belastungssituationen geschaffen.

#### **Räumliche Nähe verschiedener Anbieter**

Ein Dienstleistungszentrum, das eine große Vielzahl von verschiedenen Anbietern zusammenbringt, schafft Vorteile für beide Seiten. Für die Familien reduzieren sich vor allem die Wegzeiten und sie erhalten ein übersichtliches Angebot. Für die Anbieter ergeben sich Synergieeffekte, die, z. B. durch gemeinsame Beschaffungspolitik und Raumbewirtschaftung, die Kosten reduzieren und die Zielgruppenansprache erleichtern und damit Anbahnungskosten mindern. Auch die Koordinierung und Abstimmung des Dienstleistungsangebots vor allem auch zwischen kommerziellen, verbandlichen und ehrenamtlichen Anbietern wird durch Dienstleistungszentren erleichtert, was Anbietern eine bessere Nachfrageabschätzung erleichtert und damit Risiken von Fehlinvestitionen senkt und den Familien ein besser aufeinander abgestimmtes Angebot ohne systematische Lücken bietet.



**Unterstützung bürgerschaftlicher Selbstorganisation**

Dienstleistungszentren können Raum für Begegnungen bereitstellen, die die Voraussetzung für bürgerschaftliche Selbstorganisation bilden. Beratungs- und Koordinierungsstellen vor Ort, die eine juristische und organisatorische Unterstützung der Institutionalisierung bürgerschaftlichen Engagements bieten, sind geeignet, neue bürgerschaftliche Projekte zu initiieren und zu verstetigen.

**Angebote für spezifische Gruppen**

Sind Angebote für spezifische Gruppen wie Sprachkurse, Arbeitsmarktintegrationsmaßnahmen, Erziehungs- und Familienberatung in Dienstleistungszentren neben anderen alltäglichen Angeboten angesiedelt, so mag dies die Schwellen zur Inanspruchnahme erheblich senken, da der zusätzliche Aufwand gerade für Familien in besonderen Problemlagen gesenkt wird und die Nutzung eine gewisse Selbstverständlichkeit erlangt.

**Information und Vermittlung weiterer familienunterstützender Dienstleistungen**

Auch wenn Dienstleistungszentren nur jeweils einen Ausschnitt der familienunterstützenden Leistungen vor Ort anbieten können, so sollten dort zumindest Informationen über alle in der Kommune angebotenen Dienste verfügbar sein. Eine Vernetzung mit anderen Anbietern und evtl. ein Vermittlungsangebot dürfte den Familien noch mehr entgegenkommen.

## Aus der Praxis:

### **Das Familienzentrum Gronostraße in Hannover – von der Kindertageseinrichtung zum Familienzentrum**

*Zusammengestellt von Iris Quander, Humboldt Universität zu Berlin*

Im Mai 2006 wurde in Hannover das Familienzentrum in der Gronostraße eröffnet. Es ist die erste städtische Einrichtung in Hannover, die von einer traditionellen Kindertageseinrichtung zu einem Familienzentrum weiterentwickelt wurde.

Der Entwicklungsprozess „von der Kita zum Familienzentrum“ begann im Jahr 2002. Die Kindertageseinrichtung Gronostraße nahm Kontakt zur FLUXUS Elternwerkstatt auf. Das FLUXUS-Netzwerk Hannover gehört zum Bundesprogramm „Lernende Regionen – Bildung von Netzwerken“. Ziel war es, die bisher in der Kita praktizierten Elternbeteiligungs- und Elternbildungsangebote durch eine Konzeption verlässlich abzusichern. Eine Zukunftswerkstatt bildete den Auftakt für diese Konzeptionsentwicklung. Im Rahmen einer „Kerngruppe“ wurde bis Ende 2003 die Konzeption entwickelt und Anfang 2004 der Entschluss gefasst, diese neue Konzeption „von der Kindertagesstätte zum Familienzentrum“ umzusetzen. Die weiteren Meilensteine bis zur Eröffnung des Familienzentrums Gronostraße bildeten eine Elternbefragung, die Entwicklung eines Raumkonzeptes für das Familienzentrum, ein Teamentwicklungsprozess und das Werben in den Verwaltungs- und politischen Gremien sowie die Einrichtung einer Halbtagsstelle zur Koordination der Elternbildungsangebote.

Elternbildung sowie die Hilfe zur Selbsthilfe sind entscheidende Inhalte der Arbeit im Familienzentrum Gronostraße. Die Eltern sollen die Möglichkeiten erhalten, ihre persönlichen, erzieherischen und beruflichen Kompetenzen fortzuentwickeln und zu stärken. Angebote und Serviceleistungen innerhalb des Familienzentrums sollen vor allem eine Anschubfunktion erfüllen.

Es wurde ein Kursprogramm entwickelt, das in regelmäßigen Abständen bedarfsorientiert aktualisiert wird. Darüber hinaus werden die Eltern durch die „Elternzeit“ regelmäßig in den Kindergartenalltag einbezogen. Die Angebote des Familienzentrums richten sich jedoch nicht ausschließlich an Eltern, sondern sind für alle interessierten Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils Ricklingen offen.

#### **Angebote für Familien**

Interessierte Mütter und Väter aus dem Stadtteil Ricklingen können im Familienzentrum Gronostraße zu unterschiedlichen Themen Beratung und Unterstützung finden. So bietet die „Formularhilfe und Schuldnererstberatung“ beispielsweise Unterstützung beim Ausfüllen von Antragsformularen sowie beim Schriftverkehr mit Behörden, außerdem wird über die Schuldnererstberatung eine Hilfestellung für die Regelung finanzieller Angelegenheiten geleistet. Eine weitere Beratung beschäftigt sich speziell mit Themen, die für Migrantinnen und Migranten relevant sind. Darüber hinaus werden Deutschsprachkurse angeboten, in denen Deutsch als Fremdsprache erlernt werden kann. Diese Angebote sind für alle Eltern kostenlos.

Im Zuge der Beteiligung interessierter Eltern an Planungen und Entwicklungen im Familienzentrum über das sogenannte Elternforum wurden in Kooperation mit der Volkshochschule Hannover mehrmals wöchentlich Vorbereitungskurse auf den Hauptschulabschluss eingerichtet.

Das „Rucksackmütter-Modell“ als weiteres Angebot bildet einen wichtigen Beitrag zur Sprachförderung. Ausgestattet mit einem „Rucksack“ voller Materialien und Ideen leiten qualifizierte Elternbegleiterinnen Mütter in Müttergruppen an, die regelmäßige Kommunikation in der jeweiligen Herkunftssprache mit ihren Kindern zu praktizieren. Parallel dazu werden die entsprechenden Materialien in deutscher Sprache in der Kindertagesstätte eingesetzt. Neben der Festigung der Herkunfts- und der deutschen Sprache fördert der Austausch der Mütter untereinander den interkulturellen Dialog, das Verständnis füreinander und führt zu einer höheren Identifikation mit der Kindertagesstätte als Bildungs- und Sozialisationsinstitution.

### **Was leistet das Familienzentrum?**

Das Familienzentrum in der Gronostraße wurde von einer Kindertageseinrichtung zu einem Familienzentrum weiterentwickelt, das die Familie als Ganzes in den Mittelpunkt stellt. Wesentlichen Bestandteil der Arbeit bildet neben der „frühkindlichen Bildung und Erziehung von Kindern“ die „Elternberatung und Elternbildung“. Eltern erfahren Unterstützung in ihren persönlichen, erzieherischen und beruflichen Kompetenzen. Das Familienzentrum stellt sich den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und leistet einen Beitrag, Familien – also Kinder und Eltern – optimal zu unterstützen.

Wie sich zeigt, werden die vielfältigen Angebote im Familienzentrum gut angenommen. Durch die Präsenz von städtischen Diensten, wie Jugend- und Familienberatung, Schuldnererstberatung, und die familienunterstützenden Angebote der Kita, wie z. B. Elterntraining und FuN (Familie und Nachbarschaft), konnten Vorbehalte von Eltern abgebaut werden, Beratungen in Anspruch zu nehmen. Der kommunale Sozialdienst führte auch den Rückgang von Notinterventionen in Familien auf die Arbeit des Familienzentrums zurück.

Familien werden in ihren Aufgaben besser unterstützt, erhalten wichtige Hilfestellungen sowie Beratung und Betreuung „aus einer Hand“. Neben einer Reduzierung von Wegzeiten werden somit eine umfassende Information gewährleistet und ein niedrigschwelliger Zugang ermöglicht.

### **Weitere Informationen:**

www.hannover-stadt.de

### **Kontakt:**

Claudia Wilke

Fachbereich Jugend und Familie (OE 51.43), Stadt Hannover

E-Mail: Claudia.Wilke@Hannover-Stadt.de

### 2.3.2 Mehrgenerationenhäuser als Dienstleistungszentren für Familien

*Christopher Gess und Christoph Emminghaus, Rambøll Management Consulting GmbH Deutschland*

#### 1. Einleitung

Vor dem Hintergrund hoher Mobilitätsanforderungen, flexibilisierter Arbeitszeiten sowie reduzierter familiärer Unterstützungsstrukturen und den sich daraus ergebenden Folgen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei jungen Eltern sind haushaltsnahe und familienunterstützende Dienstleistungen zunehmend ins Zentrum des Interesses gerückt. Hinzu kommt vermehrt die Herausforderung des Umgangs mit pflegebedürftigen Angehörigen. Mehrgenerationenhäuser können vor diesem Hintergrund die Rolle von Dienstleistungs- und Beratungszentren einnehmen. Hierbei greifen sie teilweise auf Ansätze zurück, die seit Beginn der 80er-Jahre u. a. von Mütterzentren rund um Schwangerschaft und Kinderbetreuung angeboten wurden. Die Angebotspalette der Mehrgenerationenhäuser geht jedoch heute weit hierüber hinaus. Sie bündeln ihre eigenen Angebote und die lokaler Dienstleister und verknüpfen die Vermittlung von Dienstleistungen mit Angeboten der Elternbildung und Familienberatung. Auf diese Weise gelingt es ihnen, Bedarfslücken aufzuspüren, fehlende Angebote selbst zu erbringen und Familien passgenaue Dienstleistungen zu vermitteln. Sie tragen damit zur Etablierung und Strukturierung des lokalen Dienstleistungsmarktes und somit zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei.

#### 2. Was Mehrgenerationenhäuser für Familien leisten

Familienunterstützende Dienstleistungen und die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stehen im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser von Beginn an im Zentrum. Die aktuellen Dienstleistungen der Häuser reichen von Mahlzeiten und Bringdiensten über Haushaltshilfen wie Einkaufsservice, Gartenpflege oder Hausmeisterservice bis hin zu Körperpflege wie Kosmetik, Massagen oder einen Friseurdienst. Aber auch Kinderbetreuung und die Betreuung von hilfebedürftigen Älteren, Vermittlung von Betreuungsangeboten und Elternkurse und individuelle Familienberatung werden von Mehrgenerationenhäusern angeboten. Die Mehrgenerationenhäuser verfügen über einen ausgeprägten Personalmix, sodass ihre Angebote von Festangestellten, Selbstständigen, Honorarkräften, den Nutzerinnen und Nutzern sowie freiwillig Aktiven erbracht werden.

In nur drei Jahren haben sich die Mehrgenerationenhäuser damit zu einem wichtigen Akteur auf dem Dienstleistungsmarkt entwickelt. Die Vermittlungsangebote der Häuser, bei denen Haushaltsdienstleistungen wie Bügeln, Reinigung und Waschen sowie Begleit- und Besuchsdienste im Zentrum stehen, werden täglich durchschnittlich 4.800-mal genutzt. Somit verstehen sich die Mehrgenerationenhäuser als Dienstleistungsbörsen, die ihre eigenen Angebote und die lokaler Dienstleister bündeln. Zusammen bieten die 500 Mehrgenerationenhäuser mittlerweile über 1.900 haushaltsnahe Dienstleistungen und 1.100 Beratungsangebote an (siehe Tabelle 4). Darüber hinaus treten die Mehrgenerationenhäuser als Vermittler und Plattform für die verschiedenen Leistungen auf, die recherchiert und auf den Bedarf der Nutzerinnen und Nutzer oder die lokalen Bedingungen abgestimmt werden. Zusätzlich zu den auf Familien zugeschnittenen Dienstleistungen unterstützen die Mehrgenerationenhäuser Familien im Bereich der Familienbildung und Elternberatung. Etwa jedes neunte Beratungsangebot (135 Angebote) richtet sich explizit

an die Zielgruppe der Eltern. Schwerpunkte der Elternberatung sind Gesundheit und Ernährung sowie Erziehungsfragen. Dabei liegt den Häusern besonders die Qualität der Beratung am Herz. So sind an 90 Prozent der Beratungen professionelle Kräfte beteiligt – ergänzt durch Laien in 30 Prozent der Beratungen. Auch aufgrund der hohen Qualität der Beratung werden die Angebote gut frequentiert. Im Schnitt wird jedes Elternberatungsangebot am Tag von 18 Eltern in Anspruch genommen.

**Tabelle 4: Haushaltsnahe Dienstleistungen in den Mehrgenerationenhäusern – Art und Anzahl**

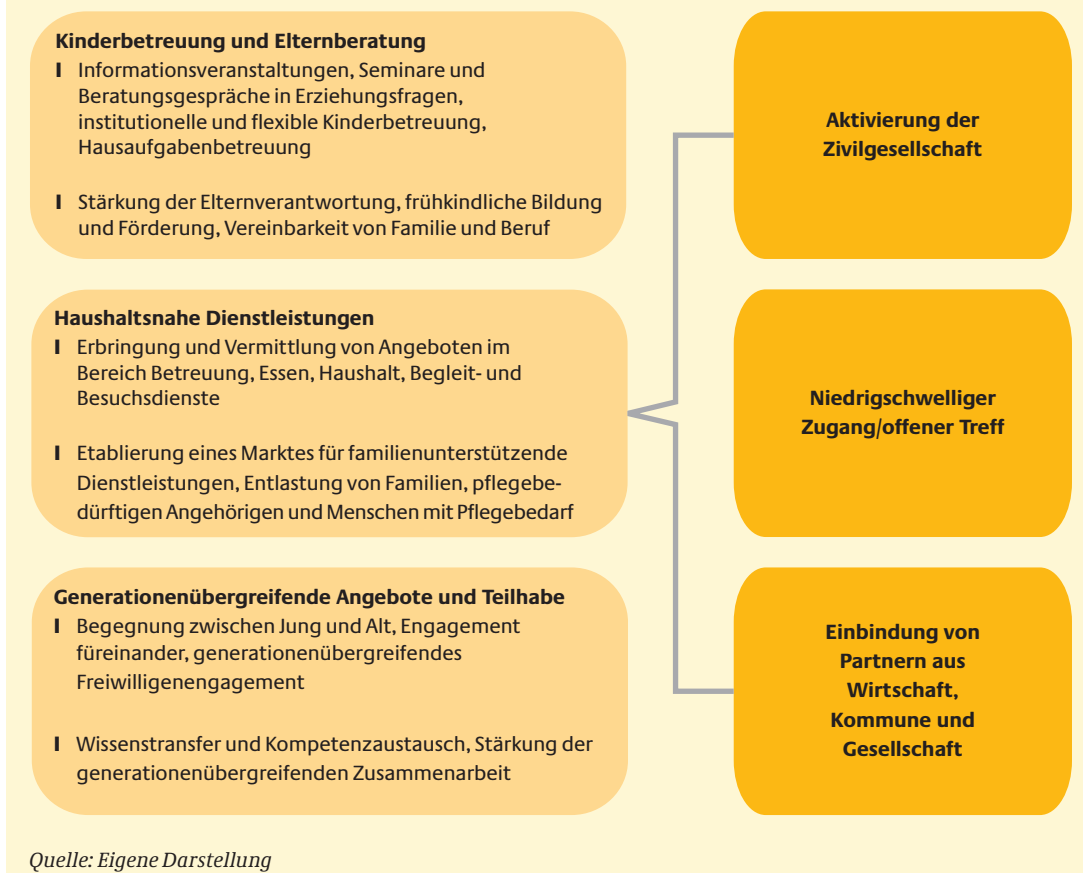
Kategorien	Angebote	Prozent
Betreuung	1.017	52%
Essen	347	18%
Erbringung anderer haushaltsnaher Dienstleistungen	302	15%
Vermittlung von haushaltsnahen Dienstleistungen	290	15%
Gesamt	1.956	100%

Quelle: Selbstmonitoring Herbst 2009

### 3. Mehrgenerationenhäuser als Dienstleistungszentren für Familien

Die Zufriedenheit mit und die steigende Inanspruchnahme der familienunterstützenden Angebote der Mehrgenerationenhäuser machen deutlich, dass die Häuser hier den Nerv der Zeit getroffen haben. Es stellt sich jedoch die Frage, worin dieser Erfolg der Mehrgenerationenhäuser begründet liegt. Nur ein Teil ihres Erfolges ist auf besonders innovative, neue Dienstleistungen oder Beratungsangebote zurückzuführen. Vielmehr geht die Funktion der Häuser im lokalen Markt für familienunterstützende Dienstleistungen weit über die Rolle des Anbieters hinaus. Besonders durch ihre Vermittlungstätigkeit, aber auch durch ihren engen Kontakt mit Familien sind die Mehrgenerationenhäuser in der Lage, dem Dienstleistungsmarkt vor Ort Struktur zu geben. Sie spüren Bedarfslücken auf, entwickeln neue Angebote, vermitteln Kooperationspartnern Kundinnen und Kunden oder unterstützen sie beim Aufbau neuer Dienstleistungen. Ihr Ziel ist dabei die passgenaue Ausrichtung der Angebote auf die Problem- und Lebenslagen der Familien vor Ort. Nicht zuletzt bieten die Mehrgenerationenhäuser eine Plattform auch für Elternberatung und den informellen Austausch zwischen den Familien. Dadurch tragen sie zu einer besseren Vernetzung und Abstimmung der familienunterstützenden Angebote bei. Diese Ausrichtung der Häuser spiegelt sich in den Erfolgsfaktoren wider, die in der Evaluation des Aktionsprogramms in Bezug auf haushaltsnahe Dienstleistungen und familienunterstützende Angebote identifiziert wurden: Niedrigschwelligkeit, Flexibilität, eine breite Basis an freiwillig Engagierten, Vernetzung und Verzahnung von Angeboten.

Abbildung 18: Angebote der Mehrgenerationenhäuser



Die tiefe gesellschaftliche Verankerung der Mehrgenerationenhäuser wird bei einem Blick auf die geschaffenen Vernetzungsstrukturen deutlich. Im Durchschnitt hat jedes Mehrgenerationenhaus 46 Kooperationspartner. Jeder fünfte Partner ist ein Unternehmen. Die Dienstleistungspalette von Mehrgenerationenhäusern reicht damit oft weit über die eigenen Angebote hinaus. Durch Unternehmenskooperationen verfügen sie zudem über alternative Zugangswege zu berufstätigen Familien, die sonst keine haushaltsnahen Dienstleistungen in Anspruch genommen hätten. Aber auch Vereine, Schulen, Beratungsstellen und kommunale Einrichtungen sind wichtige Partner der Mehrgenerationenhäuser. So können die Häuser beispielsweise zusammen mit Beratungsstellen Elternkurse anbieten oder durch das Jugendamt finanzierte Haushaltshilfe durchführen.

Ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor der Mehrgenerationenhäuser im Bereich familienunterstützender Angebote ist die Verzahnung von Angeboten und Dienstleistungen. So wurden durchweg positive Erfahrungen damit gemacht, die flexible Kinderbetreuung im offenen Spielzimmer parallel zu Elternkursen im Mehrgenerationenhaus stattfinden zu lassen. Verzahnung erhöht die Attraktivität der haushaltsnahen Dienstleistungen, trägt zu einer besseren Auslastung der Angebote bei und senkt die Hemmschwellen zur Inanspruchnahme der Dienstleistungen. Dies ist auch in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern, etwa einer Volkshochschule oder einem Fitnessklub, denkbar.

Aufgrund dieser besonderen Eigenschaften sind die Mehrgenerationenhäuser in der Lage, sich zu modernen Dienstleistungszentren für Familien weiterzuentwickeln. Bedürfnisse vieler Eltern nach besserer Koordinierung familienunterstützender Angebote, die sich aus den veränderten Erwerbsbedingungen und Mobilitätsanforderungen ableiten, werden von den Mehrgenerationenhäusern erkannt und bedient. Verzahnte und flexible Leistungen sowie ein niedrigschwelliger Zugang und die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Angebotserbringung schaffen neue Möglichkeiten und helfen den Mehrgenerationenhäusern, die vor dem Hintergrund hoher Mobilitätsanforderungen, flexibilisierter Arbeitszeiten sowie reduzierter familiärer Unterstützungsstrukturen veränderten Bedarfslagen der Familien zu treffen.

#### 4. Ausblick

Der Erfolg der Mehrgenerationenhäuser liegt zum Großteil in der Konzeption der Mehrgenerationenhäuser begründet. Durch ihren niedrigschwelligen Ansatz und die breite, flexible Angebotspalette erreichen die Häuser eine breite Zielgruppe und können schnell auf sich ändernde Bedarfslagen reagieren. Besonderes Potenzial liegt in der Kombination von generationenübergreifenden Begegnungsstrukturen und umfassenden haushaltsnahen und familienunterstützenden Dienstleistungen. Die breite Basis an freiwillig Engagierten eröffnet den Mehrgenerationenhäusern neue Wege der Angebotserbringung. Aber auch die weitverzweigte Vernetzung der Häuser mit lokalen Akteuren und Institutionen trägt zum Erfolg der Mehrgenerationenhäuser als Dienstleistungszentren bei.

Weitere positive Entwicklungen der Mehrgenerationenhäuser im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen sind bereits absehbar. So erhöht sich die Zahl der Häuser, die sich im Bereich Pflege und Demenz engagieren, stetig. Allein im Jahr 2009 stieg die Zahl der auf Demenzerkrankte zugeschnittenen Angebote um 20 Prozent. Zudem sind weitere Erfolge bei der Dienstleistungsvermittlung zu erwarten, da den Häusern zusätzlich eine Vermittlungsdatenbank (Mehrgenerationenservice) als unterstützendes Instrument zur Verfügung gestellt wird. Mit diesem Instrument werden die Mehrgenerationenhäuser darin unterstützt, haushaltsnahe Dienstleistungen zu verwalten und bedarfsgerecht zu vermitteln. Fachspezifisch ausgearbeitete Fragebögen helfen den Häusern bei der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung der Dienstleistungen. Mehrgenerationenhäuser werden damit im besten Sinne zu lokalen Dienstleistungszentren für Familien, zu Drehscheiben zwischen lokalen Anbietern und Nachfragern familienunterstützender Dienstleistungen. Die Entwicklung der letzten Jahre spricht dafür, dass sich der Markt sowohl vom Umfang als auch vom Spektrum der angebotenen Dienstleistungen rasant weiterentwickeln wird.

## Quellen

**Rambøll Management Consulting GmbH, 2007–2009:** Leitfadengestützte Interviews im Rahmen von 60 Vor-Ort-Analysen, Berlin.

**Rambøll Management Consulting GmbH, 2007–2009:** Selbstmonitoring, halbjährliche quantitative Datenerhebung, Berlin.

**Rambøll Management Consulting GmbH, 2007–2009:** Nutzerbefragung, jährliche standardisierte Nutzerbefragung, Berlin.

## Aus der Praxis:

### Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser

Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser wurde 2006 ins Leben gerufen, um den Zusammenhalt zwischen den Generationen auch außerhalb der Familien zu stärken und Unterstützung für Familien und Menschen aller Altersgruppen anzubieten.

Mit den Mehrgenerationenhäusern wurden deutschlandweit 500 Orte geschaffen, die als offene Tagestreffpunkte die Begegnung zwischen den Generationen ermöglichen, haushaltsnahe Dienstleistungen anbieten und Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement schaffen. Dabei knüpft das Aktionsprogramm explizit an bestehende Strukturen und Angebote an. Die meisten Mehrgenerationenhäuser sind aus Einrichtungen mit langjähriger Erfahrung – wie Mütterzentren, Familienbildungs- und Kindertagesstätten oder Senioreneinrichtungen – entstanden. Sie werden insgesamt fünf Jahre mit jährlich 40.000 Euro gefördert, um sich für neue Aufgaben und Menschen aller Generationen zu öffnen. Dieser Ansatz erlaubt es, die bestehenden Angebote fortzuführen und auf vorhandene Netzwerke und Kooperationsstrukturen aufzubauen.

### Was Mehrgenerationenhäuser leisten

Familienunterstützende Dienstleistungen und die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stehen im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser von Beginn an im Zentrum. Sowohl bei der Auswahl, aber auch bei der Beratung der Häuser wurde ein besonderes Augenmerk auf ihre Ausbaustrategien für haushaltsnahe Dienstleistungen und familienunterstützende Angebote gelegt. So bestand eines der zentralen Entwicklungsziele für fast alle Mehrgenerationenhäuser darin, zu einer Informations- und Dienstleistungsplattform zu werden. Sie können Dienstleistungen vermitteln oder sie selbst konzipieren und erbringen. Ziel ist es, dass sich die unterschiedlichsten Angebotsformen sowie Netzwerke verschiedener Anbieter entwickeln, mit denen die Mehrgenerationenhäuser ihren Beitrag zur Unterstützung von Familien leisten können und bedarfsgerecht auf die lokalen Familien zugehen.

### Mehrgenerationenhäuser als Dienstleistungszentren

Bei der Aufnahme der Häuser ins Aktionsprogramm und bei ihrer Beratung wurde besonders auf einen niedrighwelligen Ansatz der Häuser geachtet und gedrungen. Das Herzstück der meisten Mehrgenerationenhäuser ist ihr offener Treff. Menschen aller Generationen können den offenen Treff zur Begegnung mit anderen nutzen, häufig dort auch zu Mittag essen oder einen Kaffee trinken. Hier erfahren neue Besucherinnen und Besucher von den Angeboten im Mehrgenerationenhaus, bauen Kontakt zu Festangestellten, freiwillig Aktiven und vielen anderen Besucherinnen und Besuchern auf. Potenzielle Nutzerinnen und Nutzer können auf diese Weise Vertrauen zu den Dienstleistungsangeboten und den durchführenden Personen aufbauen. Durch die niedrighwelligen Begegnungsmöglichkeiten etwa im offenen Treff stehen auch die Beschäftigten im stetigen Austausch mit den Nutzerinnen und Nutzern und können so Bedarfslücken im Alltag aufspüren.



Im Aktionsprogramm wird den Mehrgenerationenhäusern in der Angebotsgestaltung größtmöglicher Raum gelassen. Auf diese Weise wird den Häusern ermöglicht, sich den lokalen Begebenheiten flexibel anzupassen und Angebote durchzuführen, die bedarfsgerecht sind und gleichzeitig den Zielen des Aktionsprogramms entsprechen. Dienstleistungen, die in Großstädten Bedarfslücken füllen, gehen unter Umständen an den Bedürfnissen von Familien im ländlichen Raum vorbei. Die Freiheit bei der Angebotsgestaltung gibt den Häusern zudem die Flexibilität, schnell auf wechselnde Bedarfslagen zu reagieren und Angebote zu entwickeln, die etablierte Institutionen – zum Beispiel Jugendämter oder Schulen – nicht anbieten können. Mit diesem Ansatz, gezielt Angebotslücken zu schließen, leisten die Mehrgenerationenhäuser einen relevanten Beitrag für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

**Weitere Informationen:**

| <http://www.mehrgenerationenhaeuser.de>

**Kontakt:**

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Servicetelefon: 01 80/1 90 70 50\*

\*3,9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen

## 2.4 Familienleitstellen als kommunale Bürgerbüros

### 2.4.1 Situation und Perspektiven kommunaler Familienbüros – Ergebnisse einer Recherche zur Situation der Beratungs- und Serviceleistungen von Familien in Kommunen

*Ulrike Peifer, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Berlin*

„Der Maßnahmenkatalog deutscher Familienpolitik ist unüberschaubar und intransparent“ (BMFSFJ 2005), stellt die Sachverständigenkommission im Siebten Familienbericht fest und spricht von einer „unübersichtlichen Fülle von finanziellen Unterstützungsleistungen“ (BMFSFJ 2005). Da Transferleistungen für Familien in Deutschland derzeit an verschiedenen Stellen bearbeitet und ausgezahlt werden, ist dies für Familien häufig unübersichtlich und unverständlich.

Um zum einen mehr Transparenz und zum anderen die Grundlage für eine gerechtere und zielgenauere Familienförderung zu schaffen, ist als Lösung die Bündelung der verschiedenen familienpolitischen Leistungen denkbar. Das Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen im BMFSFJ beurteilte in seinem im April 2008 erschienenen Arbeitsbericht „Zukunft für Familie“ die Schaffung einer Familienkasse im Sinne einer zentralen Zahlstelle, die alle Leistungen in einer Kasse bündelt, jedoch kritisch (BMFSFJ 2008). Nach Ansicht des Kompetenzzentrums stellt die Zusammenführung von Leistungen keinen Wert an sich dar. Stattdessen favorisiert das Kompetenzzentrum die Einrichtung von „bürgernahen Familienbüros“ (BMFSFJ 2008). Diese sollen eine Anlaufstelle für Familien zu allen familienbezogenen Unterstützungsleistungen darstellen, jedoch keine Kasse im Sinne einer Zahlstelle sein. Vielmehr sollen derartige Familienbüros oder -leitstellen Beratungen durchführen, Antragsformulare bereitstellen, Leistungsanträge entgegennehmen und die dafür zuständigen Verwaltungen mit der Leistungsberechnung beauftragen. Die mit der Bearbeitung von Leistungsanträgen und der Auszahlung von Familienleistungen betrauten Stellen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene blieben somit erhalten. Familien richteten jedoch alle Anliegen bezüglich monetärer Familienleistungen nur noch an eine einzige Stelle, eine Art örtliche, zentrale Leitstelle. Familien würden so nicht nur Zeit, sondern auch Wege erspart.

Vor diesem Hintergrund hat die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V. im Jahr 2008 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Recherche zur Situation bereits bestehender kommunaler Familienbüros, die als zentrale Anlaufstelle eingerichtet worden sind, in Deutschland durchgeführt (Schwanecke 2009) und dabei insbesondere folgende Fragen in den Blick genommen:

- Welche Beratungs- und Serviceangebote gibt es für Familien auf kommunaler Ebene?
- Wie viele kommunale Familienbüros sind bislang bundesweit eingerichtet worden und welche Aufgabenschwerpunkte haben sie?
- Welche Möglichkeiten zum Ausbau von Familienbüros bieten sich auf lokaler Ebene an?

Unabhängig von den Überlegungen des Kompetenzzentrums im BMFSFJ sind Familienbüros insbesondere in den letzten zwei bis drei Jahren in Gemeinden, Städten und Landkreisen bereits in großer Zahl entstanden. Diese Familienbüros sind nur zu einem geringen Teil hinsichtlich der Transferleistungen für Familien beratend tätig. Dennoch galt es, sie im Rahmen dieser Recherche in den Blick zu nehmen, da sie als zentrale Anlaufstellen konzipiert wurden und sich inzwischen vielerorts auch erfolgreich zu selbigen entwickelt haben.

Für die Bestandsaufnahme der kommunalen Beratungs- und Serviceleistungen für Familien, insbesondere der bereits existierenden kommunalen Familienbüros, wurden verschiedene methodische Zugänge kombiniert. Ziel des quantitativen Zugangs über die Internetrecherche war die Erfassung der zahlenmäßigen und geografischen Verbreitung von Familienbüros. Darüber hinaus wurde über Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern von Familienbüros ein qualitativer Zugang gewählt, der die Analyse der Rahmenbedingungen dieser Einrichtungen sowie Erkenntnisse zum Weiterentwicklungspotenzial zu Beratungs- und Servicestellen für familienbezogene Transferleistungen ermöglichte. Detaillierte Informationen zu einer Vielzahl von Familienbüros konnten zudem durch die Dokumentenanalyse aus Konzepten, Geschäfts- und Evaluationsberichten gewonnen werden.

### **Bestand und Verbreitung kommunaler Familienbüros**

In den Kommunen gibt es bereits zahlreiche verschiedene Einrichtungen, die Informations-, Beratungs- und Serviceleistungen für Familien anbieten, u. a. Eltern-Kind-Zentren, Mehrgenerationenhäuser, Erziehungsberatungsstellen und Beratungsstellen der Familienbildung. Zu diesen Einrichtungen gehören auch die Familienbüros: Von den rund 400 bislang in Gemeinden, Städten, Stadtteilen und Landkreisen etablierten Familienbüros wurden zwei Drittel im Rahmen der Recherche näher untersucht. In der Recherche wurden jene Familienbüros berücksichtigt, auf die sich bis Dezember 2008 Hinweise im Rahmen der Internetsuche finden ließen. Die Anzahl der tatsächlich bestehenden Familienbüros dürfte daher höher liegen. Allein die Anzahl der von uns erfassten 169 Familienbüros in Niedersachsen liegt nach Auskunft des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit bereits deutlich höher, nämlich bei ca. 280 Familienbüros in Niedersachsen. Die Mehrzahl dieser Familienbüros hat sich bereits zu zentralen Anlaufstellen für Familien entwickelt. Daher galt ihnen im Rahmen der Recherche das Hauptaugenmerk.

Familienbüros existieren in 13 Bundesländern. Sie sind jedoch äußerst ungleich verteilt. In Niedersachsen allein wurden infolge des Landesprogramms „Familien mit Zukunft“ 169 Familienbüros eingerichtet. Danach folgen hinsichtlich der Anzahl der Familienbüros Nordrhein-Westfalen (36), Bayern (11), Hessen (9) und Schleswig-Holstein (7).

**Tabelle 5: Anzahl Familienbüros je Bundesland (Stand: 05.12.2008)**

Niedersachsen	169
Nordrhein-Westfalen	36
Bayern	11
Hessen	9
Schleswig-Holstein	7
Baden-Württemberg	6
Rheinland-Pfalz	4
Mecklenburg-Vorpommern	4
Berlin	3
Brandenburg	2
Thüringen	1
Sachsen	1
Hamburg	1
Sachsen-Anhalt	0
Saarland	0
Bremen (und Bremerhaven)	0
<b>Gesamtzahl</b>	<b>254</b>

Auffällig ist, dass Familienbüros insbesondere dort entstehen, wo kommunale Familienpolitik bereits aktiv mit verschiedenen Instrumenten gestaltet wird. So sind in 71 Prozent der untersuchten Kommunen, in denen ein Familienbüro etabliert wurde, zuvor bereits ein oder mehrere Lokale Bündnisse für Familie gegründet worden. Familienbüros werden von den Kommunen somit zumeist als ein „Baustein“ der familienpolitischen Gesamtstrategie eingerichtet.

#### **Aufgaben, Funktionen und Modelltypen kommunaler Familienbüros**

Primäre Aufgabe von Familienbüros ist es, Familien umfassend über bestehende familienbezogene Angebote zu informieren, zu beraten und diese auch weiterzuvermitteln. Dabei orientieren sie sich am konkreten Bedarf der Familien vor Ort. Je nach Sozialraum kann das Angebotsspektrum deshalb sehr unterschiedlich sein. Der Großteil der Familienbüros berät und vermittelt Möglichkeiten der Kindertagesbetreuung bzw. der -tagespflege – ein Bereich, der in der Praxis stark von Familien nachgefragt wird. Auch die Vermittlung von Angeboten der Familienbildung sowie der Erziehungsberatung gehört zum Leistungsspektrum der Familienbüros. Hingegen greifen bislang weniger als 10 Prozent der von uns untersuchten zentralen Anlaufstellen für Familien die Idee des Kompetenzzentrums auf und führen Beratungen zu monetären Leistungen durch. Die Funktionen, die Familienbüros erfüllen, sind vielfältig:



Da die Bündelung bestehender Angebote eine der Hauptaufgaben der Familienbüros als zentrale Anlaufstellen ist, sind sie in der lokalen Vernetzung und Kooperation mit Partnern weit fortgeschritten. Darüber können Familienbüros durch die Kooperation mit vielen Akteuren, u. a. auch Schulen, Kitas, Hebammen und Ärztinnen und Ärzten, sowohl ihre Zugangswege zu Familien als auch ihre Angebote und Leistungen ausbauen. Durch lokale Kooperationsnetzwerke gelingt es den Familienbüros, Angebote und Leistungen für Familien sinnvoll zu kombinieren und sie bedarfsorientiert miteinander zu vernetzen.

Die Familienbüros unterscheiden sich stark im konzeptionellen Ansatz, hinsichtlich ihrer Trägerschaft, der institutionellen Anbindung, der Zielgruppen, der Aufgaben und Angebote. Im Rahmen der Recherche wurden vier Modelltypen gebildet, um diese Vielfalt aussagekräftig in übersichtlicher Form darstellen zu können. Zu jedem Modelltyp wurde außerdem ein Praxisbeispiel untersucht.

- Modelltyp A: Das Familienbüro als zentrale Anlaufstelle in Gemeinden sowie Klein- und Mittelstädten (Praxisbeispiel: **das „Familienbüro Celle“**)
- Modelltyp B: Das Familienbüro-Netzwerk in Großstädten, Gemeindeverbänden und Landkreisen (Praxisbeispiel: die Familienbüros des **„Familien-Projekts“ Dortmund**)
- Modelltyp C: Das mobile Familienbüro in Gemeindeverbänden und Landkreisen (Praxisbeispiel: **das „Mobile Familienbüro im Landkreis Erlangen-Höchstadt“**)
- Modelltyp D: Das Familienbüro als zentrale Anlaufstelle in Wohngebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf (**Praxisbeispiel: das „Familienbüro Neuruppin“**)

Familienbüros, die zu Familienbüro-Netzwerken gehören (Modelltyp B), stellen 56 Prozent der insgesamt 254 Familienbüros dar. Das „klassische Familienbüro“ als zentrale Anlaufstelle (Modelltyp A) bildet einen Anteil von rund 38 Prozent. Als zentrale Anlaufstellen für

Familien in Wohngebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf wirken bundesweit zwölf Familienbüros (Modelltyp D). Das mobile Familienbüro (Modelltyp C) wurde in Deutschland bislang zweimal realisiert.<sup>8</sup>

### Anbindung und Finanzierung kommunaler Familienbüros

Die Mehrzahl der untersuchten Familienbüros befindet sich in öffentlicher Trägerschaft. Vielfach wurde die Einrichtung jedoch auch auf freie Träger, insbesondere der Kinder- und Jugendhilfe, übertragen. Ein nicht unbedeutender Teil befindet sich in konfessioneller Trägerschaft. Räumlich werden Familienbüros häufig sowohl in Behörden (hier v. a. Jugendämter), aber auch in Form attraktiver Ladenlokale in den Einkaufszentren der Innenstädte angesiedelt. Familienbüros in freier Trägerschaft werden zumeist in bestehende Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Familienzentren oder Stadtteilzentren integriert. Entscheidend für die Akzeptanz und Nachfrage bei den Familien ist, dass die Familienbüros gut erreichbar, niedrigschwellig und bürgernah sind. Als Leitfrage für die räumliche sowie institutionelle Anbindung eines Familienbüros bildet sich daher folgende heraus: Wie, wo, womit und durch wen erreichen wir die Familien, die wir erreichen wollen? Auch den Öffnungszeiten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Dort hat sich gezeigt, dass weniger die Quantität als vielmehr die Qualität entscheidend ist. Als positiv hat sich z. B. erwiesen, dass Familienbüros, die räumlich in andere Einrichtungen integriert sind, ihre Öffnungszeiten mit diesen harmonisieren.

Der Großteil der Familienbüros wird aus Mitteln der Kommune finanziert. Auch die Möglichkeit der Finanzierung bzw. Teilfinanzierung der Projektkosten durch Stiftungen und andere soziale Organisationen wird genutzt. Als sehr effektiv für die Einrichtung und den Bestand von kommunalen Familienbüros erweisen sich in der Praxis Landesprogramme, wie etwa das Landesprogramm „Familien mit Zukunft“ in Niedersachsen, das zu 50 Prozent aus dem Land und zu 50 Prozent von den Kommunen finanziert wird. Andere Möglichkeiten der Förderung, wie z. B. Sponsoring durch Unternehmen, werden zwar angestrebt, leisten jedoch bislang kaum einen Beitrag zur Etablierung von Familienbüros.

### Möglichkeiten der Weiterentwicklung bestehender Familienbüros

Die bestehenden Familienbüros leisten bisher zwar nur zu einem geringen Teil bereits Information, Beratung und Vermittlung im Bereich der monetären Familienleistungen, allerdings geben viele an, dass ein Bedarf seitens der Familien durchaus vorhanden sei. Erfolgt bereits eine Beratung zu monetären Leistungen, so lassen sich zwei Ansätze hierbei erkennen:

- Erstinformation und Weitervermittlung für die Beratung durch die zuständigen Stellen
- „Integrierter Ansatz“ einer weiterführenden Beratung durch Fachkräfte der für monetäre Familienleistungen zuständigen Stellen vor Ort im Familienbüro

Grundsätzlich teilen Vertreterinnen und Vertreter der Familienbüros die Einschätzungen des Kompetenzzentrums für familienbezogene Leistungen im BMFSFJ hinsichtlich der für Familien unübersichtlichen Situation monetärer Familienleistungen und bestätigen, dass

<sup>8</sup> Das von uns untersuchte mobile Familienbüro im Landkreis Erlangen-Höchstadt musste Ende 2009 seine Arbeit u. a. aufgrund von Finanzierungsproblemen einstellen. Auch das mobile Familienbüro in Ravensburg befindet sich zurzeit in einer Projektpause.

ein Bedarf an zentralen Anlaufstellen der Beratung und des Antragsmanagements für Familien bestehe. Die Empfehlung des Kompetenzzentrums, kommunale Familienbüros zu zentralen Anlaufstellen für ein familienunterstützendes Antragsmanagement weiterzuentwickeln, wird mehrheitlich begrüßt. Eine Unterstützung durch Bund und Länder wird hierfür als notwendig erachtet. Beim Aufbau zentraler Anlaufstellen der Beratung zu monetären Familienleistungen sollten die in den Kommunen bereits bestehenden Strukturen weiterentwickelt und Parallelstrukturen vermieden werden. Auch seien nach Ansicht der Befragten für die Einrichtung derartiger Anlaufstellen bzw. die Weiterentwicklung bestehender Familienbüros die Schaffung weiterer Voraussetzungen und Rahmenbedingungen erforderlich. Dazu gehören u. a.:

- Qualifikations-/Weiterbildungsangebote für die Beratung zu monetären Familienleistungen
- EDV-gestützte und wissensbasierte technische Lösungen, um die nötigen Antragsformulare bereitstellen zu können und die nötigen Kenntnisse bei der Beratung und für das Ausfüllen der Anträge verfügbar zu machen
- Ausbau der Kooperationsstrukturen zwischen den Familienbüros als zentrale Anlaufstellen für Familien und den für die einzelnen Leistungen zuständigen Stellen (u. a. Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit)
- Überregionale öffentlichkeitswirksame Kampagnen, um Beratungs- und Serviceangebote der Familienbüros bekannter zu machen

Ein grundsätzlicher Bedarf an Beratung zu monetären Familienleistungen ist fast überall festzustellen. Vor Ort sollte jedoch sorgfältig geprüft werden, ob die Bevölkerungszahlen in der Gemeinde die Einrichtung eines Familienbüros rechtfertigen. Vielerorts kann es angemessener sein, eine Mitarbeiterin bzw. einen Mitarbeiter der Kommunalverwaltung als Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner, bspw. als „Familienbeauftragte bzw. Familienbeauftragten“, zu benennen. Der Begriff „Familienbüro“ ist dabei zu vernachlässigen. Entscheidend ist vielmehr, dass eine zentrale Anlaufstelle vorhanden ist, an die sich Familien wenden können.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Blick in die kommunale Landschaft ein weitverbreitetes Anliegen erkennen lässt, sich von einer Defizitorientierung in der kommunalen Familienpolitik und von der Betrachtung „Familie stellt eine Notsituation des Lebens dar“ zu lösen. Es geht den Kommunen zunehmend darum, Eltern als Leistungsträger der Gesellschaft zu sehen und sie mit dem nötigen Service zu unterstützen, um diese Leistung erfüllen zu können. Familienbüros sollten in diesem Sinne Servicezentren für Familien sein. Diesem Anspruch versucht die Mehrzahl der bestehenden Familienbüros gerecht zu werden.

## Quellen

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2005:** Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Berlin.

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2008:** Arbeitsbericht des Kompetenzzentrums für familienbezogene Leistungen, Berlin.

**Schwanecke, U., 2009:** Kommunale Familienbüros – Recherchebericht zur Situation der Beratungs- und Serviceleistungen für Familien in Kommunen und erste konzeptionelle Eckpunkte zum Ausbau und zur Weiterentwicklung kommunaler Familienbüros, Download unter <http://www.deutscher-verein.de/aktuelles/pdf/Familienbueros1.pdf>.



## Aus der Praxis:

### Das FamilienServiceBüro in Hannover

*Zusammengestellt von Iris Quander, Humboldt Universität zu Berlin*

#### Lokale Familienleitstellen

Grundidee des Konzepts der lokalen Familienleitstellen ist, dass diese eine Art Schnittstelle zwischen Familien und Verwaltung darstellen und möglichst alle bestehenden spezifischen leistungsbezogenen Beratungsangebote für Familien zusammenfassen und bündeln. Damit übernehmen sie eine Lotsenfunktion zwischen dem Lebensalltag von Familien und dem politisch-administrativen System vor Ort.

Solche Servicestellen für Familien könnten beispielsweise eingerichtet werden, indem bestehende kommunale Beratungs- und Servicestellen zusammengefasst und durch Angebote einer allgemeinen Beratung und Information zu familienbezogenen Leistungen ergänzt werden. Die mit der Bearbeitung von Leistungsanträgen und der Auszahlung von Familienleistungen betrauten Stellen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene blieben dabei erhalten.

Das FamilienServiceBüro der Landeshauptstadt Hannover dient aufgrund seiner Konzeption und Arbeitsweise als ein gutes Beispiel für die praktische Ausgestaltung der Idee einer Familienleitstelle. Viele der bisher angestellten Überlegungen wurden hier bereits erfolgreich und umfassend umgesetzt.

#### Das FamilienServiceBüro

Im Frühjahr 2009 wurde das FamilienServiceBüro in Hannover eröffnet. Damit wurde in Hannover eine zentrale Anlaufstelle für Fragen rund um das Thema Familie, das Leben mit Kindern in der Stadt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und insbesondere zur Kinderbetreuung geschaffen.

Mit dem FamilienServiceBüro kommt die Stadt Hannover einer Empfehlung nach, welche die Prognos AG im Februar 2008 im Rahmen eines Gutachtens zur Familienpolitik der Stadt gegeben hatte. Als zentrales Ergebnis wurde festgehalten, dass die Stadt durchaus familienfreundlich sei und ein umfangreiches Angebot bereitstelle, es aber an der Transparenz der vielen vorhandenen Angebote mangelte.

#### Viele Angebote – eine Anlaufstelle

Mit dem FamilienServiceBüro ist eine Anlaufstelle in zentraler Lage für alle familienspezifischen Fragen entstanden. Persönliche Beratung und individuelle Informationsmöglichkeiten erhalten Interessierte zu allen Fragen rund um das Thema Familie. So besteht etwa eine Beratung und Vermittlung von Kinderbetreuungsplätzen oder Kindertagespflege, umfangreiche Informationsmöglichkeiten über Angebote für Familien in der Stadt und in bestimmten Stadtteilen, Beratung und Information zu finanziellen Leistungen für Familien sowie Beratung und Unterstützung von Firmen und Einrichtungen, die eine familienfreundliche Unternehmenskultur gestalten oder eine betriebliche Kinderbetreuung einrichten möchten.

Die 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im FamilienServiceBüro beraten und beantworten Fragen entweder selbst, bearbeiten Anträge und leiten ggf. an andere Dienststellen weiter oder vermitteln Kontakte. Damit bietet das Servicebüro einen Ort, an dem die Informationen für Familien gebündelt zur Verfügung stehen und koordiniert werden. Eine sogenannte Familienmanagerin ist nach innen wie nach außen tätig. Sie ist Ansprechpartnerin für Unternehmen und Institutionen, die sich für das Thema Familienfreundlichkeit interessieren.

### **Ein Erfolgsmodell**

Seit der Eröffnung kann das FamilienServiceBüro in Hannover große Erfolge für sich verbuchen. Innerhalb des ersten Jahres suchten mehr als 4.500 Eltern Rat und rund 7.900 nahmen telefonischen Kontakt mit dem Büro auf. Der steigende Beratungsbedarf ist vor allem durch die hohen Anforderungen, die heute an Familien gestellt werden, zu erklären. Die Probleme sind vielfältiger geworden, die Fälle werden immer spezieller. Im FamilienServiceBüro wird erfragt, was die Familie im Einzelfall tatsächlich braucht, um dann gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

### **Weitere Informationen:**

■ <http://www.betreuungsboerse-hannover.de>

### **Kontakt:**

Johannes Seifert

Fachbereichsleiter Jugend und Familie, Stadt Hannover

E-Mail: [Johannes.Seifert@Hannover-Stadt.de](mailto:Johannes.Seifert@Hannover-Stadt.de)

## 2.4.2 Der Landkreis Leipzig auf dem Weg zur Familienfreundlichkeit

*Silvia Michels, Amt für Familienförderung, Landkreis Leipzig*

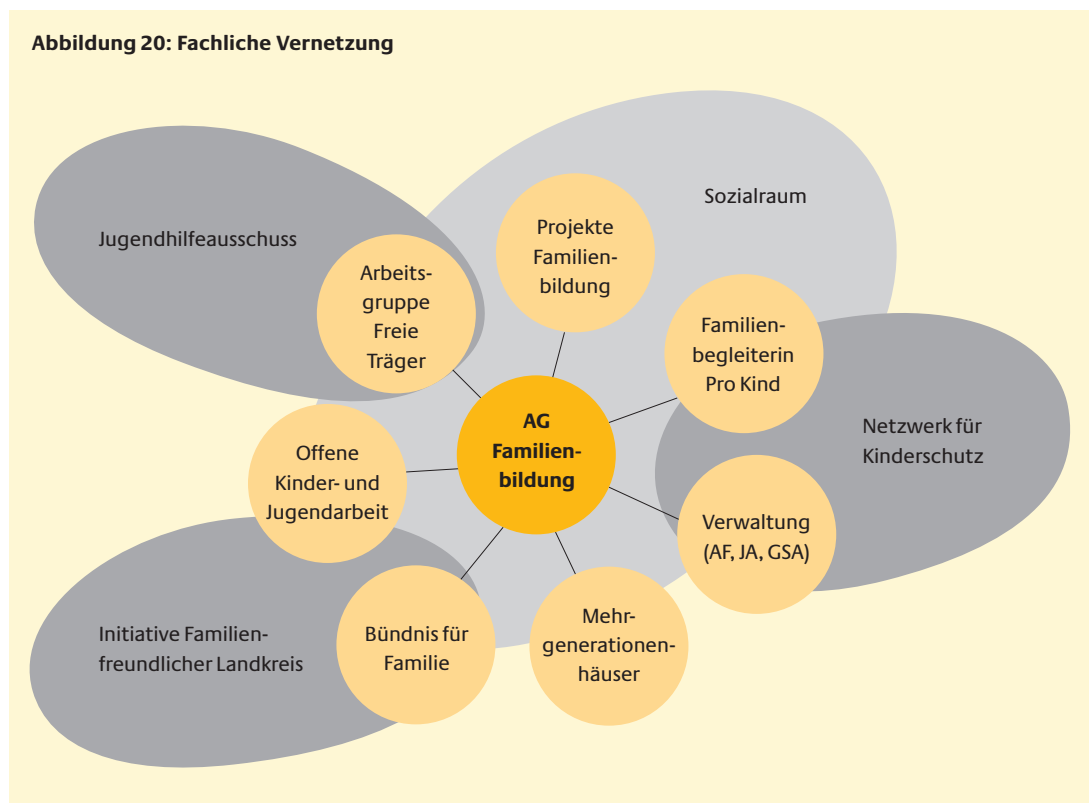
### Der Landkreis Leipzig – Strukturdaten und Prognosen bis 2020

Der Landkreis Leipzig wurde im Sommer 2008 im Zuge der Verwaltungs- und Kreisgebietsreform in Sachsen aus zwei benachbarten Landkreisen gebildet. Mit rund 273.000 Einwohnern in 41 Städten und Gemeinden ist der Flächenlandkreis, welcher unmittelbar an die Stadt Leipzig angrenzt, überwiegend ländlich geprägt. Die Arbeitslosenquote beträgt ca. 14 Prozent, der Anteil der ausländischen Bevölkerung liegt bei 1,4 Prozent.

Im Vergleich zu anderen ostdeutschen Landkreisen ist im Landkreis Leipzig der demografische Wandel bislang eher schwach verlaufen. Dies ist in erster Linie auf einen starken Zuzug in den 90er-Jahren zurückzuführen. Wissenschaftlichen Studien zufolge wird der Bevölkerungsverlust jedoch in den kommenden zehn Jahren erhebliche Ausmaße annehmen. In einigen Regionen des Landkreises wird dann jeder vierte Bürger im Rentenalter sein, das Durchschnittsalter im Landkreis steigt auf 48 Jahre.

### Ohne Vernetzung geht es nicht

Für die Gestaltung eines familienfreundlichen Landkreises sind die Vernetzung und gemeinsame strategische Ausrichtung aller Akteure auf der fachlichen und der regionalen Ebene besonders wichtig, womit das Amt für Familienförderung betraut wurde. Ein Beispiel für die fachliche Vernetzung stellen die Kooperationsbeziehungen im Rahmen der Facharbeitsgruppe Familienbildung dar (siehe Abbildung 20):

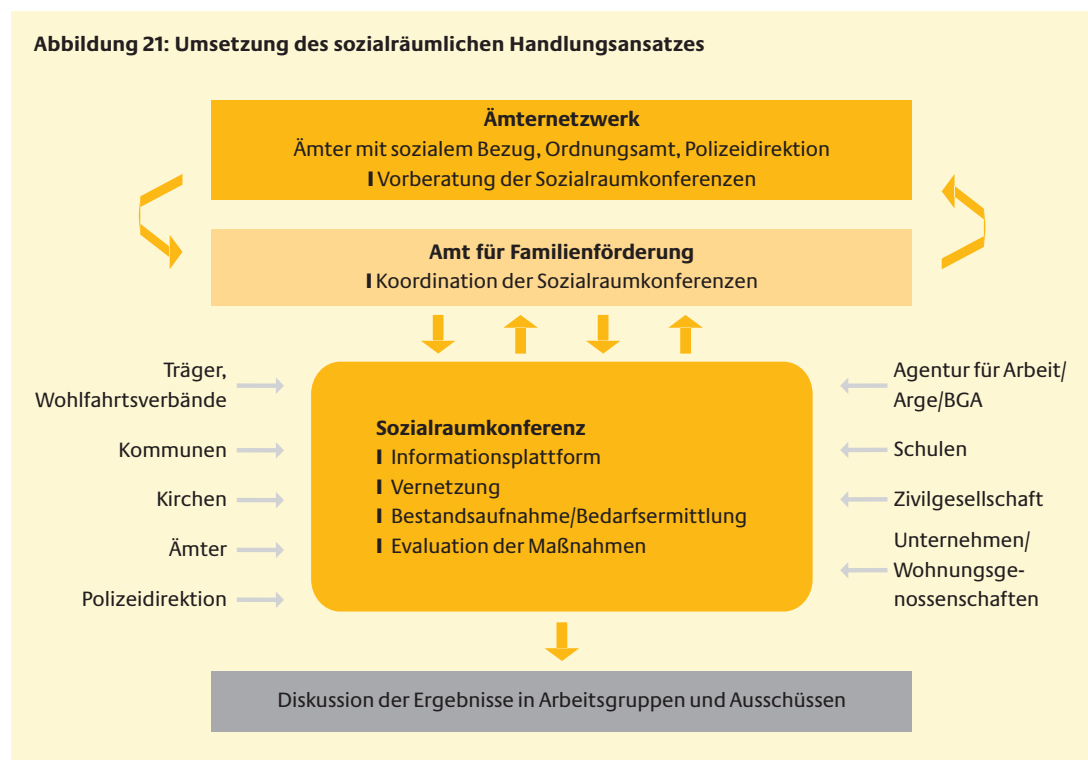


Zur Initiierung von Vernetzungsprozessen auf der regionalen Ebene wird im Landkreis Leipzig sozialraumorientiert gearbeitet. Insbesondere im ländlichen Raum spielt die sinnvolle Gestaltung des direkten Lebensumfeldes für die Bürgerinnen und Bürger eine wesentliche Rolle. Nur eine Identifizierung der Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrer Lebensregion führt auch zur dortigen Verankerung und aktiven Mitgestaltung, z. B. in Form von ehrenamtlichem Engagement.

Um dies noch besser zu ermöglichen und die vorhandenen Ressourcen (z. B. Fachkräfte, Zeitbudget, Sachkosten) effektiv zu nutzen, wurde der Flächenlandkreis in sieben Teilräume gegliedert. Innerhalb dieser Sozialräume wird eine spezifisch auf die Bedarfslagen der Region abgestimmte Planung der sozialen Infrastruktur (z. B. Altenhilfeplanung, Sozialplanung, Jugendhilfeplanung) unter aktiver Beteiligung der Betroffenen ermöglicht.

Unter Einbezug von Städten und Gemeinden, von freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden sowie von zivilgesellschaftlichen Akteuren sollen innerhalb der Sozialräume ressortübergreifende Kommunikationsprozesse in Form von Sozialraumkonferenzen angeregt werden. Dieses Instrument ermöglicht zum einen den Ämtern der Landkreisverwaltung ein gebündeltes Auftreten, um wiederholte Zusammenkünfte mit Zielgruppenvertreterinnen und -vertretern in gleicher Besetzung (Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Vertreterinnen und Vertreter der freien Träger, Schulen etc.) zu vermeiden. Zum anderen kann im Ergebnis dieses Austauschprozesses auch ein gemeinwesenbezogenes Ansiedeln von Angeboten und Maßnahmen stehen.

Nicht zuletzt wird mithilfe der Durchführung der Sozialraumkonferenzen auch den Prinzipien Beteiligung von Betroffenen vor Ort sowie Transparenz von Planungsprozessen und Entscheidungswegen Rechnung getragen (siehe Abbildung 21).



Innerhalb dieser Konferenzen werden die verschiedensten Themenbereiche diskutiert, so beispielsweise auch die Bedürfnisse von Familien in der jeweiligen Region und die daraus resultierenden familienfreundlichen Aktivitäten (siehe Abbildung 22).

**Abbildung 22: Umsetzung des sozialräumlichen Handlungsansatzes am Beispiel der Jugendhilfeplanung zur Familienbildung gemäß § 16 SGB VIII**



### Stolpersteine, Grenzen und Perspektiven

Obwohl im Landkreis Leipzig mit der Umsetzung familienfreundlicher Aktivitäten begonnen wurde, bleibt auch in der Zukunft viel zu tun, um die eingeschlagenen Wege zu verfestigen, verlässliche Akteure zur Mitgestaltung zu gewinnen und den Wirtschaftsstandort zu sichern.

Im bisherigen Arbeitsprozess gestaltete sich insbesondere die Formulierung einer durch alle Beteiligten getragenen Strategie als schwierig. Dies ist sicherlich auf die zum Teil sehr unterschiedlichen Interessenlagen der Akteure zurückzuführen. Künftig könnte diese Interessenvielfalt noch stärker als Chance für mehr Familienfreundlichkeit auf den unterschiedlichsten Ebenen genutzt werden. Die Verwaltung des Landkreises ist dazu bereit, ihren Beitrag im Hinblick auf Impulsgebung, Initiierung und Koordination zu leisten. Weitere Anregungen zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit müssen jedoch von der Basis, also den Familien selbst oder auch den Unternehmen, kommen. Das Lokale Bündnis für Familie stellt dazu eine mögliche Plattform dar, die im Landkreis Leipzig in ihrer Zusammensetzung und Arbeitsweise noch ausbaufähig ist.

Weiterhin stellt im Unterschied zu städtischen Bereichen die flächenmäßige Ausdehnung des Landkreises Leipzig eine Schwierigkeit dar. Die Bevölkerung muss zur Inanspruchnahme von infrastrukturellen Angeboten sehr häufig weitere Wege in Kauf nehmen. Mit dem Bevölkerungsrückgang in einigen Regionen droht auch der Zerfall der verbliebenen Infrastruktur. Die Neuschaffung einer zentralen Anlaufstelle für die Fragen der Familien im Sinne einer Familienleitstelle erscheint vor diesem Hintergrund nicht sinnvoll. Vielmehr sollte versucht werden, die bestehende Infrastruktur im Landkreis effektiv und zukunftsträchtig umzugestalten. Derzeit bilden in der Regel die Stadt- oder Gemeindeverwaltungen in vielen Orten des Landkreises die erste Anlaufstelle der Bürgerinnen und Bürger. Diese könnten in der Zukunft erweitert werden, um somit auch aussagekräftiger für allgemeine Fragen von Familien zu werden.

Perspektivisch wird es für den Landkreis Leipzig damit auch umso wichtiger sein, verlässliche Strukturen zur weiteren fachlichen Vernetzung der Akteure vor Ort innerhalb der Sozialräume aufzubauen. Diese Strukturen benötigen in erster Linie personelle Ressourcen, die es nunmehr gilt, ausfindig zu machen. War in der Vergangenheit beispielsweise eine Reihe von spezialisierten Fachkräften (offene Kinder- und Jugendarbeit, Seniorenbetreuung ...) innerhalb eines Sozialraumes im Einsatz, muss nicht zuletzt aufgrund des Rückgangs an Einwohnerinnen und Einwohnern auch über die Schaffung von professionsübergreifenden Fachkräften im Sinne von Gemeinwesenarbeiterinnen und -arbeiter nachgedacht werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Begriff Familienfreundlichkeit die unterschiedlichsten Facetten aufweist, welche von jeweils verschiedenen Akteuren und Professionen in der täglichen Arbeit Beachtung finden. Wie ein roter Faden zieht sich dieses Schlagwort von der Arbeitsbasis bis zur Philosophie des Landkreises Leipzig und ermöglicht den unterschiedlichsten Akteuren, ihren Beitrag zu leisten. Nur so kann die Region attraktiv für junge Menschen und damit auch Familien gestaltet werden.

## Aus der Praxis:

### Der Landkreis Leipzig als Akteur

Der Landkreis Leipzig verfolgt das Ziel, sich zu einer familienfreundlichen und weltoffenen Region für alle Generationen zu entwickeln. Die Rolle der **Landkreisverwaltung** liegt darin, Familienfreundlichkeit auf den unterschiedlichsten Ebenen zu unterstützen und entsprechend der Vorbildwirkung auch selbst zu verkörpern.

Das Landratsamt des Landkreises Leipzig sieht sich selbst in erster Linie als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger. Deren Bedürfnisse, insbesondere von Familien, sollen auch bei Entscheidungsprozessen im Rahmen der planerischen Verantwortung, z. B. bei Beschlussfassungen der politischen Gremien, starke Berücksichtigung finden. In diesem Zusammenhang wird in der derzeit aktuellen Erarbeitung des Leitbildes auch der Punkt der Familienfreundlichkeit eine wesentliche Stellung einnehmen.

Weiterhin sieht sich die Kreisverwaltung als Impulsgeber und Initiator von Aktivitäten für Familien sowie als Netzwerker der Akteure im Kreis und will insbesondere für ein transparentes und bürgernahes Handeln einstehen. In diesem Zusammenhang spielen die gezielte Öffentlichkeitsarbeit im Sinne von Lobbyarbeit und Information der Bürgerinnen und Bürger über Möglichkeiten der Familienunterstützung in den unterschiedlichsten Bedarfslagen eine wichtige Rolle.

Positive Beispiele, bei denen der Landkreis sein Ermessen über die gesetzliche Pflicht hinaus im Sinne einer familienfreundlichen Kommunalpolitik ausübt, sind unter anderem:

#### **Vorhalten von Kindertagesbetreuung:**

Im Landkreis existiert ein flächendeckendes Netz an Kindertageseinrichtungen. Die 200 Kindertageseinrichtungen und 50 Kindertagespflegestellen sind zu 91 Prozent ausgelastet und erreichen eine Bedarfsdeckung von 88 Prozent.

#### **Schülerbeförderung:**

Der Landkreis Leipzig stellt im Jahr 2009 allen Schülerinnen und Schülern, die auf einen Schulbus angewiesen sind, eine kostenlose Schülerbeförderung zur Verfügung. Damit ist der Landkreis der einzige in Sachsen und investierte ca. 4 Mio. Euro in diese Leistung.

#### **Familienbildung:**

Im Landkreis Leipzig wird der frühpräventiven Unterstützung von Eltern und Familien eine hohe Wertigkeit zugemessen. Dementsprechend wurde eine Koordinierungsstelle für Familienbildungsangebote installiert. Diese trägt zur Abstimmung der Angebote im Sozialraum bei und berät die Träger der Angebote für Familien auf fachlicher und finanzieller Ebene. Zur Initiierung eines fachlich-qualitativen Austausches wurde im Landkreis Leipzig eine interdisziplinär besetzte Facharbeitsgruppe Familienbildung gegründet. Darüber hinaus besteht im Landkreis Leipzig eine explizite Förderrichtlinie zur Unterstützung der präventiven Angebote mit dem Ziel der Verbesserung der elterlichen Erziehungskompetenz.

**Begrüßungsgeld:**

Für jedes neugeborene Kind im Landkreis Leipzig wird ein Begrüßungsgeld in Höhe von 100 Euro durch die Landkreisverwaltung ausgereicht. Dem Glückwunschschreiben des Landrates wird auch ein Informationsblatt mit wichtigen Kontaktdaten und Ansprechpartnerinnen und -partner im Landkreis beigelegt.

**Amt für Familienförderung:**

Zahlreiche Leistungen aus verschiedenen Sozialgesetzbüchern und Angebote für junge Familien im Landkreis Leipzig sind innerhalb der Verwaltung dem Amt für Familienförderung zugeordnet. Dieses Amt wurde im Rahmen der Kreisgebietsreform gegründet. Es stellt eine zentrale Anlaufstelle für Familien im Landkreis dar, übernimmt eine Verknüpfungsfunktion innerhalb der Verwaltung und bildet darüber hinaus auch eine Vermittlungsstelle zu Initiativen und Gremien im Landkreis, die sich mit der Verbesserung der Lebensbedingungen für Familien auseinandersetzen.

Zu den Aufgaben des Amtes für Familienförderung zählen unter anderem:

- | Ausreichung von Begrüßungsgeld
- | Elterngeld/Landeserziehungsgeld
- | Unterhaltsklärung, Beurkundung von Vaterschaftsanerkennung, Sorgerecht, Unterhaltsvorschuss
- | Kita-Elternbeiträge und -Ermäßigungsbeiträge
- | Eingliederungshilfe für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche gemäß SGB XII
- | Ausbildungsförderung (Schüler-BAföG)
- | Koordinierungsstelle Familienbildung
- | Umsetzung des Lokalen Aktionsplans im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“
- | Koordinierungsstelle Extremismus und Gewaltprävention

„Familienfreundlichkeit“ hat sich für die Arbeit des Landkreises Leipzig zum entscheidenden Schlagwort entwickelt. Unterschiedlichste Akteure sollen die Möglichkeit erhalten, ihren Beitrag zu leisten. So soll die Region für junge Menschen und damit auch für Familien attraktiv gestaltet werden.

**Weitere Informationen:**

Landkreis Leipzig:

- | <http://www.landkreisleipzig.de/r-familienfreundlicher-landkreis.html>
- | <http://www.lk-l.de>

**Kontakt:**

Silvia Michels

Amt für Familienförderung

E-Mail: [amt.familienfoerderung@lk-l.de](mailto:amt.familienfoerderung@lk-l.de)





## Wegweiser

### 3.1 Informationen des BMFSFJ

*Newsletter Monitor Familienforschung, Ausgabe 20:*  
*„Lokale Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik“*  
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/familie,did=133542.html>

*Informationen für Familien vom BMFSFJ*  
<http://www.familien-wegweiser.de>

### 3.2 Projektbeispiele

Nachfolgend finden Sie einen Überblick über alle in der Impulsbroschüre vorgestellten Beispiele aus der Praxis, inklusive der Kontaktmöglichkeiten.

#### Lokale Planung und Steuerung für Familien

##### **Steuerung, Planung und Qualifizierung (Familienberichterstattung, Familienmanager)**

Kontakt/Ansprechperson: Prof. Dr. Klaus-Peter Strohmeier

E-Mail: [peter.strohmeier@rub.de](mailto:peter.strohmeier@rub.de)

Tel.: 0234/32-23706

Fax: 0234/32-14253

Internet: Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung an der  
Ruhr-Universität Bochum (ZEFIR)  
<http://www.ruhr-uni-bochum.de/zefir>

Weiterführende Links: *Informations- und Qualifizierungszentrum für Kommunen  
in Nordrhein-Westfalen (IQZ)*  
<http://www.familie-in-nrw.de>

*Projekt in Nordrhein-Westfalen „Kommunales Management für  
Familien – Komma,FF“*  
<http://www.kommaff.de>

**Kommunale Familienberichterstattung in Deutschland**

Kontakt/Ansprechperson: Holger Wunderlich  
E-Mail: holger.wunderlich@ruhr-uni-bochum.de  
Tel.: 0234/32-29030  
Fax: 0234/32-14253

Weiterführende Links: *Informationen zur kommunalen Familienberichterstattung*  
<http://www.familie-in-nrw.de/berichterstattung.0.html>

**Familien- und Demografieatlas der IHK Frankfurt am Main**

Kontakt/Ansprechperson: Sabine Syed  
E-Mail: s.syed@frankfurt-main.ihk.de  
Tel.: 069/2197-1207  
Fax: 069/2197-1540  
Internet: *Familien- und Demografieatlas, 2009 (Download)*  
[http://www.frankfurt-main.ihk.de/imperia/md/content/pdf/standortpolitik/Familien\\_Demografieatlas\\_2009.pdf](http://www.frankfurt-main.ihk.de/imperia/md/content/pdf/standortpolitik/Familien_Demografieatlas_2009.pdf)

Weiterführende Links: *Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main*  
<http://www.frankfurt-main.ihk.de>

**Familienförderung in Gelsenkirchen**

Kontakt/Ansprechperson: Familienförderung/Familienbildung Stadt Gelsenkirchen  
Ina Woelk  
E-Mail: ina.woelk@gelsenkirchen.de  
Tel.: 0209/169-9432  
Fax: 0209/169-9377  
Internet: <http://www.gelsenkirchen.de>

**Bündnisse und Netzwerke****Modellprojekt des BMFSFJ „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende“**

Alle Pilotstandorte werden koordiniert und begleitet von Herrn Prof. Dr. Reis, Institut für Stadt- und Regionalentwicklung (ISR)

Kontakt/Ansprechperson: Prof. Dr. Claus Reis  
E-Mail: csreis@fb4.fh-frankfurt.de  
Tel.: 069/15 33-2831  
Fax: 069/15 33-2809  
Internet: *Institut für Stadt- und Regionalentwicklung (ISR),  
Fachhochschule Frankfurt*  
[http://www.fh-frankfurt.de/de/forschung\\_transfer/institute/isr.html](http://www.fh-frankfurt.de/de/forschung_transfer/institute/isr.html)

Weiterführende Links: Das Modellprojekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende“ umfasst 12 Pilotstandorte:

(1) Standort: Cottbus

<http://www.frauenzentrum-cottbus.de/cms/index.php>

(2) Standort: Dortmund

<http://www.muetterzentrum-dortmund.de>

(3) Standort: Fürth

<http://www.fuerther-buendnis-fuer-familien.de/1432.0.html>

(4) Standort: Jena

<http://www.familienzentrum-jena.de>

(5) Standort: Region Hannover

[http://www.hannover.de/de/buerger/pres\\_med/RH\\_pm-2009/RH\\_pm-2009-05/pm207.html](http://www.hannover.de/de/buerger/pres_med/RH_pm-2009/RH_pm-2009-05/pm207.html)

(6) Standort: Bezirk Hamburg-Harburg

[http://invia-hamburg.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=7&Itemid=9](http://invia-hamburg.de/index.php?option=com_content&task=view&id=7&Itemid=9)

(7) Standort: Heidelberg

<http://www.familie-heidelberg.de/index-b-167-2081.html>

(8) Standort: Hof

[http://www.bfz.de/wwwpubroot/Standorte/bfz\\_Hof/Projekte/ho\\_allein.rsys](http://www.bfz.de/wwwpubroot/Standorte/bfz_Hof/Projekte/ho_allein.rsys)

(9) Standort: Neumünster

<http://www.alleinerziehende-neumuenster.de>

(10) Standort: Rostock

<http://www.ibsonline.de/muetterprojekt.html>

(11) Standort: Solingen und Wuppertal

<http://www.bergische-vhs.de>

(12) Standort: Wiesbaden

<http://www.wiesbaden.de/vv/oe/06/51/14101010000005983.php>

Allgemein siehe auch unter:

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/familie,did=122336.html>

**Forum „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ der Metropolregion Rhein-Neckar**

Kontakt/Ansprechperson: Bianca Prismantas  
E-Mail: Bianca.prismantas@m-r-n.com  
Tel.: 06 21/1 29 87-41  
Internet: *Forum „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ – Bündnis für Familie Metropolregion Rhein-Neckar*  
<http://www.rhein-neckar-dreieck.de>

Weiterführende Links: *Kurzporträt des Forums „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH bei den Lokalen Bündnissen für Familie*  
[http://www.familienbuendnisse.de/kurzportrait.htm?%20link=kurzportrait.php&navid=2&idfinder=rhein\\_neckar](http://www.familienbuendnisse.de/kurzportrait.htm?%20link=kurzportrait.php&navid=2&idfinder=rhein_neckar)

**Initiative Lokale Bündnisse für Familie**

Kontakt/Ansprechperson: Servicebüro  
Lokale Bündnisse für Familie  
Argelanderstraße 1  
53115 Bonn  
E-Mail: [info@lokale-buendnisse-fuer-familie.de](mailto:info@lokale-buendnisse-fuer-familie.de)  
Tel.: 0180/100 52 52  
Fax: 0180/100 53 53  
Internet: *Lokale Bündnisse für Familie*  
<http://www.familienbuendnisse.de>

**Dienstleistungszentren für Familien****Modell Hannover – von der Kindertageseinrichtung zum Familienzentrum**

Kontakt/Ansprechperson: Familienzentrum Gronostraße  
Gronostraße 9c-e  
30459 Hannover  
Claudia Wilke  
Fachbereich Jugend und Familie, Stadt Hannover  
E-Mail: [Claudia.Wilke@Hannover-Stadt.de](mailto:Claudia.Wilke@Hannover-Stadt.de)  
Tel.: 05 11/16 84 6193  
Internet: *Stadt Hannover*  
<http://www.hannover.de>

Weiterführende Links: *Familienzentren der Landeshauptstadt Hannover:*  
[http://www.hannover.de/familie/elternratgeber/angebote\\_eltern/familienzentren/index.html](http://www.hannover.de/familie/elternratgeber/angebote_eltern/familienzentren/index.html)  
*Übersichtskarte der Familienzentren im Stadtgebiet*  
[http://www.hannover.de/familie/data/downloads/UeKFamilienzentren\\_2008.pdf](http://www.hannover.de/familie/data/downloads/UeKFamilienzentren_2008.pdf)

*Landesprogramm Niedersachsen – von der Kindertageseinrichtung zum Familienzentrum*

[http://www.hannover.de/familie/data/downloads/Familienzentren\\_web.pdf](http://www.hannover.de/familie/data/downloads/Familienzentren_web.pdf)

### **Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser**

Kontakt/Ansprechperson: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Serviceagentur  
E-Mail: Siehe Homepage vom Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser: Service und Kontakt  
Tel.: 0 30 18/5 55-0  
Fax: 0 30 18/5 55-1145  
Servicehotline: 0180/3 44 44 55 (9 Cent/Minute)  
Mo.–Fr.: 10–15 Uhr  
Internet: *Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser*  
<http://www.mehrgenerationenhaeuser.de>  
Weiterführende Links: Bundesfamilienministerium  
<http://www.bmfsfj.de>

## Familienleitstellen als kommunale Bürgerbüros

### **Das FamilienServiceBüro in Hannover**

Kontakt/Ansprechperson: FamilienServiceBüro der Landeshauptstadt Hannover  
Fachbereich Jugend und Familie  
Kurt-Schumacher Straße 24  
30159 Hannover  
Johannes Seifert  
Fachbereich Jugend und Familie, Stadt Hannover  
E-Mail: [familienervicebuero@hannover-stadt.de](mailto:familienervicebuero@hannover-stadt.de)  
Tel.: 05 11/168-43535  
Fax: 05 11/168-41170  
Internet: *FamilienServiceBüro Hannover*  
[http://www.hannover.de/de/gesundheit\\_soziales/jugendliche/kinder\\_jugendbetreuung/lhh\\_juam/familienervice/index.html](http://www.hannover.de/de/gesundheit_soziales/jugendliche/kinder_jugendbetreuung/lhh_juam/familienervice/index.html)  
  
*Stadt Hannover*  
<http://www.hannover.de>

**Amt für Familienförderung im Landkreis Leipzig**

Kontakt/Ansprechperson: Frau Silvia Michels  
Amt für Familienförderung  
E-Mail: amt.familienfoerderung@lk-l.de  
Tel.: 05 11/168-43535  
Fax: 05 11/168-41170  
Internet: *Amt für Familienförderung*  
<http://www.landkreisleipzig.de/r-amt-fuer-familienfoerderung.html>

Weiterführende Links: *Landkreis Leipzig*  
<http://www.landkreisleipzig.de/r-familienfreundlicher-landkreis.html>  
[http://www.landkreisleipzig.de/r-aufgaben\\_az.html?type=task&letter=f&task\\_id=1326](http://www.landkreisleipzig.de/r-aufgaben_az.html?type=task&letter=f&task_id=1326)

*Lokales Bündnis Familienfreundliches Muldental*  
<http://www.familienfreundliches-muldental.de>

### 3.3 Positionen & Stellungnahmen zu lokaler Familienpolitik

Hier finden Sie Positionen und Stellungnahmen verschiedener Akteure, wie den kommunalen Spitzenverbänden und Stiftungen, die zu einer Vielzahl von Themen der „lokalen Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik“ arbeiten. Schlagworte und Themen sind u. a. Kleinkinderbetreuung, Standortattraktivität, Familienpolitik als Teil einer integrierten Kommunal-/Entwicklungsplanung, Vernetzung von Partnern und Bündelung von Ressourcen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Deutscher Landkreistag (DLT)

<http://www.kreise.de>

Deutscher Städtetag (DST)

<http://www.staedtetag.de>

Deutscher Städte und Gemeindebund (DStGB)

<http://www.dstgb.de>

Deutscher Gewerkschaftsbund

<http://www.familie.dgb.de>

Bertelsmann Stiftung

<http://www.bertelsmann-stiftung.de>

Robert Bosch Stiftung

<http://www.bosch-stiftung.de>



Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;  
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

**Herausgeber:**

Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend  
11018 Berlin  
[www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

Für weitere Fragen nutzen Sie unser  
Servicetelefon: 018 01/90 70 50\*  
Fax: 0 30 18/5 55 44 00  
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr  
E-Mail: [info@bmfsfj.service.bund.de](mailto:info@bmfsfj.service.bund.de)

Einheitliche Behördennummer: 115\*\*  
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: [115@gebaerdentelefon.d115.de](mailto:115@gebaerdentelefon.d115.de)

**Stand:** Juli 2010

**Gestaltung:** [www.avitamin.de](http://www.avitamin.de)

\* 3,9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen

\*\* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u.a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter [www.d115.de](http://www.d115.de); 7 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen